

Kommune 21

E-Government, Internet und Informationstechnik

21

Elektronische Rechnung

Zahlen ohne Medienbruch



E-Government

- **Digitale Souveränität:**
Öffentliche Verwaltung will unabhängiger werden

Titel

- **E-Rechnung:**
Rechnungen digital empfangen und verarbeiten

Informationstechnik

- **Künstliche Intelligenz:**
Effiziente Verwaltungsleistungen mit KI-Lösungen



Praxis

- **Kaufbeuren:**
Stadtverwaltung informiert Bürger in Echtzeit per App

Spezial

- **Breitband:**
Schnelles Internet für ländliche Räume ohne Förderung

SIE SORGEN DAFÜR, DASS DAS

ÖFFENTLICHE LEBEN FUNKTIONIERT.

WIR BEGLEITEN SIE DABEI MIT SMARTEN

LÖSUNGEN IN DIE DIGITALE ZUKUNFT.

In der Verwaltung sind digitale Lösungen der Weg, um den öffentlichen Auftrag optimal zu erfüllen. DATEV bietet dafür leistungsstarke und rechtssichere Software für Finanz-, Personalwesen und Verwaltungsprozesse. Das macht DATEV und die steuerlichen Berater zu verlässlichen Partnern an Ihrer Seite.



Gemeinsam durch die
Corona-Krise: datev.de/corona

Mehr Informationen unter datev.de/public-sector
oder kostenfrei anrufen: **0800 0114348**



Zukunft gestalten.
Gemeinsam.

Liebe Leserinnen und Leser,

der Staat und seine Institutionen müssen auch in Zeiten der umfassenden Digitalisierung aller Bereiche ihre Souveränität wahren. Das klingt einfacher als es ist. Die öffentliche Verwaltung ist in ein Abhängigkeitsverhältnis zu einzelnen Software-Anbietern geraten. Und: Durch den nicht mehr aufzuhaltenden Trend zum Cloud Computing droht die Gefahr, dass Ämter und Behörden die Hoheit und Kontrolle über ihre Daten verlieren.

Bund, Länder und Kommunen steuern nun dagegen an. Anfang vergangenen Jahres hat die Bundesregierung ein Eckpunktepapier zur „Stärkung der Digitalen Souveränität der Öffentlichen Verwaltung“ vorgelegt. Darauf basierend hat eine Arbeitsgruppe des IT-Planungsrats Vorschläge erarbeitet, wie der Staat technologisch unabhängiger werden kann. Das Ende Januar veröffentlichte Strategiepapier sieht weitreichende Maßnahmen vor. Unter anderem soll die öffentliche Hand bei der Entwicklung und dem Betrieb von IT-Lösungen mitreden und sogar regulierend eingreifen. Zudem sollen Grundsätze zur Stärkung der digitalen Souveränität im Vergaberecht etabliert werden (Seite 12).

Für die Kommunen ist das Thema quasi existenziell. Der Deutsche Städtetag fordert, dass die Fähigkeit zur selbstständigen Gestaltung von IT in den Verwaltungen verbessert und den Mitarbeitenden digitale Kompetenzen stärker vermittelt werden müssen. Denn, so der kommunale Spitzenverband: „Digitale Souveränität ist die Übersetzung des Prinzips der Kommunalen Selbstverwaltung in das digitale Zeitalter.“

Ihr

Alexander Schaeff



E-Rechnungen schnell und einfach verarbeiten

- per E-Mail, Scan, E-Rechnungsportal
- per Papier, PDF, XML (ZUGFeRD 2.x, XRechnung)
- mit SAP FI/MM, PSM/PSCD

Unsere Expertise:

Integrierte Rechnungsverarbeitung für SAP ERP und S/4HANA

info@xsuite.com
www.xsuite.com



SAP® Certified
Integration with SAP S/4HANA® Cloud

E-Government

- Digitale Souveränität:** Public Sector sucht Alternativen 12
- Registermodernisierung:** Aufwendig, aber unerlässlich ... 14

Titel

- E-Rechnung:** Medienbruchfrei verarbeiten 16
- Strategie:** Lösungen mit Weitblick suchen 18
- Portallösungen:** Rechnungen im richtigen Format übermitteln ... 20
- Osnabrück:** Gesamtstädtisches Verfahren statt Standardlösung 22
- Iserlohn:** Papierlos im Liegenschafts- und Gebäude-Management 24
- Reutlingen:** Automatisierte E-Gutschrift 26

Informationstechnik

- Künstliche Intelligenz:** Hilfreich im Verwaltungsalltag .. 28
- Dortmund:** Pilotprojekt zum KI-Einsatz 30
- Software-Roboter:** Arbeitsteilung zwischen Mensch und Maschine 32
- OZG-Umsetzung:** Wie Länder die Kommunen unterstützen ... 34
- Formular-Management:** Leitfaden zur nutzerorientierten und einheitlichen Gestaltung ... 36
- Kreis Coesfeld:** Interkommunal entstehen medienbruchfreie Dienste 38
- Telefonie:** Kontaktpersonen in der Pandemie einfacher erreichen .. 40

- VoIP:** Cloud-Telefonie als kostengünstige Lösung 42
- Mängel-Management:** Abfallfahrzeuge liefern Daten 43
- Fachverfahren:** Software kann Wahlen sicher unterstützen 44

Praxis

- Kaufbeuren:** Per App schneller informiert 46
- Kreis Viersen:** Digitales Amtsblattinformationssystem im Einsatz 48
- Praxis-News:** Gifhorn, Leipzig 49

Spezial

- Breitband:** Gigabit-Kompetenzzentrum in Heilbronn-Franken .. 50
- Hessen:** Eigenwirtschaftlicher Ausbau sichert die Zukunft 52
- Bayern:** Die digitale Kluft schließen 54
- Kreis Börde:** Vorzeigeprojekt im ländlichen Raum 56
- Rubriken:**
 Editorial 3
 News 6
 IT-Guide 58
 Vorschau, Impressum 66



E-Rechnung kann mehr

Zur Annahme von E-Rechnungen sind Kommunen mittlerweile verpflichtet. Portallösungen können sie dabei unterstützen. Als nächstes wird es um die vollautomatisierte und medienbruchfreie Verarbeitung gehen. Eine strategische Vorgehensweise ist empfehlenswert.

ab Seite 16

DAS KOMMUNALE CMS

iKISS

Responsive Webdesign

BITV-konform, ganz individuell oder mit flexiblen Layoutvorlagen

Content-Management-System

Für Internet und Intranet, leicht zu bedienen und mit integriertem Bürgerserviceportal

Zertifiziertes Rechenzentrum

Höchste Sicherheit und Verfügbarkeit für Ihren kommunalen Internetauftritt

✓ BITV
✓ OZG



advantic.de/k21

iKISS



Stadt Zeitz



twitter.com/k21news

Kreis Steinburg: Digital Hub entsteht

Gemeinsam mit vier Ämtern im Kreis Steinburg wird [dataport.kommunal](https://dataport.kommunal.de) ein Zentrum für Digitalisierung aufbauen und so digitale Innovationen fördern.

- www.steinburg.de

Bamberg: Beteiligungsplattform gestartet

Bamberg hat eine neue Bürgerbeteiligungsplattform freigeschaltet. Bürger können sich zum Verkehrsentwicklungsplan 2030 und zur Smart City äußern.

- www.bamberg-gestalten.de

GDI-DE / BKG: Geoportal 2.0 ist online

Deutschlands Geoportal ist in einer aktualisierten Version verfügbar. Bei der Neufassung steht vor allem die Benutzerfreundlichkeit im Mittelpunkt.

- www.geoportal.de

Kreis Heinsberg: Kataster-Auszüge online

Über das Serviceportal des nordrhein-westfälischen Kreises Heinsberg können jetzt Auszüge aus dem Liegenschaftskataster online erstellt und bezahlt werden.

- <https://service.kreis-heinsberg.de>

Baden-Württemberg

Digitale Bauanträge

Bürger und Unternehmen in Baden-Württemberg können nun den digitalisierten Bauantrag nutzen. Das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration und der kommunale IT-Dienstleister Komm.ONE haben ein entsprechendes Online-Verfahren entwickelt. Damit ist die erste Stufe zum digitalen Bauamt in Baden-Württemberg abgeschlossen, erklärt das Innenministerium. Angeboten wird der Online-Antrag auf [service-bw](https://service-bw.de), der zentralen E-Government-Plattform des Landes. Einzige Voraussetzung sei, dass die Baurechtsbehörden den Online-Prozess dort aktivieren. Die digitalisierte Verwaltungsleistung sei wie das bisherige analoge Formblatt gegliedert und führe die Antragsteller mit ergänzenden Hinweisen durch den Antragsprozess. Dadurch sollen Bauanträge künftig vollständiger und mit weniger Fehlern erfasst werden. Es sei zudem möglich, die Daten als strukturierten, maschinenlesbaren Datensatz an die Behörde zu übergeben.

www.service-bw.de

Kreis Hersfeld-Rotenburg

Transparenter Workflow

Die Kreisverwaltung Hersfeld-Rotenburg bearbeitet Rechnungen jetzt digital mit dem Rechnungsworkflow (RWF) von [ekom21](https://ekom21.de). Wie der IT-Dienstleister mitteilt, erlaubt es die Software dem hessischen Landkreis, Rechnungen schneller zu bearbeiten und dabei Ressourcen einzusparen. Nach Angaben der Kreisverwaltung wurden seit der Einführung in diesem Jahr bereits knapp 4.000 Rechnungen digital bearbeitet. Zudem sei der Prozess durch den RWF deutlich transparenter. Jeder Mitarbeitende könne einsehen, in welchem Bearbeitungsstatus sich eine Rechnung befindet. Zudem können durch den Wegfall der Postwege Rechnungen schneller ausgezahlt werden.

www.hef-rof.de

Teleport

Basis für Portalverbund

Eine zentrale Komponente bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) ist das Portalverbund-Online-Gateway (PVOG). Es soll die Infrastruktur und Basisdienste für alle digitalen Verwaltungsleistungen flächendeckend bereitstellen. Ende April ist das PVOG gestartet. Das IT-Systemhaus Teleport liefert im Auftrag der Länder, die der Kooperation Linie6Plus angehören, Daten der Teilnehmerländer sowie Daten des Bundes an das PVOG. Hierfür komme das System „Infodienste“ zum Einsatz. Darüber würden die Daten zu Verwaltungsleistungen, Zuständigkeiten und Online-Diensten konform zur FIM-Methodik erarbeitet und aufbereitet.

<https://teleport.de>

Vitako

Prozesse neu denken

In einer Mitgliederversammlung hat die Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister, Vitako, das Ziel formuliert, ihr Netzwerk in Zukunft weiter auszubauen. Wie der Verband mitteilt, hat er sich während der Zusammenkunft darüber verständigt, dass die IT-Dienstleister mit ihrem großen technischen Fachwissen und ihrer Ortsnähe das Fundament der digitalen kommunalen Verwaltung sind. Die Parolen Digital first und User first erklärte der Verband zu Grundsätzen für daten- und serviceorientierte digitale Kommunen der Zukunft. Über ihr Netzwerk stellten die kommunalen IT-Dienstleister dafür Infrastrukturen und Services bereit. Auch

stellte Vitako fest, dass sich die Dienstleister im Krisenjahr 2020 bewährt haben. Dies belege eine von der Bundes-Arbeitsgemeinschaft vorgestellte Bilanz, welche die während der Corona-Pandemie zusätzlich erbrachten Service- und Infrastrukturleistungen verzeichne. Dieter Rehfeld, Geschäftsführer des Vitako-Mitglieds regio iT, forderte außerdem, bisherige Prozesse neu zu denken: „Durch Data Driven Government und Prozessautomatisierung können wir den Bürgerinnen und Bürgern künftig nicht nur analoge, sondern auch viele digitale Wege ersparen. Die notwendigen Informationen sind in den Kommunen schon oft vorhanden – nun gilt es, diese Daten im Sinne des Gemeinwohls zu nutzen.“

www.vitako.de



**»Also, ich sehe kommunale
Software mit KI.«**

Und was sehen Sie? Wir arbeiten schon heute an den KI-Lösungen für die digitale Kommune von morgen. Damit Sie eine Welt voller intelligenter Möglichkeiten sehen.

**z.B. Automatisierungspotenziale
nutzen**

Kommunen brauchen intelligente Automatisierungslösungen für repetitive Vorgänge. Software-Roboter leisten einen sinnvollen Beitrag zur Verwaltungsdigitalisierung. Wir unterstützen Sie dabei, Effizienz und Bürgernähe zu steigern!

*Möglichkeiten
überall*

AKDB



OZG-Vereinbarung unterzeichnet.*

Bremen / Bund

Familie als OZG-Thema

Das Bundesfamilienministerium und Bremens Finanzsenator Dietmar Strehl haben eine Vereinbarung zur Umsetzung digitaler Leistungen im Bereich Familie und Kind unterzeichnet, die sich aus dem Onlinezugangsgesetz (OZG) ergibt. Das Land Bremen hat laut Senat dabei die wichtige Rolle, die digitalen Angebote zu konzipieren, die notwendige technische Infrastruktur aufzubauen und schließlich die innovativen Angebote bundesweit verfügbar zu machen.

www.finanzen.bremen.de/ozg

* Finanzsenator Dietmar Strehl (rechts) und der für die Digitalisierung zuständige Staatsrat Martin Hagen

MACH

Rechnungen mobil prüfen

Das Unternehmen MACH hat den neuen Selfservice MACH live! meineRechnung vorgestellt. Anwender der MACH Software können mit dem mobilen Dienst ab sofort elektronische Rechnungen unkompliziert und barrierefrei auch von unterwegs oder aus dem Homeoffice prüfen, berichtet der E-Government-Lösungspartner aus Lübeck. Die Lösung integriere zudem Gelegenheitsnutzer in den digitalen Verwaltungsprozess der Rechnungsprüfung und entlaste so alle Fachanwender.

www.mach.de

BME

Award ausgeschrieben

Ab sofort können sich Bundes- und Kommunalverwaltungen sowie öffentliche Unternehmen und Institutionen um den Award „Innovation schafft Vorsprung“ bewerben. Damit prämiiert der Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik (BME) herausragende Projekte bei der Beschaffung von Innovationen (Produkte und

Dienstleistungen) und der Gestaltung innovativer Beschaffungsprozesse. Der Award steht unter der Schirmherrschaft des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi). Die Sieger erhalten jeweils einen Gutschein für Beratungsleistungen in Höhe von 10.000 Euro.

www.bme.de

Open Source

Pilotplattform gestartet

Der Aufbau einer Open-Source-Plattform für die öffentliche Verwaltung ist gestartet. Nach Angaben des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) wurde Ende März ein Pilot mit ersten Kernfunktionen fertiggestellt. Die Plattform soll es Bund, Ländern und Kommunen erleichtern, Open Source Software (OSS) zu verwenden und gemeinsam weiterzuentwickeln. Sie soll unter anderem eine Suche nach passenden Open-Source-Lösungen, die Ablage und Verwaltung von Quellcodes sowie Funktionen zur Kollaboration umfassen.

www.it-planungsrat.de

KPMG

IT-Fachkräfte benötigt

Bund, Länder und Kommunen dürften insgesamt fast 50.000 IT-Fachkräfte benötigen, um alle OZG-Leistungen bis 2022 flächendeckend in der deutschen Verwaltung umzusetzen und regelmäßig warten zu können. Das entspricht rund 75 Prozent der gesamten IT-Personalressourcen in der öffentlichen Verwaltung. Zu diesem Ergebnis kommt eine gemeinsame Modellrechnung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG und einer Projektgruppe aus

MBA-Studenten der European School of Management and Technology (ESMT). Von den IT-Fachkräften müssten mindestens 33.000 direkt bei der öffentlichen Verwaltung angesiedelt sein, da nicht alle IT-Aufgaben von externen Dienstleistern übernommen werden sollten. Nach Einschätzung von Mathias Oberndörfer, dem Bereichsvorstand Öffentlicher Sektor bei KPMG, ist von einer fünfstelligen Lücke bei den IT-Fachkräften auszugehen. Damit sieht der öffentliche Sektor als attraktiver Arbeitgeber gegenüber der

Privatwirtschaft behaupten könne, müssten die Vorteile der Tätigkeit in den Vordergrund gerückt werden. Dazu zählten etwa die Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder ein möglicher Beamtenstatus. Aber auch das Arbeitsumfeld in den Behörden der öffentlichen Verwaltung müsse attraktiver werden, erklärt Oberndörfer. Dies betreffe die IT-Ausstattung, die räumliche Gestaltung des Arbeitsplatzes und die Arbeitsweise, etwa agiles Arbeiten und mehr Raum für Innovationen.

www.kpmg.com/de

Weil Schule
ein Ort
der Offenheit
sein sollte.



Mit uns können Sie digitale Klassenräume flexibel und erweiterbar gestalten.

Die Digitalisierung der Schulen sollte nachhaltig flexibel sein und darf sich nicht von geschlossenen Systemen einschränken lassen. Deshalb basieren die Lösungen von Samsung Neues Lernen auf einem offenen Betriebssystem, das auf die hohen Ansprüche digitaler Bildung ausgerichtet ist:

- Bequem in den laufenden Schulbetrieb implementierbar
- Geprüft gemäß DSGVO-Richtlinien
- Geschützt durch die mobile Sicherheitsplattform Samsung Knox
- Intuitiv bedienbar als Gesamtlösung aus Hard- und Software
- Ausgestattet mit sicherem Zugang zu potenziell 110.000 Bildungsinhalten über Edupool



ÖV-Symposium NRW

Innovative Digitalprojekte

Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung in Nordrhein-Westfalen steht im Mittelpunkt des 22. ÖV-Symposiums NRW am 2. September 2021. Besucher der Live-Veranstaltung können virtuell teilnehmen und sich über innovative Digitalisierungsvorhaben in dem Bundesland informieren. Die Veranstaltung wird wie bereits in den Jahren zuvor von Materna und Infora mit Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände ausgerichtet. Die Vorträge liefern Vertreter aus Landes- und Kommunalbehörden, teilt Materna mit.

www.oev-symposium.de

OpenR@thaus

Gewerbeantrag online

Mit Integration des Fachverfahrens VOIS|GESO online sind in der Portallösung OpenR@thaus jetzt auch Gewerbemeldungen online verfügbar. Wie der OpenR@thaus-

Anbieter ITEBO mitteilt, wird die Schnittstelle, wie auch VOIS|MESO online, über OpenID Connect angebunden. Damit erfolge die Authentifizierung für das Gewerbefachverfahren auf Basis des Benutzerkontos von OpenR@thaus. Nutzer profitieren von einem zentralen Login und können die notwendigen Antragsdaten direkt im Online-Modul des Gewerbeverfahrens eintragen.

www.open-rathaus.de

Smart Country Convention

Veranstaltung vor Ort

Die Smart Country Convention (SCCON) findet vom 26. bis 28. Oktober 2021 live auf dem Berliner Messegelände statt. Nach der virtuellen Special Edition 2020 wird die Veranstaltung in diesem Jahr wieder Kongress, Ausstellung, Workshops und Networking kombinieren, kündigt die Messe Berlin an. An drei Tagen soll sich thematisch alles um die Digitalisierung der Verwaltung

Digitalisierung

Deutschland-Index liegt vor

Das Bundesinnenministerium (BMI) und das Kompetenzzentrum Öffentliche IT (ÖFIT) am Fraunhofer-Institut FOKUS haben jetzt gemeinsam den Deutschland-Index der Digitalisierung vorgestellt. Der aktuelle Deutschland-Index zeigt laut BMI eine steigende Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, digitale Verwaltungsangebote zu nutzen. Von den 5.500 befragten Bürgern hätten gut 40 Prozent im vergangenen Jahr mindestens ein digitales Verwaltungsangebot genutzt. Unter den Ländern steche die Freie und Hansestadt Hamburg heraus. Dort hätten bereits 50 Prozent der Einwohner

Berührungspunkte mit der digitalen Verwaltung gehabt. Zugang zu den Angeboten seien für die meisten die kommunalen Web-Portale, die bundesweit von zwei Dritteln der Befragten genutzt werden. Bundes-CIO Markus Richter erklärt: „Ich freue mich, dass immer mehr Menschen die digitale Verwaltung nutzen und die Angebote gut bewerten. Das Potenzial ist aber noch viel größer. Unser gemeinsames Ziel ist, dass die Menschen in allen 11.000 Kommunen in Deutschland einen vollwertigen Zugang zur digitalen Verwaltungswelt bekommen. Daran arbeiten wir im Bund gemeinsam mit den Ländern und Kommunen auf Hochtouren.“

www.oeffentliche-it.de



SCCON 2020: Virtuelle Special Edition.*

und die Entwicklung smarter Städte und Regionen drehen. Interessierte können sich ab sofort kostenfrei anmelden und einen ersten Blick ins Programm werfen. Ziel ist es laut Veranstalter, von den Besten zu lernen, die Digitalisierung zu beschleunigen und bürgergerecht umzusetzen.

www.smartcountry.berlin

krz

PROSOZ Bau im Angebot

Das Kommunale Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe (krz) will für seine Mitgliedsverwaltungen künftig die Lösung PROSOZ Bau bereitstellen. Zwischen dem Anbieter Prosoz Herten und dem kommunalen IT-Dienstleister sei ein Rahmenvertrag über die Abnahme von bis zu 400 Arbeitsplatzlizenzen geschlossen worden. Nach dem Aufbau der erforderlichen Systemumgebung bei Ostwestfalen-Lippe-IT (OWL-IT) sei bereits die Installation des Verfahrens erfolgt. Auch sei die Datenmigration für die Kreisverwaltung Minden-Lübbecke als Pilot in Planung. Nach der erfolgten Abnahme will das krz seinen Mitgliedsverwaltungen PROSOZ Bau mit den verschiedenen Modulen und Schnittstellen als Citrix-Applikation anbieten.

www.krz.de

* Moderatorin Lena Flohre; Ina-Maria Ulbrich, CIO Mecklenburg-Vorpommern; Christian Pfromm, CDO Hamburg; Stefan Krebs, CIO Baden-Württemberg



„Weil ich mein Team effektiv entlasten will.“

eGovPraxis Sozialhilfe

Praxisorientierte Rechtsinformationen für die Sozialverwaltung

Ihre Mitarbeitenden haben entlang des Arbeitsprozesses integrierten Zugriff auf alle Rechtsinformationsquellen, lokalen Regelungen und Arbeitsmaterialien.

Digital. Jederzeit. Von überall.

Kostenfrei und ohne IT-Aufwand testen:

[egovpraxis-sozialhilfe.de](https://www.egovpraxis-sozialhilfe.de)

Wege zur Unabhängigkeit

Die öffentliche Verwaltung will sich von marktbeherrschenden IT-Anbietern befreien. Open Source Software und offene Standards sollen die digitale Souveränität stärken. Inzwischen gibt es sogar Überlegungen, Einfluss auf die Software-Hersteller zu nehmen.

Die Selbstbestimmung eines Staates im Digitalen (Digitale Souveränität) ist ganz oben auf der politischen Agenda angelangt. Strategisch geht es darum, die Abhängigkeiten in der IT von großen, meist US-amerikanischen Software-Anbietern zu reduzieren. So befindet sich Microsoft-Software seit 30 Jahren auf den Rechnern und Servern vieler Behörden weltweit. Die Produkte bilden einen internationalen Standard und sind bequem in der Anwendung. Viele Nutzerinnen und Nutzer mögen aus diesem Grund nicht wechseln, weshalb der Umstieg auf Open Source Software (OSS) immer auch mit vielen Widerständen zu kämpfen hat.

Dass aus einer Herstellerbindung eine unguete Abhängigkeit werden kann, ist spätestens mit der strategischen Cloud-Ausrichtung von Microsoft klar geworden. Im Jahr 2018 veranlasste die niederländische Beschaffungsbehörde SLM Microsoft Rijk eine Datenschutzfolgenabschätzung und nahm Microsoft Office 365 sowie die Azure-Cloud unter die Lupe. Das Ergebnis: Zu viele Daten, aus denen Nutzerprofile gewinnen lassen, gelangen in die amerikanischen Rechenzentren des Software-Monopolisten und sind dort trotz Datenschutzabkom-

men wie Privacy Shield vor dem Zugriff des amerikanischen Staates nicht wirklich sicher. Freilich betrifft dies nicht allein Microsoft. Der Europäische Gerichtshof jedenfalls zog im Juli 2020 die Reißleine und erklärte das Privacy-Shield-Abkommen zwischen der EU und den USA für unrechtmäßig. Dieses biete keinen angemessenen Datenschutz gemäß der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO).

Inzwischen ist die Maßgabe einer umfassenderen digitalen Souveränität auf den Entscheider-Etagen angekommen. Eine Reihe von Initiativen ist entstanden, die auf mehr Unabhängigkeit von marktbeherrschenden Anbietern setzen, auf größere Herstellervielfalt oder eigene Alternativprodukte. Ein Beispiel dafür ist das Phoenix-Projekt von Dataport. Beim norddeutschen IT-Dienstleister arbeitet man an der Entwicklung eines webbasierten IT-Arbeitsplatzes für den öffentlichen Sektor auf Open-Source-Basis. Das komplette Phoenix-Angebot sieht Kontakt-, E-Mail- und Kalenderfunktionen vor, eine Datenablage vor Ort oder in der Cloud, Kompatibilität zu Microsoft Office und Open-Document sowie die Möglichkeit von Videokonferenzen und Messaging. In Schleswig-Holstein wird das Videokonferenzmodul vom Land und an Schulen

bereits genutzt, ebenso in öffentlichen Einrichtungen in Hamburg und Bremen. Bundesweit laufen derzeit Tests.

Am 31. Januar 2020 trat die Bundesregierung mit dem Eckpunktepapier zur „Stärkung der Digitalen Souveränität der Öffentlichen Verwaltung“ in Erscheinung. Darin wird das gemeinsame Ziel von Bund, Ländern und Kommunen formuliert, den Abhängigkeiten zu IT-Anbietern begegnen zu wollen. Eine Marktanalyse hatte ergeben, dass von eingeschränkter Informationssicherheit, rechtlicher Unsicherheit, unkontrollierbaren Kosten, eingeschränkter Flexibilität und fremdgesteuerter Innovation auszugehen sei. Zu den favorisierten Lösungen und Gegenmaßnahmen sollen offene Schnittstellen und Standards, OSS und die Entwicklung von Alternativ-Produkten zählen. Hierzu gehört etwa die deutsche Verwaltungscld und das europäische Cloud-Projekt Gaia-X.

Link-Tipp

Eckpunktepapier der Bundesregierung (PDF, 387 KB):

- <https://t1p.de/ygnp>

Strategiepapier des IT-Planungsrats (PDF, 866 KB):

- <https://t1p.de/tjew>

Im IT-Planungsrat befasst sich die Arbeitsgruppe Cloud Computing und Digitale Souveränität mit solchen Lösungsansätzen und hat im Januar dieses Jahres eine Strategie zum Eckpunktepapier der Bundesregierung vorgelegt. Diese sieht eine Wechselmöglichkeit und freie Wahl zwischen IT-Lösungen und Anbietern vor. Sie macht sich für mehr Gestaltungsfähigkeit, Kompetenz und Entwicklungs-Know-how innerhalb der öffentlichen Verwaltung stark. Und sie will mehr Einfluss auf die bisherigen Anbieter ausüben: „Neben rechtlichen Vorgaben und Rahmenbedingungen umfasst dies unter anderem die Option eines IT-Betriebs in Rechenzentren der öffentlichen Verwaltung, die Berücksichtigung von Richtlinien zu Informationssicherheit und zum Datenschutz sowie den Einfluss auf Lizenzmodelle und die Produkt-Roadmap“, heißt es im Strategiepapier.

Der letzte Punkt ist neu und weitreichend. Es geht darum, dass die öffentliche Verwaltung als Auftraggeberin bei der Entwicklung, Be-

schaffung, Nutzung und dem Betrieb von IT-Lösungen nicht nur mitreden, sondern „formalisiert regulieren“ will. Entsprechende Grundsätze zur Stärkung der Digitalen Souveränität sollen etwa im Vergaberecht etabliert werden. Auch will man prüfen, „inwiefern die rechtliche Verankerung einer Bevorzugung von OSS bei gleichem Funktionsumfang und Wirtschaftlichkeit zu proprietären Lösungen möglich ist.“ Als wesentliches Merkmal sei dabei die Möglichkeit eines On-Premise-Betriebs in Rechenzentren der öffentlichen Verwaltung zu erachten.

Den Ernst der Lage hat nun auch Microsoft erkannt. Bisher hatte sich der Konzern dagegen gewehrt, von seiner Cloud-First-Strategie abzuweichen. Nun soll eine EU-Datengrenze für Unternehmenskunden sowie Kunden aus dem öffentlichen Sektor eingeführt werden. Deren Daten sollen auf Wunsch ausschließlich in der EU gespeichert und verarbeitet werden, teilt der Konzern mit. Man habe bereits mit den technischen Vorbereitungen

begonnen und wolle bis Ende 2022 die Cloud-Dienste Azure, Microsoft 365 und Dynamics 365 entsprechend DSGVO-konform gestalten.

Kritik an dem Vorhaben erfolgte umgehend. Tobias Gerlinger, Geschäftsführer des Nürnberger Open-Source-Cloud-Projekts own-Cloud, verweist darauf, dass weniger der Speicherort problematisch sei als vielmehr die Zugriffsrechte der amerikanischen Regierung, was insbesondere auch für die Beteiligung von Microsoft an Gaia-X gelte. „US-amerikanische Unternehmen sind verpflichtet, ihrer Regierung und den Geheimdiensten auf Anfrage Zugriff auf die Daten ihrer Kunden zu gewähren, egal, an welchem Standort sie gehostet werden“, erklärt Gerlinger in einem Statement. Bei der Gaia-X-Umsetzung müsse deswegen auf die Einhaltung von EU-Recht geachtet werden, beispielsweise mittels eines Treuhandmodells. Denn die Treuhänder der US-Firmen wären nicht an amerikanisches Recht gebunden.

Helmut Merschmann

Anzeige

DIGITALE SOUVERÄNITÄT

in einer komplex vernetzten Welt



SICHERE IDENTITÄTEN



SICHERE KOMMUNIKATION



SICHERE DATEN

Steuer-ID ins Register

Stephan Hauber

Die Modernisierung der öffentlichen Register ist eine elementare Voraussetzung für die gesamte zukünftige, digital basierte Verwaltung. Doch wie können die mit dem Gesetz angepeilten Ziele praktisch und vor allem technisch umgesetzt werden?

Kaum ein Gesetz, das im Laufe der vergangenen zwölf Monate Bundestag und Bundesrat passierte, hat so viele Diskussionen hervorgerufen wie das Registermodernisierungsgesetz (ReMoG). Das betrifft sowohl die Öffentlichkeit als auch das parlamentarische Vorspiel zu diesem Gesetz. Im Kern der Diskussion stand dabei die Vereinbarkeit des Gesetzes mit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus den frühen 1980er-Jahren. Nahezu 40 Jahre später ist klar, dass sich die Welt stark verändert hat und es sicher angesagt ist, die neue Welt und die Grundgedanken des damaligen Urteils in Einklang zu bringen. Das ist aber die Aufgabe der Juristen. Von nicht minderer Bedeutung ist, wie die mit dem Gesetz angepeilten Ziele praktisch, vor allem technisch, umgesetzt werden können. Mit dem RegMoG soll es möglich werden, Verwaltungsdaten sicher und datenschutzkonform der richtigen Person zuzuordnen. Als veränderungsfestes Ordnungsmerkmal dient die Steueridentifikationsnummer (Steuer-ID). Der Grundgedanke des Gesetzes ist es, ein verwaltungsinternes, registerübergreifendes Identitätsmanagement mit maximaler Transparenz (Datencockpit) zu schaffen.

Verschiedentlich wird die Registermodernisierung als Folge oder als Parallelprozess des Onlinezugangsgesetzes (OZG) gesehen. Das ist zu kurz gegriffen. Der gemeinsame Hintergrund, sowohl für die Registermodernisierung als auch für das OZG, muss eine moderne Verwaltung mit effektiven Strukturen und effizienten Abläufen sein. Die dafür notwendige Verwaltungsmodernisierung ist leider nicht mit dem gleichen Engagement vorangetrieben worden, wie das OZG. Deshalb ist es auch nicht zielführend, die Registermodernisierung nur als Unterstützung für das OZG zu sehen. Vielmehr ist sie eine elementare Voraussetzung für die gesamte zukünftige Verwaltung, die Online-Lösung eingeschlossen.

Wenn in diesem Zusammenhang von einem registerübergreifenden Identitätsmanagement gesprochen wird, muss klar sein, dass dieses Identitätsmanagement und die notwendige digitale Identität des Bürgers zwei grundlegend verschiedene Dinge sind. Das Identitätsmanagement verbindet die einzelnen Verwaltungssegmente miteinander, die digitale Identität verbindet den Online-Bürger mit der Verwaltung. Für eine einfache und geradlinige Umsetzung des

Once-Only-Prinzips sind beide Themen zwingend erforderlich. Die digitale Identität, um dem Bürger quasi Einlass in die Verwaltung zu gewähren und das Identitätsmanagement, um den durch den Bürger ausgelösten Vorgang umfassend und verwaltungsübergreifend bearbeiten zu können.

Für den Bürger sieht das Gesetz das Datencockpit vor, denn es soll für ihn verifizierbar sein, in welchen Fällen mit der Identifikationsnummer Daten übermittelt wurden. Vielleicht müsste man im Interesse des Bürgers sogar noch einen Schritt weitergehen. Zukünftig sollte automatisch jede Nutzung der Steuer-ID protokolliert werden. Dies muss nicht Bestandteil des Datencockpits sein, eine solche Protokollierung wäre ausreichend für verwaltungsinterne Prüfzwecke.

Doch bevor über irgendeine Nutzung der Steuer-ID nachgedacht werden kann, muss die Nummer in alle Register aufgenommen werden. Dieser Schritt ist viel aufwendiger als derzeit prognostiziert. So hat etwa das Personenstandsregister nicht zur Aufgabe, aktuelle Daten zu führen. Ein Abgleich der Basisdaten wird somit nur schwer oder mit hohem Aufwand möglich sein. Es gibt auch Register, die nicht zwin-

gend (rechtlich definiert) eine permanente Aktualisierung der gespeicherten Registerdaten vornehmen. Dies dürfte im Adressbereich und im Bereich der Namensänderung zu unmittelbaren Problemen führen.

All diese Schwierigkeiten sind sofort behoben, wenn die Identifikationsnummer in den Registern eingetragen ist. Dann können die Basisdaten über die Steuer-ID und das Geburtsdatum der Person bei der Registermodernisierungsbehörde gemäß RegMoG §6, Absatz 3.2 abgerufen werden. Aber Voraussetzung ist eben, dass die Identifikationsnummer in den verschiedenen Registern enthalten ist. Dazu soll die Abfrage nach §6, Absatz 3.1 genutzt werden, wonach Familienname, Wohnort, Postleitzahl und Geburtsdatum für eine Abfrage erforderlich sind. Alle Erfahrungen zeigen jedoch, dass diese Abfrage nicht genau genug ist.

Somit lautet die zentrale Frage, wie die Identifikationsnummer in die einzelnen Register gelangt. Dazu ist zunächst deren jeweilige Datenqualität zu prüfen. Sind die notwendigen Daten für eine Abfrage bei der Registermodernisierungsbehörde oder bei der Meldebehörde überhaupt vorhanden? Was passiert, wenn dem nicht der Fall ist? Sind die Daten innerhalb des Registers in sich schlüssig?

Im VOIS-Projekt des Software-Unternehmens HSH wurden solche Verfahrensweisen bereits vorge-dacht. Denn die Erfahrung zeigt, dass es durch Schreibfehler in der Vergangenheit, durch nicht aktualisierte Daten oder andere Missverständnisse (etwa Parallel- oder Mehrfacherfassung) immer wieder

erforderlich ist, eine Tiefenprüfung von Einzelfällen vorzunehmen. Aufgrund dieser Erfahrungen ist klar, dass ein rein automatisierter Prozess zur Eintragung der Identifikationsnummer nicht möglich ist. In jeder registerführenden Stelle wird es zu einem manuellen Aufwand kommen, der nur schwer einzuschätzen ist, jedoch in jedem Fall höher liegt als vom Gesetz erwartet.

Ein weiterer wichtiger Aspekt bei der Registermodernisierung ist das bereits erwähnte Dat Cockpit. Die dafür notwendigen Protokolle müssen an den einzelnen Registern erstellt werden. Dies macht eine Abfrage durch das Cockpit sehr komplex. Es ist gegebenenfalls zu prüfen, ob nicht ein Protokollregister auf jeder Verwaltungsebene zweckmäßig sein könnte, sodass es in einer Kommunalverwaltung nur eine relevante Datenquelle für Abfragen gibt. Das sollte die Geschwindigkeit und die Komplexität einer Cockpit-abfrage wesentlich verbessern.

Es ist unstrittig, dass in einer modernen Verwaltung die Ämter und Behörden untereinander vernetzt sein müssen. Das erwartet der Bürger als Kunde der Verwaltung und als Steuerzahler – eine effiziente, an den Bedürfnissen des Bürgers orientierte Verwaltung. Nicht zuletzt verlangen dies auch die Mitarbeiter der Verwaltung, denn auch sie wollen moderne Arbeitsmittel und -prozesse für ihre Tätigkeit nutzen. Es gilt: Alles in allem ist das Registermodernisierungsgesetz ein wichtiger praktischer Schritt hin zu einer modernen Verwaltung.

Stephan Hauber ist Geschäftsführer der HSH Soft- und Hardware Vertriebs GmbH, Ahrensfelde.



ALLRIS

Modernisieren Sie jetzt die Verwaltungsarbeit !

- **Gremieninformationssystem**
- **Sitzungsdienst in der Cloud**
- **Online-Abstimmung**
- **Sitzungsgeld**
- **Bürgerinformation**



Bearbeitung ohne Medienbruch M. Hasken

Kommunalverwaltungen müssen sich darauf einstellen, künftig immer mehr elektronische Rechnungen zu erhalten. Ziel muss es sein, dass diese auch vollautomatisiert und ohne Medienbrüche verarbeitet werden können.

Die Verpflichtung zur Annahme elektronischer Rechnungen im Sinne der EU-Richtlinie 2014/55/EU gilt spätestens seit dem 18. April 2020 für alle öffentlichen Auftraggeber in Deutschland. Somit müssen auch alle Gemeinden, kreisfreien Städte und Landkreise in der Lage sein, elektronische Rechnungen und Gutschriften im Sinne der EU-Richtlinie zu empfangen. Bei elektronischen Rechnungen im Sinne der EU-Richtlinie handelt es sich aber nicht um die schon weit verbreiteten Rechnungen im PDF-Format, welche als Anhang einer E-Mail bereits seit dem Steuervereinfachungsgesetz 2011 vielfach Verwendung finden, sondern um ein nichtbildliches, strukturiertes Datenformat. Sie bestehen aus einer maschinenlesbaren Datei im Format XML (Extensible Markup Language, zu deutsch „erweiterbare Auszeichnungssprache“), welche von einem Rechnungsbearbeiter nicht ohne technisches Hilfsmittel (Visualisierung) gelesen werden können.

Gemäß Beschluss des IT-Planungsrats vom 22. Juni 2017 ist der Standard XRechnung maßgeblich für die Umsetzung der EU-Richtlinie in Deutschland. Er bildet die konkretisierte, nationale Ausgestal-

tung der europäischen Norm für die elektronische Rechnungsstellung (EN 16931). Die aktuelle Version 2.0.0 der Spezifikation XRechnung beinhaltet neben dem Standard XRechnung auch eine Extension XRechnung. Diese Erweiterung berücksichtigt bisher nicht im Standard abbildbare Inhalte, so etwa die Hierarchisierung von Rechnungszeilen. Entwickelt und betrieben wird die Spezifikation XRechnung (Standard und Extension), von der Koordinierungsstelle für IT-Standards (KoSIT) im Auftrag des IT-Planungsrats. Die Spezifikation XRechnung sowie FAQs, allgemeine Informationen zur Leitweg-ID, zum Übertragungsnetzwerk Peppol und weitere Hilfen können auf dem Internet-Auftritt der KoSIT abgerufen werden.

Die nationale Umsetzung der EU-Richtlinie erfolgt in Deutschland im föderalen Kontext. Das bedeutet, dass sowohl der Bund als auch die Bundesländer eigene Umsetzungen verantworten. Gemeinsam ist diesen, dass alle Bundesländer eine XRechnung sowohl für Aufträge im ober- wie auch unterschweligen Bereich annehmen. Unterschiede gibt es hinsichtlich möglicher Ausnahmen, den Pflichtfeldern der Rechnung oder auch den Zugangsmöglichkeiten.

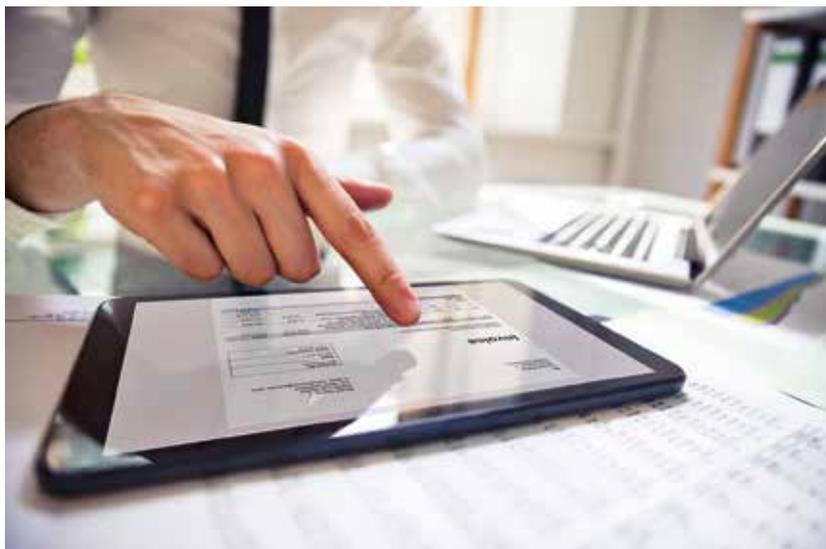
Die Situation stellt sich somit für Kommunalverwaltungen – je nach Bundesland – unterschiedlich dar. In den meisten Bundesländern gibt es zum Beispiel ein Landes-E-Rechnungseingangsportale, welches auch von den Kommunen genutzt werden kann. Die Adressierung innerhalb des Portals erfolgt immer über eine Leitweg-ID, die den richtigen Empfänger innerhalb des Portals adressiert. Alternativ kann der Empfang über gewerbliche Rechnungseingangsportale oder per E-Mail organisiert werden. Ein Rechnungseingangsportale bündelt verschiedene Zugangswege wie E-Mail, De-Mail, Web-Upload, Web-Erfassung oder auch den Zugang über das Übertragungsnetzwerk Peppol.

Für Kommunen empfiehlt es sich, für den Empfang strukturierter elektronischer Rechnungen ein solches Rechnungseingangsportale zu nutzen, da Aufgaben wie die technische Prüfung/Validierung, die Bereitstellung von Übertragungswegen, die Dokumentation des Rechnungseingangs und zum Teil auch eine Visualisierung der XRechnung von diesem übernom-

Link-Tipp

Weitere Informationen unter:

- www.xoev.de/de/XRechnung



Vollständig elektronische Rechnungsbearbeitung ist das Ziel.

men werden. Die geprüften XRechnungen können dann von den Kommunen im Portal abgerufen werden oder werden ihnen aus diesem heraus automatisiert zugestellt.

Die EU-Richtlinie verpflichtet zunächst nur die öffentlichen Auftraggeber dazu, elektronische Rechnungen zu empfangen. Eine Verpflichtung der Lieferanten ergibt sich aus der EU-Richtlinie nicht, kann aber in der nationalen Umsetzung eingeführt werden. Der Bund und das Bundesland Bremen beispielsweise haben das Ende November vergangenen Jahres bereits umgesetzt.

Auch lässt sich bereits ein eindeutiger Trend erkennen, dass immer mehr Bundesländer sich entscheiden, ihre Lieferanten zu verpflichten, nur noch strukturierte elektronische Rechnungen zu senden. Zwar umfasst diese Verpflichtung in den meisten Bundesländern bisher nur die Landesverwaltungen. Ist bei den Lieferanten aber erst einmal die Fähigkeit vorhanden, XRechnungen zu erzeugen und zu versenden, ist

auch bei den Kommunalverwaltungen mit einem Anstieg an eingehenden XRechnungen zu rechnen.

Wie mit einer XRechnung nach deren Empfang zu verfahren ist, fragen sich derzeit viele Kommunen in Deutschland. Allerdings zeigt schon die Definition der E-Rechnung gemäß EU-Richtlinie, was mit einer strukturierten elektronischen Rechnung geschehen sollte. So ist eine elektronische Rechnung gemäß Artikel 2 Nr.1 der EU-Richtlinie eine Rechnung, die in einem strukturierten elektronischen Format ausgestellt, übermittelt und empfangen wird, das ihre automatische und elektronische Verarbeitung ermöglicht. Aus dieser Definition ergibt sich das Ziel der elektronischen und automatischen Verarbeitung als logische Konsequenz der medienbruchfreien Übermittlung.

Bislang wurden die Rechnungsdaten, welche elektronisch im System des Rechnungstellers vorliegen, ausgedruckt, kuvertiert, frankiert und in Papierform an den Rechnungsempfänger übermittelt, welcher die Informationen wieder-

rum manuell in sein finanzwirtschaftliches System übernommen hat. Dieser Medienbruch entfällt künftig, wenn eine strukturierte elektronische Rechnung übermittelt wird. Damit der Vorteil der medienbruchfreien Übermittlung auch genutzt wird, empfiehlt es sich, die Rechnung vollständig in einem elektronischen Rechnungsbearbeitungsworkflow zu bearbeiten. Das ist nicht nur schneller als die herkömmliche Übermittlung, auch Tippfehler, die bei manuellen Erfassungstätigkeiten immer wieder auftreten, entfallen bei der elektronischen Übermittlung.

Die weiterhin auf Papier eingehenden Rechnungen sind dann im besten Fall ersetzend zu scannen und mittels einer automatisierten Texterkennung (OCR) sowie einer automatisierten Datenerfassung (Capture) zu bearbeiten. Auch Belege im PDF-Format können so verarbeitet werden.

Nach Empfang und elektronischer Bearbeitung stellt der nächste Schritt – die vollautomatisierte Verarbeitung – dann den größten Umbruch bei der elektronischen Rechnungsbearbeitung in einer Kommune dar. Ziel eines jeden elektronischen Workflows muss es sein, möglichst viele Rechnungen in einem strukturierten elektronischen Format zu erhalten und automatisiert zu verarbeiten, da nur so die sich aus der elektronischen Bearbeitung ergebenden Einsparpotenziale umsetzen lassen.

Marco Hasken ist Sachgruppenleiter Finanzen und ServiceLine im Fachbereich für Informationstechnologie und Zentrale Dienste der Stadt Hagen.

Den Blick weiten

Dirk Habenicht

Die Einführung einer Lösung für die automatisierte Rechnungsverarbeitung sollten Kommunen mit Weitsicht angehen. Denn solche Projekte umfassen viel mehr, als die alleinige Bewältigung der künftig elektronisch eintreffenden Rechnungen.

Nach neuer Gesetzeslage – also der EU-Richtlinie 2014/55/EU sowie der Gesetze und Verordnungen von Bund und Ländern zur Umsetzung derselben – müssen öffentliche Auftraggeber spätestens seit April 2020 in der Lage sein, elektronische Rechnungen zu empfangen und zu verarbeiten. Kernelement der E-Rechnung ist ein strukturiertes elektronisches Format, das die automatisierte Verarbeitung des Dokuments ermöglicht. Die E-Rechnungsverordnung des Bundes sieht dafür den nationalen Datenaustausch-Standard XRechnung vor. Als Alternative bietet sich insbesondere das Format ZUGFeRD an.

Die Verpflichtung zur Annahme von Rechnungen im neuen Format bezieht sich zunächst ausschließlich auf den Eingang. Neben einer Schnittstelle für die bestehenden Finanzbuchhaltungssysteme ist auch die Übermittlung über einen Dienstleister zulässig. Jeder öffentliche Auftraggeber muss sich dem Thema stellen. Nur einen Fehler sollte man dabei nicht begehen: Weil es eilt, jetzt schnell eine Technik allein für die Annahme von XRechnungen einzuführen. Genau auf diesen Teilaspekt beschränken sich derzeit aber leider noch allzu-

viele Projekte. Damit vergeben Kommunen die Chance, das Thema Rechnungsbearbeitung in größerem Umfang zu betrachten und die damit möglichen Benefits hinsichtlich Transparenz, Durchlaufzeiten und Skonto-Optimierungen zu erreichen.

Die E-Rechnung – und damit die Software zu deren Annahme und Verarbeitung – sollte als Baustein einer übergeordneten Digitalisierungsstrategie begriffen werden. Dies beinhaltet eine ganzheitliche Sicht auf Digitalisierung und Automatisierung. Im Hintergrund ist dabei der klassische Optimierungsdreiklang abzuarbeiten: Erstens das Einrichten von Leitsystemen für Archivierung und Dokumentenverwaltung, die Erarbeitung eines Konzepts zur Digitalisierung von Dokumenten sowie der Organisationsaufbau. Zweitens das Automatisieren von Prozessen und die Festlegung des gewünschten Automatisierungsgrads, unter Berücksichtigung des veränderten Ressourcenbedarfs. Und drittens die Vernetzung: Externe Beteiligte müssen angebunden, Wertschöpfungsketten optimiert und Prozesse verknüpft werden.

Eine übergeordnete Digitalisierungsstrategie bedeutet, Prozesse

zu vereinheitlichen, Spezialfälle zu reduzieren und für die, die dennoch anfallen, entsprechende Anforderungen zu erarbeiten. Die gesamte interne Organisation der Verwaltung ist auf die digitale Rechnungsbearbeitung vorzubereiten und es muss rechtzeitig ein schlüssiges Umsetzungskonzept entworfen werden. Es gilt, über die Organisation hinaus zu denken und beispielsweise Schwachstellen wie den Transport zwischen unterschiedlichen Standorten und Buchungskreisen zu identifizieren – auch wenn das anfangs mehr konzeptionelle Arbeit erfordert. Nur so lässt sich eine echte digitale Transformation des gesamten Rechnungsverarbeitungsprozesses und somit ein gut durchdachter Querschnittsprozess über alle Bereiche hinweg erreichen.

Idealerweise werden angrenzende Prozesse gleich mit betrachtet. Es genügt also nicht, nur an die reine Rechnungsbearbeitung zu denken. Vielmehr ist zu überlegen, wie Prozesse digital verbunden werden können. Zum Beispiel Mittelreservierung, Beschaffung oder Vergabe. Das klingt komplizierter, als es ist. Denn stellt man den Fokus schärfer, ist leicht festzustellen, dass sich die Organisation der einzelnen Fachbereiche oft gar nicht

groß unterscheidet, sodass ein Gesamtkonzept durchaus realisierbar ist. Ein solches bildet die Prüfungsfreigabeanforderungen der gesamten Organisation mit all ihren Besonderheiten ab. Es betrachtet die Annahme von XRechnungen und die Weiterverarbeitung der Belege als zusammenhängenden Prozess. Dazu gehört dann auch die Überlegung, wie aktuell noch per Papier eingehende Rechnungen zu behandeln sind.

Gefragt ist also eine Gesamtlösung für den Rechnungsprozess statt lediglich eine Insellösung für die Verpflichtung zum Empfang von XRechnungen. Aus diesem Grund empfiehlt sich vorab die Erstellung eines qualifizierten Anforderungskatalogs. Dieser nimmt alle relevanten technischen, fachlichen und organisatorischen Forderungen auf. Bei SAP-integrierten Lösungen sind die Abhängigkeiten zum SAP-Framework zu beachten. Eine gute und sinnvolle Klassifizierung der Anforderungen (Muss, Soll, Kann) hilft bei der Wahl des richtigen Anbieters und strukturiert die internen

Erwartungshaltungen an das Projekt. Häufig werden dem Dienstleister für ein Rechnungsverarbeitungsprojekt Soll-Prozesse der jeweiligen Fachbereiche vorgegeben, die dem aktuellen, papiergebundenen Prozess entsprechen. Das ist nicht immer ideal und technisch manchmal gar nicht umsetzbar. Ein Papierprozess sollte nicht eins zu eins abgebildet werden, wenn das Ziel lautet, die internen Prozesse verbessern zu wollen. Daher ist die Konzeptionsphase so wichtig, denn in ihr finden die Beteiligten in enger Abstimmung mit dem Systempartner heraus, ob das, was sie als Soll-Prozess definiert haben, überhaupt die beste Umsetzung für die automatisierte Rechnungsverarbeitung wäre.

Immanent für den Projekterfolg ist zudem eine frühe Kommunikation mit Lieferanten, um gemeinsame Spielregeln für den Ablauf zu vereinbaren. Anders lässt sich eine schnelle Automatisierung der Rechnungsprozesse nicht erreichen. Typische Kernfragen, die sich vorab klären lassen, lauten etwa: An wel-

che E-Mail-Adresse sollen XRechnungen geschickt werden oder nutzt der Kreditor ein Portal? Wie soll mit Anlagen umgegangen werden, gibt es für sie eine Namenskonvention? Bedarf jede Rechnung einer separaten E-Mail? Werden diese Eckpfeiler vorab geklärt, stellt das sicher, dass Rechnungen zum richtigen Zeitpunkt und an der richtigen Stelle (Posteingang, Portal oder E-Mail-Postfach) eintreffen, im korrekten Format verfasst sind und alle notwendigen Informationen enthalten.

Abhängig von ihrer Größe sollte sich eine Verwaltung vier bis sieben Monate Zeit für die Umsetzung eines Rechnungsprojekts nehmen. Test, Konzeption und Freigabe benötigen schließlich einen ausreichenden zeitlichen Puffer. Dann ist auch gewährleistet, dass man keine bloße Insellösung für die XRechnung einführt, sondern sich umfassend in Richtung Digitalisierung und E-Government aufstellt.

Dirk Habenicht ist Senior Solution Architect bei der xSuite Group GmbH.



Gestern: Nervensache...

Von der Pflicht zur Kür

Benedikt Leder

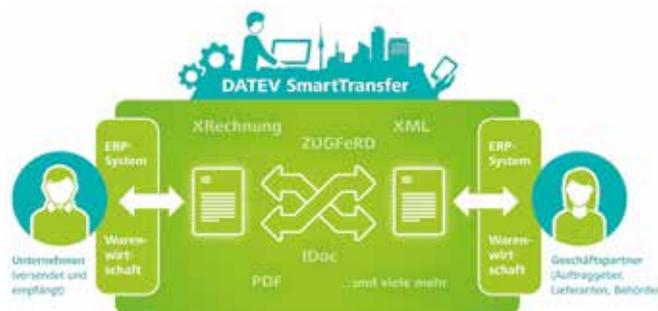
Als eine Art Dolmetscher und elektronische Postboten im Formatschunzel vereinfachen zentrale Portallösungen Kommunen die Arbeit mit E-Rechnungen. Sie dienen als Eingangspostfach und übermitteln die Dokumente im richtigen Format.

Behörden, Verwaltungen und nahezu alle öffentlichen Unternehmen sind inzwischen verpflichtet, auf Basis der EU-Richtlinie 2014/55 Eingangrechnungen in elektronischer Form entgegenzunehmen. Viele von ihnen suchen einen möglichst einfachen Weg, dieser Pflicht einerseits nachzukommen und andererseits ohne großen Aufwand von den Vorteilen zu profitieren.

Nun greift zwar die Verpflichtung, E-Rechnungen zu akzeptieren, flächendeckend. Ein bundesweit einheitliches Verfahren dafür ist aber nach wie vor nicht in Sicht. Allein auf Bundesebene existieren mit dem Zentralen Rechnungseingang (ZRE) und dem OZG-konformen Rechnungseingang (OZG-RE) bereits zwei Plattformen für die Übermittlung der Rechnungen an die öffentliche Verwaltung. Inwieweit Länder und Kommunen sich diese Infrastruktur zunutze machen oder eigene Lösungen entwickeln werden, ist obendrein nicht einheitlich geregelt.

Gewiss ist lediglich: Länder und Kommunen müssen elektronische

Rechnungen in einem der EU-Richtlinie entsprechenden Format – wie etwa der XRechnung – empfangen und verarbeiten können. Dabei gelten je nach Bundesland unterschiedliche Vorgaben bezüglich rechtlicher und sowie technischer Ausgestaltung.



E-Rechnung: Portal als Mittler zwischen Absender und Empfänger.

Für das von der EU vorgeschriebene Format gibt es in der Praxis zwei wesentliche Alternativen. Neben dem neuen Standard der öffentlichen Verwaltung XRechnung ist dies das schon etwas länger in der Wirtschaft im Einsatz befindliche Format ZUGFeRD, das in der neuesten Version 2.1.1 auch die Vorgaben der Verwaltung erfüllt.

Auf Staatsebene gibt es auch für das E-Rechnungsformat noch kein einheitliches Vorgehen. Zwar haben sich Bund und Länder im IT-Planungsrat darauf verständigt, dass die XRechnung das favorisierte Format

für Rechnungen an die öffentliche Verwaltung ist. Mit ihrer Integration als eigenes Profil in ZUGFeRD 2.1.1 steht aber auch der Akzeptanz von ZUGFeRD nichts mehr im Weg.

Für welchen Standard sollen Kommunen ihre Systeme also fit machen? Die Frage ist nicht ganz trivial, denn die Umstellung auf die E-Rechnung bedeutet in der Regel, dass Prozesse angepasst, neue Software beschafft und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschult werden müssen. So ist die Umstellung auf die E-Rechnung ein Organisationsprojekt, das viele Bereiche tangiert und mit entsprechender Vorlaufzeit geplant werden muss. Es geht aber auch einfacher: Statt Individuallösungen zu implementieren, können Kommunen und kommunale Betriebe für den Empfang der elektronischen Rechnungen auf zentrale Portallösungen setzen, die als Mittler zwischen Absender und Empfänger fungieren. Diese Portallösungen dienen nicht nur als zentrales Eingangspostfach für die Verwaltung, sondern können vor allem auch von den Lieferanten im übergreifenden TRAFFIQX Netzwerk genutzt werden, um Rech-

nungen im richtigen Format zu übersenden.

Ein solches Portal stellt beispielsweise die DATEV mit SmartTransfer bereit. Es eignet sich als universelle Lösung über elektronische Rechnungen hinaus auch zum Austausch anderer Geschäftsdokumente wie Gutschriften, Bestellungen, Mahnungen oder Gebührenbescheiden. Der Vorteil: Da das Portal quasi die Funktion eines Dolmetschers und eines elektronischen Postboten im Formatschungel übernimmt, müssen sich die Anwender mit ihren Geschäftspartnern nicht auf ein gemeinsames Datenformat und einen gemeinsamen Übermittlungskanal verständigen – dies übernimmt das TRAFFIQX Netzwerk.

So hilft DATEV SmartTransfer Kommunen und kommunalen Unternehmen dabei, den Postein- wie Postausgang ohne Aufwand zu vereinheitlichen und sich mit Geschäftspartnern zu vernetzen. Dabei unterstützt die Plattform eine Vielzahl an Übertragungskanälen und diverse elektronische Formate. In-

formationen können sowohl in bildhafter Darstellung (etwa als PDF, PDF/A oder TIFF) als auch in Form einer Transaktionsdatei in den vom Empfänger gewünschten Formaten, wie beispielsweise EDIFACT, XML oder IDoc, unkompliziert gesendet und empfangen werden.

Das Portal lässt sich außerdem einfach an alle gängigen ERP-Systeme oder rechnergesteuerten Programme anbinden, sodass der Rechnungsversand direkt aus dem jeweiligen System angestoßen werden kann. Eingehende Dokumente lassen sich prüfen und freigeben. Die Freigabe-Prozesse können dabei organisations-, gruppen- und benutzerbezogen festgelegt werden. Vorhandene Arbeitsweisen müssen nicht geändert werden.

Regelbasiert kann SmartTransfer darüber hinaus die Dokumente vor Versand oder bei Eingang beispielsweise mit Null-Rechnungen oder auf Konformität nach §14 des Umsatzsteuergesetzes kontrollieren. Die übermittelten Datensätze und Dokumente können innerhalb der

Plattform über DATEV Unternehmen online gleich gesetzeskonform elektronisch archiviert werden, wobei sich auch bereits bestehende Archivlösungen problemlos einbinden lassen.

Die DATEV-Lösung ist Teil des TRAFFIQX-Netzwerks, an das Anbieter wie die Bundesdruckerei, SGH, quadient, RICOH, Asterion, BeCloud und b4value.net angebunden sind. Jedes dieser Unternehmen betreibt jeweils als eigenständige Dienstleistung einen Knotenpunkt im Netzwerk. Dadurch muss sich ein Rechnungsempfänger nur einmal auf einem dieser Portale anmelden. Er wird damit auch für Versender erreichbar, die Kunden eines anderen Providers sind. Die Datenhaltung erfolgt aber immer beim jeweiligen Netzwerk-Partner. Wer etwa das Portal SmartTransfer der DATEV nutzt, kann sicher sein, dass seine Daten ausschließlich in deren Nürnberger Rechenzentrum aufbewahrt werden.

Benedikt Leder ist verantwortlich für die Pressearbeit der DATEV eG.

Anzeige



TeVIS [suite]

Kommunix
Software für Kommunen

Heute: Besucherleitsystem!

Ein Workflow für alle

Nina Hoss

Auf Standards statt Sonderlösungen setzt Osnabrück bei der digitalen Rechnungsbearbeitung und hat hierzu ein gesamtstädtisches Verfahren etabliert. Dank strategischer Auftragnehmeransprache werden auch immer mehr E-Rechnungen eingereicht.

Die Stadtverwaltung Osnabrücks wird mit ihren Prozessen immer digitaler. Einerseits bietet sie den Bürgerinnen und Bürgern ein Serviceportal an, über das sie kommunale Dienstleistungen online abwickeln können. Andererseits arbeitet die Verwaltung erfolgreich mit einem Dokumenten-Management-System (DMS). Eine Vorreiterrolle nimmt die niedersächsische Kommune außerdem in der digitalen Rechnungseingangsbearbeitung ein. Ein Projekt-Team hat dazu unter der Leitung von Matthias Göcken, Fachdienstleiter Rechnungswesen und Sondervermögen, einen gesamtstädtischen digitalen Workflow mit Anbindung an das bestehende DMS sowie an das Finanzsystem SAP entwickelt. Die Verwaltung sollte so noch effizienter gestaltet werden. Eine rechtssichere Archivierung von Rechnungsbelegen, flexibel gestaltbare Workflows im Rahmen des DMS, eine eigene Benutzer- und Berechtigungsverwaltung innerhalb des DMS, ein jederzeitiger Zugriff auf benötigte Unterlagen sowie eine flexible Anbindung an das bestehende Finanzsystem waren die Vorgaben bei der Entwicklung des Workflows.

Zunächst wurden die unterschiedlichen Anforderungen der



Matthias Göcken leitete das E-Rechnungs-Projekt.

Fachbereiche der Stadt Osnabrück bei der Rechnungseingangsverarbeitung analysiert und für den Rechnungseingangsbearbeitungs-Workflow (REB-WFL) umgesetzt. „Diese heterogenen Anforderungen aus den unterschiedlichen Fachbereichen sowie das Zusammenspiel zwischen dem DMS und dem SAP-System stellten die wohl größten organisatorischen Herausforderungen innerhalb des Projekts dar“, berichtet Matthias Göcken. Durch die Maßgabe der größtmöglichen Standardisierung konnten die über die Jahre gewachsenen Strukturen aufgebrochen werden. Dem Wunsch nach Sonderlösungen wur-

de überwiegend nicht entsprochen. „Dafür nutzen wir jetzt ein einheitliches gesamtstädtisches Verfahren, das viele Vorteile bietet“, erklärt der Fachdienstleiter.

Für die REB-WFL-Umsetzung wurden in Osnabrück Meilensteine definiert. Dazu zählten die Zentralisierung des Rechnungseingangs und das Umsetzen einer Scanstrecke für Rechnungen. Weitere Höhepunkte sollten mit der Implementierung des Rechnungsworkflows, dem elektronischen Rechnungseingang per E-Mail und der Auftragnehmeransprache erreicht werden. Als die Meilensteine reali-

siert und der REB-WFL inklusive der Verarbeitung von elektronischen Rechnungen im PDF-Format stadtweit implementiert waren, zeigten sich schnell positive Ergebnisse. „Durch die elektronische Verarbeitung der Eingangsrechnungen konnte die Verwaltung die Bearbeitungszeit von durchschnittlich 6,2 auf 2,9 Tage reduzieren“, berichtet Matthias Göcken. Auch sorgt die Digitalisierung der Arbeitsprozesse für mehr Transparenz. Berechtigte können nun zu jedem Zeitpunkt und ortsunabhängig auf eine Rechnung zugreifen und ihren Status einsehen. „Das ist besonders in Pandemie-Zeiten ein Vorteil, wenn Kolleginnen und Kollegen beispielsweise im Homeoffice arbeiten“, sagt Finanzvorstand Thomas Fillep.

Zur Ansprache der Unternehmen hat Osnabrück ein dreistufiges Konzept entwickelt. Es basiert auf der Maßgabe der Europäischen Richtlinie über die elektronische Rechnungsstellung bei öffentlichen Aufträgen (EU-RL 2014/559) sowie den jeweiligen nationalen Gesetzen und Verordnungen. Im ersten Schritt wurden die Zentralisierung des Rechnungseingangs innerhalb der Stadt und die Verbesserung der Rechnungsadressierungsqualität durch gezielte Anschreiben an die Lieferanten vorangetrieben. „In einem zweiten Schritt wurde ein zentrales digitales Postfach für die Verarbeitung von digital eingehenden Rechnungen im PDF-Format eingerichtet“, erklärt Matthias Göcken. Seit Mitte 2018 können diese an die E-Mail-Adresse rechnung@osnabrueck.de verschickt werden. Dort werden die Rechnungen über eine OCR-Erkennung (Optical Character Recognition)

ausgelesen und anschließend digital an den zuständigen Fachbereich zur Bearbeitung weitergeleitet.

Durch die Kommunikation mit den Firmen konnte im Laufe der Jahre 2018 und 2019 die Anzahl der eingehenden Rechnungen im PDF-Format per E-Mail auf monatlich 370 erhöht werden. „Deutlich gesteigert wurde das Volumen dann im Jahr 2020: 1.844 Rechnungen wurden pro Monat bearbeitet, die digital über dieses Postfach eingegangen sind“, sagt Fachdienstleiter Göcken. Damit gingen insgesamt 52,22 Prozent aller gebuchten Eingangsrechnungen über den digitalen Weg bei der Stadt ein (Stand Dezember 2020).

Im dritten Schritt erfolgte 2020 unter anderem eine Registrierung der Stadt Osnabrück beim Niedersächsischen Antragssystem für Verwaltungsleistungen Online (NAVO). Auftragnehmer haben hier die Möglichkeit, Rechnungen im XRechnungs-Format direkt an das NAVO zu senden oder Rechnungen im XRechnungs-Format vom NAVO erstellen zu lassen. „Durch die Angabe der Leitweg-ID wird die E-Rechnung direkt an die Stadt Osnabrück zur weiteren Bearbeitung im REB-WFL zugeordnet“, erklärt Ellen Herbst, Projektorganisatorin im Fachdienst Rechnungswesen und Sondervermögen der Stadt.

Seit dem vierten Quartal 2020 ist es außerdem möglich, standardkonforme E-Rechnungen (Rechnungen im Format ZUGFeRD 2.0 und XRechnung) an die zentrale E-Mail-Adresse rechnung@osnabrueck.de zu schicken. Dies konnte in einem Pilotprojekt innerhalb kürzester Zeit umgesetzt werden. „Hier konn-

te die Stadt an die Kontakte mit den Unternehmen codia Software und ITEBO anknüpfen, um die bestehenden Strukturen zur Verarbeitung von E-Rechnungen zu erweitern“, erläutert Ellen Herbst. „Eine rasche und zuverlässige Kommunikation ermöglichte allen beteiligten Parteien einen erfolgreichen und zielgerichteten Projektverlauf. Nach einer kurzen Erprobungsphase in einem städtischen Testsystem konnte die Lösung gesamtstädtisch erfolgreich produktiv gesetzt werden.“

Als Pilotkunde ließ sich ITEBO gewinnen. Das Unternehmen weist ein hohes Fakturierungsvolumen zur Stadt auf. Aus dem Finanzsystem von ITEBO können nun ZUGFeRD-Rechnungen erstellt und direkt an die zentrale Rechnungsadresse der Kommune geschickt werden. Aus dem städtischen Postfach heraus wird der REB-WFL mit den rechnungsrelevanten XML-Daten gestartet. Fakturierungsprozesse zwischen ITEBO und der Stadt lassen sich somit vollständig elektronisch abbilden. „Damit setzt Osnabrück auch die Regelungen der NERechVO in die Praxis um“, erklärt Matthias Göcken.

In den nächsten Monaten sollen die Businesspartner der Kommune mit einem hohen Fakturierungsvolumen, entsprechend der vorangegangenen Kommunikationsstrategie, auf die digitale Rechnungsstellung umgestellt werden. „Die gute Konzernstruktur der Stadt hilft hier, schnell und unkompliziert beteiligte Gesellschaften ins Boot zu holen“, so Thomas Fillep.

Nina Hoss ist Redakteurin im Referat Kommunikation der Stadt Osnabrück.

Umfassende Übersicht

Eva Sprockamp

Seit knapp anderthalb Jahren erfolgt die Rechnungsverarbeitung im Liegenschafts- und Gebäude-Management der Stadt Iserlohn vollkommen papierlos. Das sorgt für einen umfassenden Überblick und erleichtert die Budgetkontrolle.

Mit der Gründung des KIM Kommunales Immobilien Management im Jahr 2004 hat die nordrhein-westfälische Stadt Iserlohn alle 400 städtischen Gebäude an die eigenbetriebsähnliche Einrichtung übertragen. Seither ist das KIM in seiner Funktion als Eigentümer und Vermieter Ansprechpartner für die Fachressorts der Stadtverwaltung. In diesem Zusammenhang werden für die Nutzer projektierte Neubaumaßnahmen weitgehend intern geplant und errichtet. Zu den weiteren Aufgaben zählen die Bauunterhaltung, die Durchführung umfangreicher Generalsanierungen im Rahmen der Kernaufgabe zur Werterhaltung der Bestandsgebäude sowie die Anmietung von Fremdobjekten im Auftrag der einzelnen Fachbereiche.

Seit dem Jahr 2015 setzt das KIM dabei auf das Finanzverfahren Infoma newsystem inklusive des integrierten Fachverfahrens Liegenschafts- und Gebäudemanagement. Zwar hatten die Iserlohner auch in den Jahren davor eine CAFM-Software im Einsatz. Diese konnte allerdings nicht mit einer Anbindung an das Finanzwesen aufwarten. In der Abbildung von Finanz- und Liegenschaftsdaten sahen die Verantwortlichen indes eine wesentliche



Stadt Iserlohn: Digitale Prozesse im Gebäude-Management.

Grundlage für optimierte, durchgängige und somit effiziente Arbeitsabläufe – eine Anforderung, die sie mit der Entscheidung für den integrierten elektronischen Rechnungsworkflow noch untermauerten. Seit Anfang 2020 erfolgt die Abwicklung von Rechnungen im KIM nun digital und damit papierlos.

Im Vorfeld der Implementierung galt es jedoch, die individuellen Schritte im Prozess der digitalen Rechnungsverarbeitung festzulegen. Welche Belege und welche Anhänge werden eingescannt und in den Rechnungsworkflow überführt? Und welche Belege gehen erst an den Sachbearbeiter? Diese Fragen mussten ebenso geklärt werden wie die technische Abstimmung des gesamten Prozesses vom

Rechnungseingang bis zur Buchung. Ein wesentlicher Punkt war die Vorbereitung der Belegerfassung per Barcode, damit die Scan-Software nicht nur einzelne Seiten, sondern komplette Rechnungssätze in den Workflow überführt. Eine genaue Festlegung erforderten auch die Abbildung des Vier-Augen-Prinzips sowie die Hinterlegung der Berechtigungsstrukturen, um die Verwaltungsvorschriften einzuhalten.

Der Start in den Echtbetrieb verlief wie geplant. Die gesamte Prozesskette vom Scannen bis zur Verbuchung wird nun optimal unterstützt. Tanja Schulte-Treppe, beim KIM für die Systemadministration der Lösung Infoma newsystem zuständig, zeigt sich daher nach den

ersten Monaten sehr zufrieden: „Gegenüber dem bisherigen Prozess haben wir jetzt eine umfassende Übersicht über alle Rechnungseingänge und deren aktuellen Bearbeitungsstatus. So gehen keine Rechnungen im Haus verloren und Zahlungsziele werden eingehalten. Zudem muss nicht mehr zeitaufwendig nach Rechnungen in Aktenordnern gesucht werden, sondern alle Sachbearbeiter haben jederzeit Zugriff aus dem System heraus.“

Die Resonanz der Mitarbeiter auf den neuen digitalen Prozess ist sehr gut. Der bessere Überblick bei der Rechnungsbearbeitung und die damit verbundene Budgetkontrolle erleichtern ihnen viele Arbeitsabläufe. Als großer Vorteil hat sich darüber hinaus die direkte Zuord-

nung von Rechnungen zu vorherigen Bestellungen herausgestellt. Möglich wird dies durch die automatische Erkennung der Bestellnummer und des Kreditors bei der Scan-Verarbeitung.

Für Tanja Schulte-Treppe sind die digitale Rechnungsbearbeitung und die geplante Integration des Rechnungsworkflows in ein Dokumenten-Management-System „der letzte Schritt zur kompletten Digitalisierung der Rechnungen bei der Stadt Iserlohn“. Denn in der größten Stadt des Märkischen Kreises sind die Planungen für eine kommunale Digitalisierungsstrategie mit der Entwicklung interner und externer Aktivitäten in vollem Gange. „Allgemein befinden sich die Digitalisierungsprozesse zurzeit im

Wandel. Um diese Strukturen in der städtischen Verwaltung zu integrieren, müssen viele interne Prozesse angepasst werden. Beschleunigend wirkt dabei die Corona-Zeit, da beispielsweise die Anbindung von Homeoffice-Arbeitsplätzen neue digitale Arbeitswege schafft“, kennt Tanja Schulte-Treppe die Herausforderungen, aber auch Chancen der Zukunft – und sieht Iserlohn hierfür bereits gut aufgestellt.

Eva Sprockamp ist freie Journalistin in Bad Wörlshofen.

Link-Tipp

Mehr zu den Aufgaben des KIM Iserlohn unter:

- www.iserlohn.de/wirtschaftsstadtentwicklung

Anzeige



Der OZG-Adapter

Das Regelwerk für die Kommunikation zwischen den Online-Diensten und den Fachverfahren der Verwaltungen in Deutschland.



Pionier bei der E-Gutschrift

Laura Nascimento

Die Stadt Reutlingen hat bereits im Jahr 2002 ihren Einkauf digitalisiert. Nun geht die Kommune erneut voran und verknüpft diesen mit einer elektronischen Abrechnung per E-Gutschriftverfahren. Die ersten Erfahrungen sind positiv.

Täglich werden bei Kommunen Verbrauchsgüter wie Büromaterial, Kopierpapier, Druckerverbrauchsmaterial oder Reinigungsmittel beschafft. Dabei handelt es sich überwiegend um so genannte C-Verbrauchsartikel, die zwar wertmäßig einen geringen Anteil an den Gesamtaufwendungen ausmachen, deren Beschaffung jedoch zeitintensiv ist und zulasten der eigentlichen Aufgaben der Angestellten geht, wenn die Beschaffung nicht zentral gesteuert wird.

Dieser Herausforderung stellte sich die Stadtverwaltung Reutlingen bereits im Jahr 2002, indem sie ihren Einkauf mit Unterstützung des E-Procurement-Dienstleisters TEK-Service digitalisierte. Seither können knapp 250 Mitarbeitende in Verwaltung, Schulen und Kindertageseinrichtungen im TEK-Einkaufsportale bei 14 Lieferanten komfortabel Produkte aller Art bestellen. Alle hierfür notwendigen Daten wie Rechnungs- und Lieferadresse oder die Kostenstelle sowie die Kontaktdaten sind bereits hinterlegt, sodass die benötigten Artikel mit wenigen Klicks geordert werden können. Die Kataloge können die Besteller selbst erweitern, indem sie im Portal Artikelanfragen stellen, welche automatisiert an den

jeweiligen Lieferanten weitergeleitet werden. Darüber hinaus können über das Portal Reklamationen abgewickelt werden und es bietet kostenstellengenau Statistiken aller Bestellungen an, was bei der alle vier Jahre anstehenden Ausschreibung von Rahmenverträgen über Verbrauchsartikel die Erstellung von Leistungsverzeichnissen enorm erleichtert.

Bei der Einführung des TEK-Einkaufsportals im Jahr 2002 war die Stadt Reutlingen Pionier – und auch 2021 beschreitet sie als eine der ersten Kommunen neue Wege: Seit Januar dieses Jahres werden Leistungen von zwei Lieferanten per E-Gutschriftverfahren abgerechnet. Dafür wurden im Sommer 2020 die Ausschreibungsanforderungen um den Punkt Gutschriftverfahren erweitert. Zeitgleich wurde die verwaltungsinterne Projektion gestartet. In Absprache mit der Stadtkämmerei wurden Anforderungen an die E-Gutschrift definiert. Das Unternehmen TEK Service richtete im TEK-Einkaufsportale den Menüpunkt „Wareneingangskontrolle“ ein und sorgte dafür, dass im bereits vorhandenen TEK-Kontor auch E-Gutschriften erstellt werden können.

Im ersten Schritt des neuen Prozesses werden verschiedene Artikel

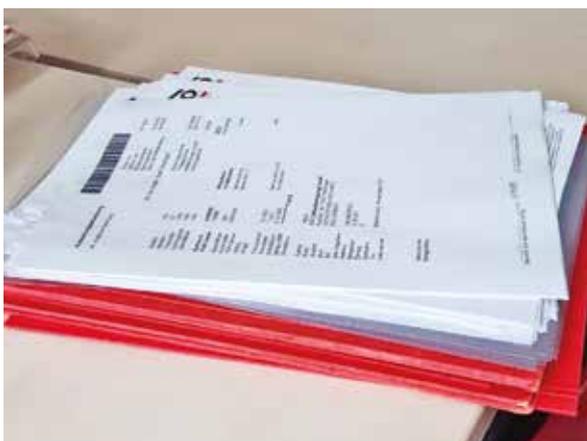
im TEK-Einkaufsportale bestellt. Deren Lieferung wird im zweiten Schritt vom Bestellenden bestätigt. Der elektronische Lieferschein kann dabei noch angepasst werden, falls etwa die Ware nicht vollständig oder mangelhaft geliefert wird. Der Lieferschein und mit ihm alle im TEK-Einkaufsportale erzeugten abrechnungsrelevanten Daten werden durch die Freigabe automatisch an das Modul TEK-Kontor weitergeleitet. Auf Basis dieser abrechnungsrelevanten Daten, also beispielsweise Artikel, Anzahl der Artikel oder im Einkaufsportale hinterlegter Preis je Artikel, wird dann im TEK-Kontor automatisch eine E-Gutschrift zugunsten des jeweiligen Lieferanten generiert. Diese wird im ZUG-FeRD-Format per E-Mail an den zentralen Rechnungseingang des Lieferanten sowie die persönliche E-Mail-Adresse des Bestellenden gesendet.

Derzeit werden alle E-Gutschriften von den Bestellern noch als PDF-Dokument visualisiert und ausgedruckt. Zur Auszahlung der Gutschrift wird anschließend vom Besteller selbst oder von einer anderen rechnungsverarbeitenden Stelle eine Auszahlungsanordnung in SAP erfasst. In der nächsten Projektphase werden vier Pilotämter die E-Gutschriften dann nicht mehr

ausdrucken, sondern medienbruchfrei in einem elektronischen Rechnungseingangsworkflow bearbeiten. Vom TEK-Kontor werden die E-Gutschriften an den zentralen Rechnungseingang der Stadtverwaltung gesendet und dort in den vollständig in die Buchhaltungssoftware SAP integrierten Workflow eingespielt. Dabei werden alle Da-

und zur Auszahlung freigegeben werden. In der anschließenden Projektphase sollen sukzessive alle Ämter der Stadtverwaltung Reutlingen in den E-Rechnungsworkflow, also in die komplett digitale Abrechnung eingebunden werden. Auch sollen weitere Lieferanten für das E-Gutschriftverfahren gewonnen werden.

tor tatsächlich der Preis abgerechnet wird, der für das jeweilige Produkt im Portal angezeigt wird. Dabei referieren die Katalogpreise generell auf vorangegangene Ausschreibungen. In der nächsten Projektphase werden die Mitarbeiter zudem von der fehleranfälligen, monotonen Routineaufgabe entlastet, Auszahlungsanordnungen in SAP zu erfassen.



Solche Rechnungsstapel sollen in Reutlingen bald passé sein.

ten aus dem strukturierten Datensatz so übernommen, dass eine manuelle Erfassung nicht mehr notwendig ist. Stattdessen kann die Gutschrift mit nur wenigen Klicks sachlich und rechnerisch geprüft

Im ersten Quartal dieses Jahres wurden in Reutlingen bereits 300 E-Gutschriften erzeugt, die den Bestellenden direkt nach der Freigabe des Lieferscheins im TEK-Einkaufsportale zugehen. Durch die digitalen Abrechnungsdokumente spart die Stadt Zeit und Portokosten. Außerdem sichert die schnellere Verarbeitung, dass Skonto gezogen werden kann. Ein großer Pluspunkt im Vergleich zu einer Rechnungsstellung durch den Lieferanten ist außerdem, dass durch die Verknüpfung des TEK-Einkaufsportals mit dem TEK-Kon-

Natürlich müssen die Besteller bezüglich des neu eingeführten Abrechnungsverfahrens geschult werden. Die Erfahrung zeigt aber, dass die große Mehrheit sich bereits nach einem Monat daran gewöhnt hatte, sich bei Lieferung der bestellten Ware im TEK-Einkaufsportale einzuloggen und in der Wareneingangskontrolle den elektronischen Lieferschein freizugeben. Aufgrund des einfachen Prozesses ist die Akzeptanz für das neue Verfahren in Verwaltung, Schulen und Kindergärten dementsprechend hoch.

Laura Nascimento ist Mitarbeiterin im Hauptamt / Beschaffungsstelle der Stadt Reutlingen.

Anzeige

Personalkostenhochrechnung? Reiseantrag?
SO FLOTT KANN'S GEHEN!

MACH[®]
Verwaltung macht Zukunft

Personalkosten kurz mal hochrechnen? Diverse Szenarien simulieren? Reise- oder Urlaubsanträge im Homeoffice verwalten? MACH Personal ist die anwendungsfreundliche HR-Software für die öffentliche Verwaltung; die MACH live! Selfservices bringen die Lösungen aufs Tablet oder Smartphone. Selbst Gelegenheitsnutzer:innen sind schnell „drin“.

Jetzt flott informieren:
www.mach.de/selfservice

MACH live!
SELF SERVICES
einfach für alle

Entlastung im Alltag

Tabea Hein / Jens Visser

Künstliche Intelligenz ist aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken. Mit entsprechenden Kompetenzen, etwas Mut und dem Wissen, dass weiter der Mensch für Entscheidungen verantwortlich ist, lassen sich KI-Lösungen vorteilhaft in die Verwaltungsarbeit integrieren.

Digitalisierung und innovative Technologien wie künstliche Intelligenz (KI) werden die Arbeitsteilung zwischen Mensch und Maschine quantitativ und qualitativ wandeln. Kompetenzprofile verändern sich, Tätigkeiten fallen weg, Aufgaben entstehen neu. Trotz Fortschritten im Leistungskatalog des Onlinezugangsgesetzes (OZG) und der Umsetzung der E-Akte folgt die Arbeit mit Daten in der Kommunalverwaltung jedoch häufig noch alten Vorgaben und Richtlinien und beinhaltet mitunter gar Faxgeräte und Schreibmaschinen. Sie bedingt durch Ausdrücke und Kopien teils wahre Berge an Papier, erfordert ein manuelles Übertragen von Informationen sowie die physische Ablage von Schriftstücken in meterlangen Regalen mit Aktenordnern. Auch die elektronische Verarbeitung birgt häufig noch redundante Daten und es fehlen geeignete Schnittstellen. Die Folge sind Medienbrüche, eine schlechte Auffindbarkeit und mangelnde Auswertbarkeit von Daten.

Als Garant für Rechtstreue und Verlässlichkeit gehört die öffentliche Verwaltung traditionell und teils aus guten Gründen nicht zu den Vorreitern bei der Umsetzung neuer Ideen und Services. Die Kunden der



Kommunale Services mit KI-Komponenten verbessern.

Kommunalverwaltung wünschen sich jedoch digitale Services, die jederzeit und an jedem Ort schnell und sicher nutzbar sind. Künstliche Intelligenz kann hier unterstützen. In verschiedenen Bereichen der Kommunalverwaltung kommen KI-Komponenten als Bestandteil von Software bereits zum Einsatz, so etwa in der prädiktiven Instandhaltung von Abwasserrohren oder Maschinen, in der Schrifterkennung sowie in der Sprachverarbeitung (in Archiven oder als Chatbots). Neben einer höheren Geschwindigkeit, effizienteren Prozessen und kostengünstigeren Services kann KI auch zu einer besseren Qualität der kommunalen Leistungen führen, zum Beispiel in der automatisierten Vertragsprüfung, der Öffentlichkeitsbeteiligung in räumlichen Planungsverfahren oder bei der Simulation komplexer Systeme.

In sich wiederholenden Aufgaben der Sachbearbeitung liegt ein großes Potenzial, um Vorgänge zu beschleunigen und Mitarbeitende von einförmigen Tätigkeiten zu entlasten, die sie dann für höherwertige Aufgaben wie die Bürgerberatung oder Projektarbeit nutzen können. Robotic Process Automation (RPA) ist längst zu einem Baustein effizienter Prozessgestaltung der digitalen Transformation geworden. Häufig bietet der Einsatz von so genannten Software-Robotern bereits ohne KI-Komponenten Vorteile für sich wiederholende, regelbasierte Aufgaben. Sie automatisieren Prozesse und verkürzen die Wartezeiten für Bürger und Unternehmen, ohne Altanwendungen ersetzen zu müssen.

Im Zusammenspiel mit künstlicher Intelligenz kann Robotic

Process Automation vorteilhaft ergänzt werden; die KI leitet dann aus den mit moderner RPA-Software aufgezeichneten manuellen Nutzungsdaten mittels maschineller Lernverfahren Regeln ab, die helfen, Abläufe zusätzlich zu verbessern. Eine mögliche Vorteilhaftigkeit ist natürlich durch geeignete Bewertungsmethoden – wie Prozessanalyse, Wirtschaftlichkeitsberechnung oder Abwägung alternativer Gestaltungsmöglichkeiten – zu prüfen. Denn nicht immer ist KI die geeignete Lösung.

Assistenzsysteme sind eine weitere Möglichkeit, die Mitarbeiter zu unterstützen. Denkbar ist etwa eine KI-Lösung als persönlicher, virtueller Assistent im Alltag für die Sachbearbeitung oder den Außendienst. Eine solche Lösung bietet dabei weit mehr als die reine Abfrage statischer Datenbanken und kann sich quasi als Prozessberater individuell auf die Fragen des jeweiligen Mitarbeiters einstellen.

Maschinelle Lernverfahren lesen bereits während des Arbeitsvorgangs Inhalte aus und machen sie abfragbar. Künftig kann das KI-System beispielsweise auf natürlich-sprachliche Anfragen aus großen Mengen elektronischer Dokumente sofort präzise passende Antworten finden und auf diese Weise nicht nur den Rechercheaufwand minimieren, sondern auch die Servicequalität wesentlich erhöhen.

Sprachein- und -ausgabe tragen zur einfachen, kontaktlosen Nutzung und der Barrierefreiheit von Anwendungen bei und unterstützen das mobile Arbeiten. Bei Modifikationen im Arbeitsablauf, etwa aufgrund von veränderten Verordnungen, internen Richtlinien oder im Fall der Vertretung von Kollegen, kann ein virtueller Assistent schnell, zuverlässig und kompetent unterstützen.

Vor dem Hintergrund von Fluktuation und Mitarbeiterengpässen, zur Einarbeitung neuer Mitarbeiter und als Tool im Wissensmanagement kann KI wertvolle Hilfe leisten. Die Idee des virtuellen Assistenten stammt aus regulierten Branchen wie dem Finanzsektor, die aufgrund gesetzlicher Vorgaben die Einhaltung komplizierter Prozesse sicherstellen und deren Durchführung nachvollziehbar dokumentieren müssen – ganz ähnlich der öffentlichen Verwaltung.

KI kann im Verwaltungsalltag also auf vielerlei Weise unterstützen und zur Arbeitsentlastung beitragen. Notwendige Voraussetzung ist der Aufbau entsprechender Kompetenzen bei den Mitarbeitenden – nicht nur zur Digitalisierung allgemein, sondern auch speziell zu KI-Lösungen und deren technischer Ausgestaltung. In die Entwicklung von KI-Systemen sollten die Mitarbeiter mit ihrem Domänenwissen frühzeitig eingebunden werden.

Das beugt Ängsten vor, schafft weitgehende Transparenz und fördert das Vertrauen.

Ein wichtiger Faktor ist hierbei die Erklärbarkeit von KI, was aufgrund deren Komplexität häufig nicht bis ins Detail möglich ist. Bereits bei der Entwicklung der Algorithmen, dem Training der KI und durch repräsentative Trainingsdaten kann unbeabsichtigten wertbezogenen Entscheidungen vorgebeugt werden. Allerdings: Menschen machen Fehler und selbst bei allergrößter Sorgfalt in Entwicklung und Betrieb werden auch KI-Lösungen Fehler machen. Hier liegt es am Menschen, zu kontrollieren und korrigierend einzugreifen.

Künstliche Intelligenz ist keine Disruption, sondern ein Teil der Digitalisierung. In der Kommunalverwaltung können Systeme mit KI-Komponenten die Mitarbeiter unterstützen und dazu beitragen, Services effizienter zu gestalten. KI ist jedoch nicht für jedes Problem die Lösung und befreit Menschen nicht von Verantwortung. Die Mitarbeiter müssen verstehen und kontrollieren können, warum und auf welchen Grundlagen Empfehlungen von KI-Lösungen zustandekommen, und sie müssen die Möglichkeit haben, Fehler zu korrigieren. Entscheidungen, die wesentliche Auswirkungen auf das Leben von Menschen haben, sollten nicht von KI-Lösungen getroffen werden.

Tabea Hein entwickelt seit 2015 in der Kommunalverwaltung einer deutschen Großstadt Ideen zu Verwaltungsreformen. Jens Visser ist seit 2018 Projektleiter Digitale Transformation für die Stadtverwaltung Bocholt.

Link-Tipp

Das Buch „Künstliche Intelligenz für die Smart City: Handlungsimpulse für die kommunale Praxis“ der Autoren Tabea Hein und Götz Volkenandt steht hier als kostenfreies E-Book zur Verfügung:

- https://www.ai-concepts.com/downloads/KI-fuer-die-Smart-City_E-Book-Ausgabe.pdf

Einsatz im Umfeld von SAP

S. Sandig / J. Becker

Auf dem Weg zur smarten Verwaltung kann auf KI-Anwendungen kaum verzichtet werden. Einsatzmöglichkeiten künstlicher Intelligenz im Umfeld der SAP-Systemlandschaft testet etwa die Stadt Dortmund.

Künstliche Intelligenz (KI) ist heute aus vielen Bereichen nicht mehr wegzudenken. Sie befasst sich mit der Lösung komplexer Problemstellungen auf Basis selbstlernender Algorithmen, mit deren Hilfe sich menschliche Kognitionsfähigkeiten nachbilden und erweitern lassen. Das Spektrum möglicher Einsatzszenarien ist breit gefächert und reicht von der Ablösung einfacher, repetitiver Aufgaben bis hin zur Gewinnung neuer Erkenntnisse oder der Erschließung neuer Kompetenzen.

Auch in der öffentlichen Verwaltung gewinnt der Einsatz intelligenter Systeme an Bedeutung – nicht zuletzt aufgrund der im Jahr 2018 verabschiedeten nationalen KI-Strategie von Bund und Ländern. Diese hat sich unter anderem das Ziel gesetzt, „durch den Einsatz von KI in der Verwaltung eine Vorreiterrolle einzunehmen und schnellere, bessere und effizientere Verwaltungsdienstleistungen für die Bürger anzubieten“. In der öffentlichen Verwaltung können drei wesentliche Anwendungsfelder für künstliche Intelligenz identifiziert werden. Erstens die Unterstützung und (Teil-)Automatisierung administrativer Prozesse – Stichwort: Intelligent Process Automation (IPA).

Zweitens die effizientere und serviceorientiertere Gestaltung der Interaktion mit den Bürgerinnen und Bürgern. Und drittens bietet KI erweiterte Analysemöglichkeiten im Kontext des operativen und strategischen Reportings sowie in Entscheidungsunterstützungssystemen.

Durch die Nutzung ergeben sich auch abseits klassischer Programme zur Effizienzsteigerung vielfältige Chancen. So können intelligente Systeme unter anderem bei der Validierung steuerbezogener Dokumente und Finanztransaktionen unterstützen und so zu einer besseren Einhaltung der Compliance-Richtlinien beitragen. Des Weiteren kann mithilfe prädiktiver Analysen eine optimierte Ressourcenplanung und -nutzung erreicht und somit zum Beispiel durch eine intelligente Verkehrssteuerung zur nachhaltigen Stadtentwicklung beigetragen werden. Der Einsatz von KI ist daher ein wesentlicher Bestandteil zukunftsweisender Digitalstrategien von Kommunen.

Die Stadt Dortmund hat sich Anfang dieses Jahres entschieden, in Zusammenarbeit mit dem Beratungshaus best practice consulting (bpc) ein Pilotprojekt zum Einsatz künstlicher Intelligenz durchzuführen.

Ziel ist es, die Chancen und Herausforderungen der Technologie sowie die notwendige Infrastruktur anhand eines klar abgegrenzten Szenarios zu evaluieren. In verschiedenen Bereichen der internen Verwaltung kommt die Standard-Software SAP zum Einsatz. Aus der Historie heraus existieren in den Systemen eine Vielzahl von Geschäftspartnerdubletten. Um aktuell bestehende Redundanzen in den Daten zu reduzieren und perspektivisch die im Rahmen der Einführung von SAP S/4HANA notwendige Geschäftspartnerkonsolidierung zu begleiten, soll nun ein KI-gestütztes Verfahren zur Erkennung der Geschäftspartnerdubletten etabliert werden. Es soll sowohl bei der Neuanlage von Daten im Rahmen manueller Erfassungsvorgänge als auch in Massenläufen zum Einsatz kommen.

Ein wichtiger Aspekt bei der Umsetzung des Verfahrens ist die nahtlose Integration der neuen Dublettenprüfung in die bestehende SAP-Systemlandschaft. Hierfür wird die von der Stadt Dortmund genutzte bpc Workflow-App erweitert, so dass die Sachbearbeiter zukünftig direkt bei der Erfassung auf potenzielle Dubletten hingewiesen werden können. Mit Blick auf die bestehenden und geplanten Prozesse

entsteht so eine einheitliche, zukunftsweisende Prozesslandschaft.

bpc unterstützt seit dem Jahr 2018 verschiedene Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung bei der Umsetzung von Projekten zur digitalen Eingangsrechnungsverarbeitung im SAP-Umfeld, die im Einklang mit dem E-Rechnungsgesetz steht. Die Einrichtung eines solchen digitalen Prozesses zur Verarbeitung von elektronischen und analogen Rechnungsdokumenten bietet sich ebenfalls für den Einsatz von KI an. So gehört beispielsweise die KI-gestützte Kontierungsfindung für eingehende Rechnungen zum Leistungsportfolio von bpc. Mithilfe dieses intelligenten Werkzeugs können auf Basis bereits gebuchter Rechnungen Kontierungsinformationen für neue Rechnungen vorgeschlagen werden. Diese Vorschläge integrieren sich nahtlos in die SAP-Benutzeroberflächen und erleichtern die Tätigkeit der zuständigen Sachbearbeiter.

Bei der Umsetzung der Kontierungsvorhersage reichen die Möglichkeiten von der Nutzung eines statistischen Standardmodells mit minimalem Einrichtungsaufwand bis hin zu maßgeschneiderten KI-Modellen, die genau auf die Bedürfnisse einer Kommunalverwaltung abgestimmt sind. Die Rechnungsdaten müssen dabei ausdrücklich nicht in der Cloud verarbeitet, sondern können auch ausschließlich lokal vorgehalten werden.

Die Nutzung von KI verspricht also zahlreiche Potenziale zur Opti-

mierung vorhandener Prozesse – auch im Kontext des öffentlichen Rechnungswesens. In der Praxis birgt das gleichzeitig neue Herausforderungen für alle Beteiligten. Diesen gilt es sowohl vor als auch während der Umsetzung in geeigneter Weise Aufmerksamkeit zu schenken. Je nach Einsatzgebiet können die Anforderungen unterschiedlich ausfallen. Bei nahezu allen Anwendungsszenarien von KI müssen aber zum Beispiel die rechtlichen Rahmenbedingungen be-



Dortmund: Pilotprojekt zum Einsatz künstlicher Intelligenz.

rücksichtigt werden. Zu klären ist etwa, ob die Entscheidungen der KI aus rechtlicher Sicht nachvollziehbar sein müssen und ob die Verarbeitung von Daten durch eine KI unter datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten unproblematisch ist.

Geht es um den Einsatz von KI in der Prozesssteuerung, ist zudem die Ethik ein wichtiges Thema. So ist die Anwendung von KI-gestützten Werkzeugen denkbar, um Verarbeitungsprozesse zu steuern und die Zuordnung von Fällen zu verschiedenen Sachbearbeitenden zu übernehmen. In einem solchen Szenario sollte beleuchtet werden, ob die Entscheidungen der eingesetzten KI eine indirekte Beurteilung der Mitarbeiter darstellen. Möglicherweise

ließe sich über die Komplexität und Anzahl der zugeordneten Fälle ein ungewollter Rückschluss auf die Produktivität oder die Fähigkeiten von Personen ziehen. Derartige Implikationen sollten daher bereits während der Planung des Projekts beachtet werden.

Intelligente Systeme arbeiten in der Regel datengetrieben. Das bedeutet, dass historische Stamm- oder Bewegungsdaten verwendet werden, um die KI auf den jeweiligen Aufgabenbereich zu trainieren. Auch der hier beschriebene Ansatz zur Anreicherung von Eingangsrechnungen mit Kontierungsinformationen basiert auf einem Training der KI mit historischen Kontierungsdaten. Hierfür müssen die Datenbestände vorhanden und zugänglich sein.

Um die exemplarisch aufgezeigten sowie weiteren Projektanforderungen, die durch die Einbindung KI-gestützter Tools entstehen, im Blick zu behalten, stehen unterstützende Projekt-Management-Werkzeuge wie der von best practice consulting entwickelte Machine Learning Project Canvas zur Verfügung. Die Zuhilfenahme eines solchen Werkzeugs kann die Chancen auf einen erfolgreichen Projektverlauf – insbesondere bei Erstprojekten mit KI-Anteil – maßgeblich erhöhen und ebnet somit den Weg zu einer intelligenten Kommunalverwaltung.

Sonja Sandig und Jens Becker sind Berater bei der best practice consulting AG und Experten für KI-gestützte Werkzeuge in SAP.

Der Bot arbeitet mit

Manfred Neidel / Thomas Schweizer

Der Einsatz von Software-Robotern ermöglicht eine pragmatische Automatisierung sich wiederholender Prozesse und trägt so zu mehr Effizienz und Bürgernähe bei. Das kann Verwaltungsmitarbeitern viel Arbeit abnehmen, wird den Menschen aber nicht ersetzen.

Die Digitalisierung der Verwaltungsarbeit hat zuletzt durch die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) breite Aufmerksamkeit gefunden. Dort, wo das OZG an seine Grenzen gelangt, beginnt für die Kommunen die eigentliche Herausforderung: die intelligente Automatisierung der täglichen Verwaltungsarbeit.

Fachverfahren und Dokumenten-Management-Systeme sind wichtige Treiber der Verwaltungsdigitalisierung und leisten bereits heute die Hauptarbeit im Amt. Die Brücke zum Bürger schlagen Online-Dienste wie die in zunehmendem Umfang entstehenden OZG-Anwendungen. Es gibt aber (noch) kein Verwaltungsbetriebssystem, das die verschiedenen Dienste und Anwendungen im Front- und Backoffice der Verwaltung integriert. Häufig sind heterogene Systeme im Einsatz, deren Zusammenwirken durch Verwaltungsmitarbeiter überhaupt erst ermöglicht wird.

Tätigkeiten wie die Vorqualifizierung von Daten, Datenübertrag oder Einträge in Register und Datenbanken sind nur teilweise auto-

matisiert. Das liegt häufig daran, dass die damit verbundenen Prozesse entweder selten auftreten – was eine automatisierte Integration nicht erforderlich macht –, oder dass die Integration an IT-Kosten



Software-Roboter kann Arbeit abnehmen.

oder am Software-Hersteller scheitert. An diesem Punkt sowie bei Prozessen, die durchschnittlich häufig auftreten, setzt die Robotic Process Automation (RPA) an. Sie ermöglicht eine pragmatische Automatisierung.

Ausgangspunkt ist dabei der Bildschirm, wie ihn Sachbearbeiter täglich vorfinden. In diesem Arbeitsumfeld wird der Software-Roboter angelernt. Vorbild sind exakt

dieselben Handgriffe, die auch der Mensch ausführt. Kurz gesagt, der Software-Roboter imitiert das Verhalten des Menschen und klickt an denselben Stellen auf dem Bildschirm, kopiert Texte und Zahlen und fügt sie an anderer Stelle, in einem anderen Programm wieder ein. In der Praxis wird unterschieden zwischen überwachten RPA-Anwendungen, die vom Mensch unmittelbar kontrolliert werden, und unüberwachten RPA-Anwendungen, die nicht auf den ersten Blick sichtbar sind.

Der Vorteil dieser pragmatischen Herangehensweise: Für die beabsichtigte Prozessautomatisierung wird das Engagement ohnehin knapper IT-Mitarbeiter nicht benötigt. Vielmehr übernehmen Fachexperten das Anlernen des Software-Roboters. In diesem Zusammenhang spricht man auch von Citizen Developern.

Für dieses Vorgehen eignet sich grundsätzlich jeder repetitiv auftretende Prozess. Dabei gilt weiterhin der Grundsatz, dass ein Software-Roboter nicht über die Grenzen hinausgehen kann, die auch den jeweiligen Sachbearbeitern gesetzt

sind. Er kann also nicht ohne Weiteres Datenbanken oder sonstige Datenquellen nutzen, die dem Menschen nicht zur Verfügung stehen. Als Anwendungsgebiete kommen in erster Linie der Bürger- und Kundenservice, die Dateierstellung und -bearbeitung, die virtuelle Integration mit Legacy-Systemen, Datentransformationen, Reporting sowie alle Formen des Screen Scrapings, also das Nutzen von Bildschirmhalten, infrage.

Ein Software-Roboter arbeitet 24 Stunden am Tag. Er zeichnet sich durch extrem kurze Prozessdurchlaufzeiten und eine Null-Fehlerquote bei angelernten Prozessen aus. Das ruft natürlich auch die Sorge hervor, dass künftig nur noch Software-Roboter auf dem Bürodrehstuhl sitzen. Diese Bedenken sind übertrieben. Denn der Vorteil des Software-Roboters – die genaue Einhaltung der Prozessvorgaben – ist gleichzeitig sein größter Nachteil: die fehlende Flexibilität und die mangelnde Interpretationsfähigkeit.

Im Ergebnis führt das zu einer Arbeitsteilung zwischen Verwaltungsmitarbeitern und Software-Roboter: Prozesse werden zwischen diesen aufgeteilt. So kann ein Roboter vorlegen und etwa Graufälle auf einen anderen virtuellen Stapel legen als Weißfälle. Der Mensch nimmt die Vorarbeit auf, schließt sie ab oder ergänzt sie so, dass der Roboter weitermachen kann.

Die naheliegende Frage ist, ob künftig Methoden und Anwendungen aus der künstlichen Intelligenz (KI) den Roboter doch schlauer machen. Auch hier muss relativiert werden: KI-Verfahren helfen,

Daten aufzubereiten und interpretierbar zu machen. Ein Beispiel: Eingehende Schriftstücke werden über ein OCR-Programm digitalisiert, das seinerseits auf Algorithmen der KI-Mustererkennung zurückgreift. Möglicherweise werden künftig verbesserte KI-Algorithmen die Verarbeitungsfähigkeit unstrukturierter Rohdaten und deren Interpretation verbessern – heute unterstützen sie lediglich.

Damit der Software-Roboter die Arbeit so erledigen kann, wie skizziert, sind einige wenige Rahmenbedingungen zu beachten. Im Vordergrund sollte man sich Klarheit über mögliche Risiken verschaffen. Grundlage für einen effizienten RPA-Einsatz ist eine gewisse Kenntnis über die zu automatisierenden Arbeitsprozesse. Daher gelingt der Einsatz eines Software-Roboters besonders leicht, wenn dieser auf ein vorgelagertes Prozess-Management aufbauen kann. Sind darin die Prozesse dokumentiert und möglicherweise auch schon verbessert, kann der Bot optimal arbeiten.

Die Programmierung und das Anlernen eines Bots sind nicht besonders schwierig, zählen aber auch nicht zur täglichen Routine. Deshalb verbessern sich die Erfolgchancen, wenn man diese spezifische Arbeit in die Hände von Verwaltungsexperten legt, die sie als Dienstleistung dem gesamten Haus zur Verfügung stellen. Man spricht in diesem Zusammenhang auch von RPA Office.

Entscheidender Erfolgsfaktor und bei Nichtbeachtung auch das größte Risiko, ist ein Einsatz von Software-Robotern ohne die kollektivrechtliche Verankerung und das Mitwir-

ken des betroffenen Mitarbeiterkreises. Dieser muss aktiv und möglichst konkret eingebunden werden, um unberechtigte Vorbehalte zu vermeiden. Wie man die ersten Schritte mit einem Bot unternimmt und dessen Optimierung erreicht, demonstrieren entweder Hersteller oder spezialisierte Unternehmen. Die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) etwa setzt sich intensiv mit der Thematik auseinander.

Das größte Hindernis, die Integration der Software-Anwendungen, fällt beim anwendungsagnostischen Konzept der RPA praktischerweise weg. Die Kombination mit vorhandenen Workflow Tools und Dokumenten-Management-Systemen erweitert deren Fähigkeiten fachspezifisch und pragmatisch. Mittlerweile gibt es neben den Angeboten etablierter Hersteller auch zahlreiche Open Source Tools. Bei der Auswahl sollte man allerdings auf leichte Bedienbarkeit und Support-Möglichkeiten achten. Aufmerksam zu beobachten gilt es auch die jüngsten Aktivitäten von Microsoft: Der Konzern wird künftig eine einfache Version seines Software-Roboters kostenfrei in Windows 10 integrieren.

Als Fazit lässt sich festhalten: Software-Roboter ermöglichen eine pragmatische Verwaltungsdigitalisierung mit vorhandenen, heterogenen Systemen und helfen somit, Effizienz und Bürgernähe zu steigern.

Manfred Neidel ist Senior Consultant bei der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB); Thomas Schweizer ist Abteilungsleiter bei der akdb.digitalfabrix GmbH.

Drei Wege zum OZG

Bernd Hoeck

Mit hohem Zeitdruck arbeiten die Kommunalverwaltungen an der OZG-Umsetzung. Die Länder sind gefordert, sie zu unterstützen. Dabei zeichnen sich drei Ansätze ab: der Universalantrag, die Vereinfachung und eine Fertigungsstraße für Online-Anwendungen.

Knapp 600 Verwaltungsleistungen sollen dank Onlinezugangsgesetz (OZG) bis Ende 2022 online zur Verfügung stehen. Allen Beteiligten ist klar, dass die Kommunen dieser Herausforderung nur mit Hilfe und mit möglichst vielen Synergien gerecht werden können. Auf Landesebene werden deshalb verschiedene Konzepte zur Unterstützung verfolgt. Drei tun sich besonders hervor.

Der erste dieser Ansätze ist die Bereitstellung eines Universalantrags, der beliebige Anliegen formlos entgegennimmt. Auf den ersten Blick ein Geniestreich, denn es braucht dafür keine dedizierte Anwendung, sondern lediglich ein universelles Kontaktformular. Über den Zuständigkeitsfinder können die Antragstellenden herausfinden, welche Unterlagen sie für ihr jeweiliges Anliegen bei der Behörde einreichen müssen und hängen diese Dokumente einfach an das Kontaktformular an.

Doch die Sache hat einen Haken. Denn diese vermeintliche Freiheit ist wenig bürgerfreundlich und enorm fehlerträchtig. Die Bürger erhalten weder Unterstützung dabei, im Dschungel aus Formularen das richtige zu finden, noch darin, das benötigte Dokument korrekt



Auf Landesebene kristallisieren sich drei Wege zur Unterstützung der Kommunen heraus.

und vollständig auszufüllen. Eine bekannte Erschwernis, da derartige PDF-Formulare im Allgemeinen eher unübersichtlich und unter Umständen auch sehr umfangreich sind.

Da beim Absenden des Universalantrags keine Prüfung der eingereichten Unterlagen erfolgt – falls überhaupt Unterlagen angehängt werden – muss die Sachbearbeiterin oder der Sachbearbeiter dem Antragstellenden vor der Bearbeitung zunächst die korrekten Unterlagen zuweisen, Hinweise zum Ausfüllen geben oder Unterlagen anfordern. Der Universalantrag ist somit zwar auf den ersten Blick verlockend, bietet jedoch kaum Aufwandser-

sparnis für die Behörden. Auch für die Antragstellenden ist diese Vorgehensweise unbefriedigend. Weil sie bei der Suche nach den geforderten Antragsformularen und dem Ausfüllen nicht begleitet und unterstützt werden, führt der Vorgang eher zu Frust und Demotivation. Umso mehr noch, wenn wiederholt Austauschbedarf zwischen Bürger und Behörde entsteht, weil Unterlagen fehlen oder etwas nicht korrekt ausgefüllt wurde.

Im zweiten Ansatz werden die gesetzlichen Anforderungen für Antragsverfahren drastisch vereinfacht, um Anträge auch mit einfachen Online-Anwendungen entgegennehmen zu können.

Ein Beispiel ist die Anwendung ELFE (Einfach Leistungen für Eltern), die in der Freien Hansestadt Bremen als Pilotprojekt im Einsatz ist. Mit ELFE können Eltern in Zukunft gebündelt und online eine Geburtsurkunde sowie Kinder- und Elterngeld beantragen. Dazu werden die entsprechenden Formulare zu einem digitalen Kombi-Antrag zusammengefasst. Die Eltern müssen nur einmal ihre Daten eingeben und keine weiteren Unterlagen bei verschiedenen behördlichen Stellen vorlegen.

Die Idee dahinter ist, dass fast alle Daten, die für eine Geburtsurkunde, für den Kinder- oder Elterngeldantrag benötigt werden, den Behörden bereits vorliegen und einfach zusammengeführt werden können. Es braucht lediglich das Einverständnis der Eltern zum Datenaustausch zwischen den Behörden und die Anträge werden automatisiert ausgefüllt und bearbeitet, alle Dokumente auf dem Postweg verschickt und Leistungen automatisch angewiesen. ELFE ist stark auf die Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer ausgerichtet. Die Verwaltungsprozesse und Gesetze wurden dafür angepasst, auch Datenschutzbestimmungen müssen berücksichtigt werden.

Der Ansatz, Gesetze zu vereinfachen, um einfache Anwendungen auf die Strecke zu bringen, ist durchaus lohnenswert. Gerade im Verwaltungsumfeld ist Vereinfachung grundsätzlich eine gute Idee – allerdings nur dort, wo sie auch tatsächlich möglich ist. Außerdem steht die Idee dazu bereits seit Jahren auf der Agenda und ist sicher nicht in großem Umfang „mal eben“ umsetzbar – zumindest nicht bis Ende 2022.

Der dritte Ansatz bildet die bestehenden gesetzlichen Anforderungen mittels einer Fertigungsstraße für Online-Anwendungen ab. Er basiert wesentlich auf der Verwendung von Standards und Schnittstellen und verfolgt das Ziel, der Verwaltung vollständige und damit weitgehend entscheidungsreife Anträge zuzuführen. Die Formular-Management-Lösung *intelliForm* ist ein Beispiel für dieses Vorgehen. Dabei werden die Antragstellenden von benutzerfreundlichen Formular-Assistenten durch den Antragsprozess begleitet und müssen nur die Felder ausfüllen, die sie tatsächlich betreffen. Validitäts- und Plausibilitätsprüfungen sorgen dafür, dass die Datenqualität der eingereichten Anträge besonders hoch ist. Eventuell notwendige Unterlagen werden direkt abgefragt und können zum Antrag hinzugefügt werden. Auf diese Weise kreieren die Antragstellenden eine entscheidungsreife Akte, die bei Bedarf über Standardschnittstellen wie XTA zur weiteren Bearbeitung direkt an die jeweiligen Fachverfahren übertragen werden kann.

Die Sachbearbeiterinnen und -bearbeiter in der Behörde erhalten somit einen vollständigen, qualitativ hochwertigen Antrag, dem sie sich unmittelbar zur fachlichen Bearbeitung widmen können. Langwierige Nachfragen und Wartezeiten, bis alle benötigten Informationen und Dokumente vorliegen, entfallen. Der Aufwand zur Umsetzung des OZG nach diesem Ansatz ist zwar recht hoch, dafür bietet er den höchsten Automatisierungsgrad. Die Verwaltung profitiert von maximalen Effizienzgewinnen, da sie schnell fallabschlie-

ßende Entscheidungen treffen kann. Auch ist dieses Vorgehen sehr bürgerfreundlich, da die Antragstellenden klar durch den Antragsprozess geführt werden. Durch eine fabrikmäßige Umsetzung – steht das Grundgerüst einmal, können in rascher Folge von den Verwaltungen selbstständig immer neue Prozesse digitalisiert werden – ist dieser Ansatz kosteneffizient. Zudem wird durch den Import von FIM-Modellen bereits geleistete Vorarbeit genutzt und das Rad nicht x-fach neu erfunden. Darüber hinaus funktioniert dieser Ansatz im Einklang mit dem Einer-für-Alle-Prinzip: Einmal entwickelte Anwendungen können von anderen Verwaltungen genutzt werden.

Der Vergleich der drei unterschiedlichen Ansätze zeigt, dass die schnellste Lösung, nämlich der unkomplizierte Universalantrag, nicht unbedingt die beste sein muss. Die zweite Idee der Vereinfachung ist zwar gut und vielversprechend, wird aber vermutlich zunächst ein Wunschtraum bleiben und in der Fläche nicht umsetzbar sein. Das Vorgehen, die bestehenden gesetzlichen Vorgaben nach dem Prinzip der Fertigungsstraße abzubilden, scheint am erfolgversprechendsten – zumal durch die Nutzung von Synergien viele Verwaltungen von den Entwicklungen einzelner profitieren können. In Anbetracht des nahenden Fristendes kann bei diesem Ansatz auch schnell Tempo aufgenommen werden. In der Praxis sind Kommunen wie Berlin, Hamburg und Nürnberg damit bereits auf einem guten Weg.

Bernd Hoeck ist freier Journalist in Villingen-Schwenningen und IT-Experte.

Nutzerfreundlich gestalten

Josef Niedermaier

Einen Leitfaden zur nutzerorientierten und einheitlichen Formulargestaltung hat der Innovationsring des Bayerischen Landkreistags erarbeitet. Er dient als Arbeitsgrundlage für das Pilotprojekt digitaler Werkzeugkasten 2.0.

Der Ausbau des Angebots an digitalen Verwaltungsleistungen gemäß Onlinezugangsgesetz (OZG) fordert die Landratsämter mit ihren zahlreichen Bürger- und Unternehmenskontakten in ganz besonderer Weise. Der Innovationsring des Bayerischen Landkreistags unterstützt die Digitalisierung in den Landratsämtern nicht nur mit praxisgerechten Empfehlungen, beispielsweise für eine OZG-Umsetzungsstrategie, die elektronische Aktenführung oder

die interne Prozessoptimierung, sondern auch mit Veranstaltungen, einer Online-Plattform für den gegenseitigen Informations- und Erfahrungsaustausch sowie konkreten Digitalisierungsvorhaben.

So wurden im Zuge des Pilotprojekts digitaler Werkzeugkasten des Innovationsrings gemeinsam mit dem Bayerischen Digitalministerium und in Kooperation mit sieben Pilotlandratsämtern über 120 Online-Formulare umgesetzt, die von

den bayerischen Landkreisen sowie interessierten Städten und Gemeinden im Freistaat nachgenutzt werden können. Als ein weiteres Ergebnis ist im Pilotprojekt ein „Leitfaden zur nutzerorientierten und einheitlichen Formulargestaltung für die bayerischen Landkreise“ entstanden. Er wurde im Oktober 2020 veröffentlicht und unterstützt Kommunen bei der nutzerfreundlichen Gestaltung von Online-Formularen. Der Leitfaden beruht auf den Erkenntnissen einer extern durchgeführten Nutzerevaluation sowie auf aktuellen Forschungsergebnissen über die Interaktionsprinzipien zwischen den Nutzern eines Systems.

Der Leitfaden soll in erster Linie einen Rahmen setzen und Empfehlungen geben, macht aber auch konkrete Vorschläge, wie eine Umsetzung ausgestaltet sein kann. Die Vorschläge orientieren sich insbesondere an denjenigen Online-Formularen, die im Rahmen des Pilotprojekts digitaler Werkzeugkasten erstellt wurden, und berücksichtigen die technischen Umsetzungsmöglichkeiten.

Inhaltlich gliedert sich der Leitfaden in Empfehlungen zur Formularstruktur (Unterteilung des For-

Jagdscheinantrag diene als Beispiel für Gestaltungsempfehlungen.

mulars in sinnvolle Prozessschritte, Möglichkeit der Kontaktaufnahme für etwaige Rückfragen), zur Gestaltung einzelner Elemente (visuelle Hierarchien für eine bessere Nutzerführung, sinnvolle Feldgrößen, deutlich sichtbare Pflichtfelder und Schaltflächen) sowie zu Hilfestellungen beim Ausfüllen eines Formulars (Erklärungen, Hinweistexte, Auswahlfelder, Tool-Tipps oder Plausibilitätsprüfungen). Darüber hinaus geht der Leitfaden auf die verwendete Sprache ein. Sämt-

liche Empfehlungen werden abschließend in einer Checkliste zusammengefasst. Für die konkreten Gestaltungsempfehlungen wird der Antrag auf Erteilung eines Jagdscheins verwendet, da es sich hierbei um ein kurzes Online-Formular handelt, welches gleichzeitig viele Fälle abdeckt.

Der digitale Werkzeugkasten ist ein Erfolgsprojekt. Im März 2021 wurde das Vorhaben ausgeweitet, damit Bürger und Unternehmen künftig in immer mehr bayerischen Landkreisen ihre Verwaltungsdienstleistungen online beantragen können. Die Anzahl der teilnehmenden Kommunen am digitalen Werkzeugkasten 2.0 ist mehr als drei Mal so hoch wie beim ersten Pilotprojekt. Insgesamt nehmen 24

Landratsämter aus allen bayerischen Regierungsbezirken teil. Der Leitfaden zur nutzerorientierten und einheitlichen Formulargestaltung bleibt dabei kein Papiertiger, sondern stellt einen wesentlichen Eckpfeiler des neuen Projekts dar. Nach ihrer technischen Umsetzung bilden die Empfehlungen des Leitfadens seit Mai 2021 die einheitliche Arbeitsgrundlage für sämtliche Online-Formulare, die im Rahmen des digitalen Werkzeugkastens 2.0 umgesetzt werden. Parallel werden die Online-Formulare des ersten Pilotprojekts sukzessive auf den neuen Standard gehoben.

Josef Niedermaier ist Landrat des Kreises Bad Tölz-Wolfratshausen und Leiter des Innovationsrings des Bayerischen Landkreistags.

Link-Tipp

Der Leitfaden kann hier kostenlos abgerufen werden:

- www.bay-landkreistag.de/Landkreistag/BayerischerInnovationsring.aspx

Anzeige



Online-Anträge mit regisafe

Total digital: Vom Antrag bis zur Genehmigung

Die regisafe-Lösung für Online-Anträge garantiert Bürgern die Antragstellung rund um die Uhr – ohne Terminvereinbarungen und Wartezeiten. Kommunale Verwaltungen profitieren von der komfortablen Bearbeitung mit verkürzten Bearbeitungszeiten und einfachen Bezahlmöglichkeiten. So gelingt der digitale Antragsprozess in wenigen Schritten.

Mehr erfahren: www.regisafe.de/online-antraege

comundus regisafe GmbH
Heerstraße 111 · 71332 Waiblingen · Fon 07151 96528-200
info@regisafe.de · www.regisafe.de

Ein Unternehmen der PDV.group

regisafe

Systematisch umsetzen

Juliane Buch

Auf die Kooperation mit drei anderen Kommunen stützt sich der Kreis Coesfeld bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG). Das Ergebnis sind einfache, medienbruchfreie Online-Dienste für Bürger und Unternehmen.

Der Kreis Coesfeld setzt bei der Umsetzung der Anforderungen aus dem Onlinezugangsgesetz (OZG) auf die interkommunale Zusammenarbeit mit den Städten Hamm und Münster sowie mit dem Kreis Warendorf. Ziel der Kommunen in Nordrhein-Westfalen ist es, Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen einfache, medienbruchfreie Online-Services zur Verfügung zu stellen. Seit 2019 ist der Kreis Coesfeld, aktiv in die Gestaltung eigener Online-Dienste mit dem Form-Solutions-Assistentenbaukasten eingestiegen. Die Erstellung erfolgt zum einen auf interne Anfragen, beispielsweise für den Fall, dass neue Antragsvordrucke benötigt oder Aktualisierungen an vorhandenen Online-Formularen eingepflegt werden müssen. Zum anderen wurde der Bestand an PDF-Formularen ermittelt, um so gezielt Abteilungen für die Umstellung auf Web-Assistenten zu begeistern.

„Besonders stolz sind wir aktuell auf unser Angebot Liegenschaftskarte-Online“, erklärt Daniel Stehle, verantwortlich für E-Government-Entwicklungen im Kreis Coesfeld. Dabei handelt es sich um eine vollständig automatisierte Dienstleistung. Basis ist ein über den Baukasten gestalteter Antrags-



Gefragter Bürgerservice im Kreis Coesfeld: Die Liegenschaftskarte-Online.

assistent zur Datenerfassung. Mit Anbindung an das E-Payment-Verfahren pmPayment von GovConnect, einem Back-End-Prozess in Form eines Windows-Dienstes und der Anbindung an das ALKIS-System, wird auf Anfrage eine Liegenschaftskarte erzeugt und ausgeliefert. Die antragstellende Person erhält mit dem erfolgreichen Einreichen nach wenigen Minuten automatisiert einen Link zum Download der Liegenschaftskarte sowie den Gebührenbescheid per E-Mail. Wird bei der Bestellung ein Kartenausdruck gewünscht, wird auch der Druck automatisiert angestoßen und dann durch den Kreis per Post versendet.

„Derzeit sind circa 35 Online-Dienste aktiv im Einsatz, weitere

Assistenten stehen kurz vor der Freigabe“, berichtet Stehle. Das Antragsmanagement wird mit den Schnittstellen Governikus Autent ID Connect und GovConnect pmPayment verwendet. Zur Administration und Verarbeitung der Antragseingänge hat Stehle für den Formular-Server über die REST-API (Representational State Transfer – Application Programming Interface) des Antragsmanagements 4.0 das Programm FSOrderStateChanger entwickelt.

Im Serviceportal des Kreises Coesfeld können sich Bürger über die verschiedenen Dienstleistungen sowie deren Antragstellung informieren und den Online-Antrag starten. „Das stetig wachsende Angebot der Online-Anträge spiegelt

sich in den steigenden Nutzerzahlen wieder“, sagt Vera Seggewies, OZG-Koordinatorin im Kreis Coesfeld. „Die Kolleginnen und Kollegen der Kreisverwaltung weisen in Beratungen und Telefonaten aktiv auf die digitalen Services hin und erhöhen so den Bekanntheitsgrad. Weiterhin berichtet die Presseabteilung über besondere Projekte und Dienstleistungen, wie beispielsweise die Liegenschaftskarte-Online.“

Sehr stark genutzt werden derzeit die Formulare im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie. Der Fragebogen für Kontaktpersonen wurde im Zeitraum Oktober 2020 bis März 2021 6.000 Mal eingereicht. Hohe Zugriffszahlen erreichen auch die Anträge Liegenschaftskarte-Online, Bauakteneinsicht, Auskunft aus dem Baulastenverzeichnis und Abgabe einer Verpflichtungserklärung.

Wichtiger Baustein für die OZG-Umsetzung ist der intensive Austausch und die Zusammenarbeit mit den Städten Hamm und Münster sowie mit dem Kreis Warendorf.

Gemeinsam mit diesen Partnern wurde zum 1. Oktober 2020 das vom Land Nordrhein-Westfalen geförderte Projekt OZG-Koordination auf den Weg gebracht. Arbeitsteilig sollen Lösungen erarbeitet und Erfahrungen zur OZG-Umsetzung ausgetauscht werden. Informationen zu bereits entwickelten Lösungen stellen die Projektpartner auf der Plattform <https://ozg-connect.de> ein. Darüber hinaus geht es beispielsweise um die Themen Nutzerzentrierung, Werbung für digitale Angebote, Information und Einbindung der Mitarbeitenden.

Der Einsatz intelligenter Antragsassistenten inklusive Vorgabe der Pflichtfelder, Ausfüllhilfen und Plausibilitätsprüfungen sorgt bereits jetzt dafür, dass Anträge vollständig und richtig in der Verwaltung eingehen. „Wichtig ist jedoch, nicht nur die Antragstellung sowie den Antragseingang zu digitalisieren, sondern auch die Weiterbearbeitung innerhalb der Verwaltung genauer unter die Lupe zu nehmen. Unser Ziel ist es, die Weiterbearbeitung möglichst komfortabel und

medienbruchfrei zu gestalten“, betont Daniel Stehle.

Der Kreis Coesfeld hat in diesem Zusammenhang bereits vor einigen Jahren ein Dokumenten-Management-System eingeführt und baut die digitale Aktenführung und Vorgangsbearbeitung sukzessive aus. Während die Online-Anträge derzeit in der Regel im Format PDF in E-Mail-Funktionspostfächern eingehen, sollen diese künftig auch über die Eigenentwicklung FSOrderStateChanger komfortabler verwaltet und durch die Sachbearbeitung weiterverarbeitet werden können. Die Kommune sieht sich auf einem sehr guten Weg, in den nächsten Jahren flächendeckend eine digitale Vorgangsbearbeitung einzuführen und einen Großteil der Dienstleistungen online anzubieten. „Danach geht es darum, die Prozesse weiter zu optimieren und zu automatisieren sowie neue technische Möglichkeiten zu nutzen“, so Vera Seggewies.

Juliane Buch arbeitet im Bereich Marketing und PR bei der Form-Solutions GmbH.

Anzeige

enaio®



OPTIMAL SYSTEMS
A KYOCERA GROUP COMPANY

E-Akte im Jugendamt? Wir machen das schon.

Wenn es um die Zukunft unserer Kinder geht, arbeiten Jugendämter noch effizienter. Die Enterprise Content Management-Software enaio® von OPTIMAL SYSTEMS garantiert die direkte Anbindung an die wichtigsten Fachverfahren wie z. B. PROSOZ 14plus, SoPart und KDO-Jugendwesen. So können Informationen problemlos miteinander verknüpft und revisions-sicher archiviert werden. [Digitalisierung. Wir machen das schon.](#)

optimal-systems.de/public

Software für Macher.



Effizient kontaktieren

Silvia Renz

Die effiziente Nachverfolgung von und die telefonische Kontaktaufnahme mit Corona-Infizierten sind ausschlaggebend für die Eindämmung der Covid-19-Pandemie. Technische Lösungen und Organisationsregeln für Hochvolumentelefonie spielen dabei eine wichtige Rolle.

In der Corona-Pandemie gelten nicht nur präventive Mittel wie Abstandsregelungen und Hygienemaßnahmen als unerlässlich, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen. Auch die schnelle und lückenlose Nachverfolgung der Kontakte von Corona-Infizierten ist ein wichtiger Teil der Bekämpfung. Nur so lässt sich die häufig zitierte 7-Tages-Inzidenz auf einen Wert von 25 bis 35 senken. „Positive Testergebnisse sowie die jeweiligen Kontakt ereignisse der Infizierten müssen sofort bei den zuständigen Gesundheitsämtern ankommen, sodass sich die weiteren notwendigen Maßnahmen ergreifen lassen“, erklärt Herbert Neumaier, externer

wissenschaftlicher Berater des Markt- und Meinungsforschungsinstituts nhi2 AG. Häufig wird dazu das IT-System SORMAS genutzt, viele Gesundheitsämter arbeiten aber auch mit anderen, oft nur lokal begrenzt eingesetzten Systemen.

Immer gilt es, bei positivem Testergebnis telefonisch schnell und umfassend an die ermittelten Kontakte heranzutreten, sie zu informieren und ihnen die notwendigen Instruktionen mitzuteilen. Viele Gesundheitsämter stocken deshalb das telefonierende Personal auf. Alternativ wäre eine Optimierung und Digitalisierung der Technik selbst möglich – und sogar dringend erfor-

derlich. „Viele technische Lösungen und Organisationsregeln für Hochvolumentelefonie sind bereits seit Jahren im Bereich der professionellen Telefonie erprobt und etabliert. Wichtig ist jetzt, dieses Know-how auch in der Pandemie-Bekämpfung einzusetzen“, sagt Neumaier. Eine Möglichkeit stellt der Einsatz von CoFollow dar, ein System, das erprobte Techniken und Abläufe aus der Volumentelefonie direkt für die neue Situation der Pandemie-Bekämpfung verfügbar macht.

Der moderne Stand der Volumentelefonie macht es möglich, schnell und effizient erheblich mehr Anrufe zu tätigen als bisher. Aus dem jeweiligen Basissystem des Amtes, beispielsweise SORMAS, werden die Daten aller anzusprechenden Kontaktpersonen sowie die erforderlichen Parameter des Gesprächs über eine Rechner-zu-Rechner-Verbindung an CoFollow übertragen. Nachdem das Programm zur Telefonsteuerung die Nummer an den Dialer-Computer übergeben hat, baut dieser die Verbindung auf.

Für eine höhere Effizienz werden mehrere Nummern gleichzeitig gewählt. Sobald eine Verbindung entsteht, wird der Gesprächspartner oder die Gesprächspartnerin durch



Ermittelte Kontakte von Corona-Infizierten müssen schnell informiert werden.

einen geschulten Interviewer informiert und instruiert. Der Interviewer wird dazu von einer Gesprächssteuerung auf dem Bildschirm durch das Telefonat geführt. So verlaufen alle Anrufe strukturiert. Der Interviewer kann sich allein auf das Telefonat konzentrieren und vergisst keinen wichtigen Punkt. Kommen Verbindungen nicht zustande, etwa weil die Leitung besetzt ist oder der Anruf nicht angenommen wird, protokolliert die Dialer-Software dies und entscheidet regelbasiert, wann die Telefonnummer erneut angerufen wird. Der Interviewer merkt davon nichts und verliert keine Zeit.

Antworten und Daten geben die Interviewer direkt am Bildschirm ein. Über eine digitale Schnittstelle zu den Gesundheitsämtern oder zu den übergreifenden Systemen wie SORMAS erfolgt die Rückmeldung

zu den Ämtern in Echtzeit. Ein Reporting-System erzeugt aus den erfassten Daten vordefinierte Berichte oder verschriftlicht sie in verschiedenen gewünschten Datei-Formaten. Neumaier führt aus: „Mit einem System wie CoFollow reduzieren sich Fehlermöglichkeiten extrem, während sich die Effizienz um 20 bis 50 Prozent erhöhen lässt. Das bedeutet eine enorme Erleichterung für die Gesundheitsämter. Gleichzeitig können wir den Datenschutz gewährleisten, da alle Daten auf zentralen Servern in Deutschland gespeichert werden.“

Für eine schnelle Reaktion und das vollständige Erfassen aller Kontakte von Corona-Infizierten braucht es einen Daten- und Systemverbund zwischen Testlaboren, Gesundheitsämtern und Telefonstudios. Er muss gewährleisten, dass alle nötigen Informationen lückenlos und in Echt-

zeit ausgetauscht werden können. Neumaier ist sich sicher: „Systeme der professionellen, hochvolumigen Telefonie wie CoFollow lassen sich einerseits direkt in die Abläufe einzelner Gesundheitsämter integrieren. Andererseits tritt ein weitaus größerer Nutzen ein, wenn alle Ämter an ein einheitliches, übergreifendes System angebunden sind, das dennoch für jedes einzelne Amt genau dessen Aufgaben erfüllt und ihm darüber Bericht erstattet. Es ist einfach, sich über Gesundheitsämter lustig zu machen, denen diese Möglichkeiten der Digitalisierung bisher nicht zugänglich sind. Unser Ziel ist es, die Ämter und die bestmögliche Technik zusammenzubringen. So erreichen wir in der Pandemie-Bekämpfung den maximalen Nutzen.“

Silvia Renz ist PR-Beraterin bei Borgmeier PR.

Telefonie für Hamburg

In der Freien und Hansestadt Hamburg laufen die Daten- und Telefondienste über ein reines IP-Netzwerk. Dieses verarbeitet über ein zentrales Gateway täglich die Kommunikation von Tausenden Telefonanschlüssen.

Seit 2010 kommunizieren die Hamburger Behörden nur noch digital. Daten- und Telefondienste laufen beim zuständigen IT-Dienstleister Dataport über das so genannte Next Generation Network (NGN), ein reines IP-Netzwerk. Das betrifft laut Dataport die gesamte Verwaltung des Hamburger Verwaltungsnetzes FHH-Net mit Polizei, Feuerwehr, Schulen, Hochschulen und den Bezirksämtern. Als Spezialist für Telefonie-Lösungen leistet CreaLog

einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg des Dataport-NGN.

Das IP-Netzwerk verarbeitet täglich über ein zentrales Gateway die Kommunikation von 68.000 registrierten IP-Telefonen, von rund 3.300 Funktionsanschlüssen wie Aufzug-Notrufsysteme, G3-Faxgeräte und Energiezähler. Darüber hinaus seien am Dataport-NGN rund 10.000 Teilnehmer behördennaher Einrichtungen angeschlossen. Die Dienste des NGN umfassen

unter anderem ein Sprachdialogsystem/IVR mit Ansagen, etwa für Informationen bei Störungen, zur Anrufer-Vorqualifikation und Anrufverteilung. „Die telefonische Erreichbarkeit wird auch in Zukunft eine große Rolle spielen“, sagt Mark Riedel, Leiter Kommunikationsdienste bei Dataport. „Zwar ist klar, dass Bürger zunehmend online Kontakt zu ihrer Verwaltung aufnehmen wollen, um Anträge einzureichen, Termine auszumachen oder sich zu informieren. Aber in vielen Bereichen, wie zum Beispiel bei Gesundheitsämtern und Polizei, dürfte der schnelle persönliche Kontakt per Telefon immer ganz weit vorne stehen.“ (co)

VoIP bietet Vorteile

Erik Hupperich

Der Wechsel zur IP-Telefonie lohnt sich, denn sie bietet Kommunen einige Vorteile – unter anderem erleichtern entsprechende Lösungen das Arbeiten im Homeoffice.

Flexible Arbeitsplätze werden auch für Kommunen immer wichtiger. Ein Grund, warum ihre Beschäftigten nicht ohne Weiteres zwischen Büro und Homeoffice wechseln können, ist oft die Telefonie. Mithilfe der Cloud-Telefonie lässt sich diese Herausforderung einfach und kostengünstig lösen.

Das Telefon ist bis heute die Lebensader der Kommunen. Dabei ist es gleich, ob in Millionenstädten oder in kleinen Gemeinden zum Hörer gegriffen wird. Mit der bevorstehenden Umstellung von ISDN auf Voice over IP (VoIP) sind allerdings viele Eingriffe in bewährte Telefonlösungen vorprogrammiert. Oft wird eine überschaubare Investition in eine virtuelle Telefonanlage (eine so genannte SIP Tk-Anlage) notwendig – und zwar dann, wenn die Bestandsanlage nicht VoIP-fähig ist.

Mit dem PlatinPhone der Firma Platinbaum entscheiden sich Verwaltungen für eine kostengünstige Business-Telefonielösung, welche die inhouse vorhandene LAN-Verkabelung nutzt. Häufig können sogar die Bestandstelefone kostenscho-

nend integriert werden. Sollten Teilstrukturen wie der Kindergarten oder die Stadtreinigung noch nicht über ein eigenes IP-Netz verfügen, können diese auch erst später in die neue Telefonie-Infrastruktur eingebunden werden.

Ein weiterer Vorteil: Mit der IP-Telefonie haben Kommunen keine Kapazitätsengpässe mehr, denn alle Angestellten können gleichzeitig telefonieren. Neue Nebenstellen sind im benutzerfreundlichen Back End schnell eingerichtet. Darüber hinaus können die Beschäftigten unter ihrer bekannten Festnetz-Büronummer ganz einfach im Homeoffice telefonieren. Oder mit der PlatinPhoneMobile App von unterwegs aus mit dem Smartphone. Und das äußerst zuverlässig: Mit einer Verfügbarkeit von mehr als 99,9 Prozent sind die Kommunen sicher zu erreichen. Wenn es sein muss, auch rund um die Uhr. Das PlatinPhone ist dabei leicht zu bedienen. Alle Nutzeroberflächen im System-Manager mit



Mit Cloud-Telefonie werden Kommunen flexibler.

seinen individuell festlegbaren Zugriffsebenen oder in der Smartphone-App sind übersichtlich gestaltet und gut verständlich. Erweiterungen sind problemlos möglich – von der Anzahl der Rufnummern bis hin zu Funktionen wie Anrufverteilung, Telefonkonferenzen oder Kostenlimit-Einstellungen.

Nicht zuletzt vereinfacht die IP-Telefonie die Zusammenarbeit zwischen den Abteilungen, unterstützt die weitreichende Optimierung von Prozessen und sorgt so für eine Kostenersparnis, die weit über die reinen Telefoniekosten hinaus geht. Ergänzt wird diese Lösung aus einer Hand um einen exzellenten Service, für den Platinbaum bei Städten und Gemeinden bekannt ist.

Erik Hupperich ist COO bei der Platinbaum GmbH & Co. KG.

Link-Tipp

Weitere Informationen zum PlatinPhone unter:

- <https://www.platinbaum.de/platinphone>

Abfallauto sammelt Daten

Kameradaten von Abfallsammelfahrzeugen ermöglichen Kommunen die zielgerichtete Erfassung und Behebung von Mängeln im Straßenumfeld.

Als Partner zahlreicher Kommunen und Unternehmen erbringt die Remondis-Gruppe umfassende Services in den Bereichen Abfall, Wasser, Energie und Verkehr. Jährlich bewegt ihre Fahrzeugflotte rund 30 Millionen Tonnen Wertstoffe – täglich sind tausende Fahrzeuge an rund 800 Standorten weltweit im Einsatz, die in einem regelmäßigen Turnus alle Straßen einer Stadt oder eines Landkreises befahren. Das bietet Potenzial für Mehrwerte. Deshalb entschied sich Remondis dazu, mit ihren Fahrzeugen automatisiert Straßen- und Umgebungsdaten zu erfassen, etwa Mängel an Verkehrsschildern. Der Digitaldienstleister T-Systems MMS wurde beauftragt, eine entsprechende Software-Anwendung zu entwickeln, mit der Kommunen diese Informationen nutzen können.

Die auf den Namen DataFleet getaufte Lösung setzt als technische Grundlage auf die Microsoft Azure Cloud. Konkret sieht der Prozess so aus: Die Kameras in den Remondis-Fahrzeugen erfassen die Objekte auf den befahrenen Strecken. Die

erhobenen Bilddaten werden codiert, datenschutzkonform von einem Gateway übertragen und in der Microsoft Azure Cloud mit dem jeweiligen Zeitstempel, also Standort und Uhrzeit, abgelegt. Dort werden sie mit einem kartografischen Hintergrund von Leaflet verknüpft und können über ein Dashboard eingesehen und genutzt werden.

Für Verantwortliche von Straßenverkehrsbehörden stellt die Lösung ein interessantes Angebot dar. Auf dem Dashboard können Mitarbeiter online per Ferndiagnose zum Beispiel den Zustand der Verkehrsschilder einschätzen und bei schlechter Beschaffenheit die Reparatur, Reinigung oder das Freischneiden von Pflanzenbewuchs planen sowie eigene, zeitaufwendige Kontrollfahrten reduzieren. Die zeitnahe Bereitstellung der Ist-Daten trägt darüber hinaus zur Verkehrssicherheit bei, da bei Wartungsbedarf schnell reagiert werden kann. Anwendungsfälle wie das Erkennen von wilden Müllablagerungen am Straßenrand oder von Schlaglöchern können mit der DataFleet-Lösung ebenfalls abgebildet werden.

Aktuell kommt die Lösung bereits bei vier kommunalen Anwendern zum Einsatz, so etwa bei den Wirtschaftsbetrieben Oberhausen.

Sie nutzen die DataFleet-Lösung momentan vor allem, um verblasste, verunreinigte oder durch Äste zugewachsene Verkehrszeichen zu erfassen und entsprechend schnell reparieren, austauschen oder freischneiden zu können. Die Daten werden per Schnittstelle automatisch in das bestehende Geoinformationssystem (GIS) der Wirtschaftsbetriebe übertragen.

Auch Städte, die nicht über ein GIS verfügen, können die DataFleet-Lösung als Planungsgrundlage für eine optimierte Mängelbehebung nutzen. Die tagesaktuellen Daten vereinfachen die tägliche Arbeit und ermöglichen es, Ressourcen gezielt einzusetzen. Sukzessive entsteht so ein immer umfangreicheres und stets aktuelles Abbild der Straßenumgebung. Die historischen Daten ermöglichen es Städten und Kreisen zudem, vorausschauend und proaktiv zu handeln. Der Einsatz von DataFleet ist dabei nicht ausschließlich auf die von Remondis eingesetzten Fahrzeuge beschränkt. Die Lösung soll auch kommunalen Entsorgern zugänglich gemacht werden.

Stefanie Uhlig ist Projektleiterin im Bereich Cloud Solutions der T-Systems MMS. Johannes Schön ist Geschäftsführer der REMONDIS Digital Services GmbH.

Link-Tipp

Weitere Informationen unter:

- <https://www.remondis-data-fleet.com>

Wahlen sind hochsensibel

Elektronisches Wählen ist passé, gleichwohl setzen Kommunen, Länder und der Bund auf elektronische Unterstützung. Zum Einsatz kommt meist die Software votemanager. Mängel bei der Stimmzettelerfassung wurden inzwischen beseitigt.

Nach der Wahl ist vor der Wahl, so ein geflügeltes Wort. Irgendwo wird immer schon die nächste Kommunal-, Landtags- oder die Bundestagswahl vorbereitet. In den 1990er- und 2000er-Jahren träumte man noch von der elektronischen Stimmabgabe an Wahl-Computern – bis der Chaos Computer Club diese Initiative durch eine Bundestagspetition zu Fall brachte und das Bundesverfassungsgericht im März 2009 entschied, dass der Einsatz von Wahl-Computern bei der Bundestagswahl 2005 verfassungswidrig war. Wahlen müssen öffentlich und verifizierbar sein, und was im Inneren eines Rechners vorgeht, so das zentrale Argument, ist letztlich durch Wähler oder auch Wahlvorstände nicht nachvollziehbar.

Gleichwohl hat sich die digitale Unterstützung bei Wahlen durchgesetzt. Heute wird vor allem im Vorfeld und bei der Auswertung der Wählerstimmen Software eingesetzt: Vielerorts ist das der votemanager der Firma vote iT, einer Tochter des Aachener IT-Dienstleisters regio iT und weiterer kommunaler Gesellschafter wie AKDB, KDO und ekom21. Der votemanager dient der Vorbereitung von Wahlen, von der Einteilung des Wahlgebiets über die Organisation

von Wahllokalen bis hin zum Wahlhelfer-Management. Die gesamte Personalplanung für den Wahltag kann darüber abgewickelt werden, alle dafür notwendigen Formulare und Unterschriftenlisten sind hinterlegt. Die Software merkt sich sogar die Teams der vorherigen Wahl und die bevorzugten Funktionen der einzelnen Wahlhelferinnen und Wahlhelfer.

Ebenso unterstützt der votemanager Kreise und kreisangehörige Kommunen bei der Zusammenarbeit. Am Wahltag selbst kommt die Software vor Ort jedoch nicht zum Einsatz. In den Wahllokalen stehen keine Computer – die abgegebenen Stimmzettel werden von den Wahlhelfern händisch erfasst und ausgezählt. Die Wahlleiter vor Ort übermitteln das Ergebnis jedes einzelnen Wahllokals telefonisch an das Rathaus, bei der Bundestagswahl an den Kreiswahlleiter. Dort erst wird das Stimmverhältnis in den votemanager getippt und auf Plausibilität geprüft. Nur in Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hessen und Rheinland-Pfalz, wo Kumulieren und Panaschieren möglich und die Stimmzettel bis zu 1,80 Meter lang sind, werden diese mithilfe des so genannten Stimmzettelmoduls elektronisch erfasst, wobei der aktuelle Status (gültig, ungültig, Stim-

menverteilung) den Angaben des Herstellers zur Folge jederzeit sichtbar bleibt.

Heiner Jostkleigrewe, stellvertretender Geschäftsführer und Prokurist bei vote iT, verweist auf die Effizienzgewinne beim Einsatz der Software: „Die Ergebnisse werden während der Eingabe auf mathematische Richtigkeit geprüft. So müssen etwa die gültigen und ungültigen Stimmen die Summe der Wähler ergeben und die Wähler müssen kleiner oder gleich den Wahlberechtigten sein. Wenn das exakt gleiche Wahlergebnis in einem zweiten Wahlbezirk eingegeben wurde, führt auch dies zu einem Warnhinweis. Insgesamt zwölf Prüfungen zur Steigerung der Qualität der Ergebniseingaben und viele weitere Plausibilitätsprüfungen sind implementiert.“

Auf dem letztjährigen Weihnachtsgongress des Chaos Computer Club haben zwei IT-Sicherheitsexperten des Fraunhofer Instituts für Angewandte und Integrierte Sicherheit auf Sicherheitsmängel in

Link-Tipp

Weitere Informationen zum votemanager:

- www.vote-it.de

der Software votemanager hingewiesen. Die beiden waren Wahlhelfer bei der bayerischen Kommunalwahl 2020, und dabei waren ihnen unzulängliche Administratorenrechte aufgefallen. Zudem beanstandeten sie, dass die Software von keiner unabhängigen Stelle kontrolliert werde. Schon bei der hessischen Kommunalwahl im März 2021 waren die Mängel beseitigt, wie seinerzeit der hessische Wahlleiter Wilhelm Kanther bestätigte. Denn vote iT hatte unmittelbar, nachdem es darauf hingewiesen wurde, reagiert und technische Veränderungen veranlasst. Auch wurden so genannte Penetrationstests durch eine unabhängige Firma durchgeführt und einige Auffälligkeiten beseitigt. Ohnehin betrafen die Mängel ausschließlich die Stimmzettelerfassung und nicht

den votemanager, hebt Jostkleigrewe hervor: „Das Thema Sicherheit steht für uns an erster Stelle und das führt teilweise dazu, dass wir Funktionalitäten, die die Wahlämter früher nutzten und die bequem waren, nicht mehr anbieten können, weil sie nicht sicher sind.“

In diesem Jahr stehen noch eine Kommunalwahl, vier Landtagswahlen und die Wahl zum deutschen Bundestag an. Bei der Kommunalen Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) laufen die Vorbereitungen für die niedersächsischen Kommunalwahlen am 12. September bereits auf Hochtouren. Weit über eine Millionen Wahlbenachrichtigungsbriefe werden von dem kommunalen IT-Dienstleister verschickt. Auch in Niedersachsen wird die Software votemanager na-

hezu flächendeckend genutzt. „Wir setzen auf Hochleistungssysteme in einem ISO-zertifizierten Rechenzentrum“, erläutert Rolf Beyer, Verbandsgeschäftsführer der KDO. „Im Vorfeld der Wahl werden umfangreiche Last- und Performance-Tests zur Absicherung durchgeführt. Darüber hinaus initiieren wir umfangreiche Wahltests unter Einbeziehung unserer Kunden – wir machen also eine große Generalprobe.“

Die Teilnahme an Wahltests wird den Kommunen ausdrücklich nahegelegt und zusätzliche Schulungen angeboten – denn Wahlen sind kein Tagesgeschäft, weder für Kommunen noch für deren IT-Dienstleister, sondern hochsensible Ereignisse.

Helmut Merschmann

Vorlagenmanagement

Ein Landkreis – ein Corporate Design

Es ist essentiell, dass eine Behörde bei der Kommunikation mit Bürgern und Partnern professionell auftritt. Dazu gehören auch ein einheitlicher Schreibstil und ein standardisiertes Layout. SmartDocuments ist eine für die Automatisierung der Dokumentenerstellung entwickelte Lösung. Das



webbasierte Verfahren bietet Verwaltungen die Möglichkeit, die Vorlagenverwaltung zu vereinfachen und zu vereinheitlichen, sowie allen Nutzern die Möglichkeit, sehr einfach und automatisiert Dokumente anhand dieser Vorlagen zu erstellen. Die leichte Integration in die gängigsten DMS-Lösungen sorgt für eine Automatisierung und damit verbundene Minimierung der Fehleranfälligkeit.

Wie viele andere Behörden hatte der Landkreis Lüneburg vor SmartDocuments keine Software für das Vorlagenmanagement. Um Probleme mit dem Vorlagenmanagement anzupacken, war der ehemalige Fach-

dienstleister auf der Suche nach einem neuen System. Seit drei Jahren arbeitet der Landkreis mit SmartDocuments Web, um die Dokumentenverwaltung zu erleichtern und ein einheitliches Output-Management zu garantieren. Durch den Einsatz von SmartDocuments gelingt es dem Landkreis seitdem professionell und konsistent im Schriftverkehr aufzutreten. Das schafft Vertrauen bei Bürgern und Partnern.

Kontaktdaten:

Christian Mettner
Vertriebsleiter D/A/CH
cmettner@smartdocuments.de
+49 (0)228 – 37 72 88 08



Vor-App informiert

Katharina Korotcenko

Schneller informiert sind die Bürger in Kaufbeuren, denn die Stadt sendet Nachrichten in Echtzeit an deren Smartphones. Die dazu eingesetzte Whitelabel-App kann auch in anderen Gemeinden binnen weniger Tage starten – und bringt mehr als nur den Newsfeed mit.

Für eine zeitgemäße digitale Kommunikation mit ihren Bürgern bietet die Stadt Kaufbeuren die so genannte Buron-App an. Damit liefert die bayerische Kommune den Blueprint für eine Whitelabel-Lösung, die Städten und Gemeinden den schnellen und unkomplizierten Einstieg in die Kommunikation per App erlaubt.

Genauso vielfältig wie die Aufgabengebiete der Verwaltung ist auch der Informationsmehrwert, den eine Stadt oder Gemeinde ihren Bürgern bieten kann. Neben dem Coronavirus, das uns noch sehr beschäftigt, sind es unter anderem Meldungen über öffentliche Einrichtungen, wie Schulen, Kindergärten, Bibliotheken und Bäder, über den ÖPNV, Parkgebühren, den Wohnungsbau oder die Neuansiedlung von Firmen, die die Bürgerinnen und Bürger interessieren. Das ist eine Herausforderung für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Kommune. Denn die muss geschickt ihren Platz neben Lokalmedien, Presse- und Kommunikationsabteilungen ortsansässiger Unternehmen, ja sogar neben Bewohnern der Stadt finden, die auf kurzem Weg via Social Media über aktuelle Geschehnisse berichten. Nur mit dem richtigen Kommunikationstool kann die Kommune das Interesse der Bürger einholen.

Dass das gelingt, zeigt ein Beispiel aus Kaufbeuren: In einem digitalen Sprint ist es der Stadt gelungen, die Bürger über die Buron-App noch vor einem Busunternehmen über einen Streik im ÖPNV zu informieren. Die E-Mail des Busunternehmens mit der Streikinformation hing teilweise im Postfach fest und hat die Betroffenen nicht rechtzeitig erreicht. Die Pressestelle der Stadtverwaltung hingegen konnte die Bürger direkt nach Eingang der Streikinformation via App und Push-Benachrichtigung in Kenntnis setzen. So konnten beispielsweise Eltern noch verhindern, dass ihre Kinder vergebens an den Bushaltestellen warten.

„Die Arbeit mit der App macht aber auch wirklich Spaß“, sagt Peter Igel, Abteilungsleiter der Wirtschaftsförderung, Marketing und der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit von Kaufbeuren. „Die Arbeitsbestätigung kommt in Echtzeit – direkt nach der Veröffentlichung der News – auf mein Handy und auf



Kaufbeuren informiert in Echtzeit.

die Geräte ganz vieler Bürger.“ Die Arbeitsabläufe zum Veröffentlichen der Nachrichten haben sich dabei kaum geändert. Neu ist nur ein Button im Content-Management-System (CMS) der Kaufbeurer Website. Er schießt die ohnehin für die Internet-Seite verfasste Meldung mit einem Klick in die App, sodass sie per Push-Benachrichtigung direkt auf die Mobiltelefone der Bürgerinnen und Bürger transportiert werden kann. Informationen, die auf der Stadt-Website platziert werden, erreichen die Bevölkerung hingegen erst dann, wenn die Bürger sie proaktiv einho-

* v.l.: Oberbürgermeister Stefan Bosse; Jürgen Wittek, Abteilungsleiter für Informations- und Kommunikationstechnologien

len. Und Social-Media-Kanäle ähneln unter einer, durch die Anbieter bewusst gedrosselten organischen Reichweite und Internet-Trollen. Feedback- und Fragemöglichkeiten bietet die App obendrein. Sie können per E-Mail eingereicht und bis zum nächsten Werktag von Verwaltungsmitarbeitenden beantwortet werden. Gerade für kleine Pressestellen ist diese Art von Bürgerdialog gut zu handhaben.

Mitnehmen statt Hinterherschleifen: Die positiven Auswirkungen des Paradigmenwechsels von „die Bürger finden und holen sich die Informationen schon“ hin zu „Informationen liefern“, durften die Kaufbeurer auch während der Coronapandemie erleben. „Bereits in der ersten Corona-Welle wurden sie bestens und korrekt darüber informiert, welche Maßnahmen ergriffen wurden und wie die Lage ist“, berichtet Jörg Naujoks, Geschäftsführer des Unternehmens x-root Software, das die Whitelabel-App entwickelt hat. „Sie wurden täglich darüber informiert und mit lokalen und gesicherten Fakten versorgt. So geht Führung durch Kommunikation.“

Beim Newsfeed allein sollte es aber nicht bleiben. Denn die App ermöglicht es auch, Informationen zu Institutionen der Stadt zentralisiert zu sammeln. Adresse, Öffnungszeiten, Telefonnummern und E-Mail-Adressen etwa der Stadtverwaltung, des Bürgerbüros oder des Jobcenters finden in einem gesonderten Reiter ihren Platz. Besonders interessant für die Phase der Lockerungen nach Corona dürfte der Veranstaltungskalender sein. Er kann mit dem stadteigenen Kalender verbunden und genauso einfach wie der Newsfeed befüllt werden.

Weitere Stadt-Apps finden ihren Platz in einem eigens für sie angelegten Reiter. So kann die Kommune auch auf ihre Parken-App, Abfall-App, ihre Stadtführungs-App oder ihre Bücherei-App aufmerksam machen. Die Lösung ist beliebig ausbaufähig – sollten weitere Funktionen benötigt werden, lassen sie sich einfach dazu entwickeln.

„Das Feedback der Bürgerinnen und Bürger, aber auch der Unternehmen aus der Region, ist sehr

positiv“, sagt Peter Igel. Die Vorteile einer Kommunikations-App liegen also auf der Hand. Und dank der nach der Buron-App gestalteten Whitelabel-Lösung KommunApp, ist es für jede Stadtverwaltung einfach und erschwinglich, gemäß ihrer eigenen Corporate Identity innerhalb weniger Tage eine App in die Hosentasche der Bürger zu bringen.

Katharina Korotcenko ist Online Marketing Managerin bei der x-root Software GmbH, Rosenheim.

Anzeige

axians

Infoma

Zeit für neue
Perspektiven

Ihr Schritt zum #smartverwalten

Ein Blick über den Tellerrand lohnt sich. Erhalten Sie Einblicke, wie Verwaltungen durch digitalisierte Prozesse profitieren.

smartverwalten.de



smartverwalten.de

STUDIE ZUM DOWNLOAD:

Wie digital sind
deutsche
Verwaltungen?

Das erfahren Sie in einer von uns aufgegebenen bundesweiten Studie der Hochschule Harz.

VINCI
ENERGIES

Locker zum Amtsblatt

Karl Schippers

Sauber strukturieren, layouten und veröffentlichen – ein digitales Informationssystem erleichtert die Abläufe beim Amtsblatt des Kreises Viersen.

Früher nahm das Erstellen des Amtsblatts des Kreises Viersen unnötig viel Personal und Ressourcen in Anspruch. Vor allem die Formatierung bereitete Probleme. Diese Zeiten sind nun vorbei. Denn mit der Umstellung auf das digitale Amtsblattinformationssystem ABI.NET des Anbieters Sternberg konnte die nordrhein-westfälische Kommune viele Schritte automatisieren und die Effizienz der Abläufe erheblich steigern.

Im Amtsblatt des Kreises Viersen werden nicht nur die Bekanntmachungen der insgesamt neun Städte und Gemeinden veröffentlicht, sondern auch Nachrichten Dritter, wie etwa der Jagdgenossenschaften oder der Sparkasse Krefeld. „All diese verschiedenen Bekanntmachungen erreichten uns in unterschiedlichen Formaten und Layouts. Entsprechend aufwendig war das Erstellen eines einheitlichen Erscheinungsbildes“, erklärt Michael Inderhees, Leiter der Abteilung Zentrale Dienste beim Kreis Viersen.

Das Layout wurde über ein Grafikprogramm entwickelt und konnte erst finalisiert werden, wenn jede einzelne Bekanntmachung vorlag. „Der redaktionelle Aufbau des Amtsblatts folgt einer festgelegten Reihenfolge“, sagt Inderhees. „Kam eine bestimmte Bekanntmachung

erst später hinzu, musste das Layout der anderen Veröffentlichungen – inklusive der Seitenumbrüche und Absätze – wieder angepasst werden. Dabei ging jedes Mal viel Zeit verloren.“ Auch das Inhaltsverzeichnis wurde so erst kurz vor dem Redaktionsschluss endgültig festgelegt. „Das Amtsblatt hat Zeit, Personal und weitere wichtige Ressourcen beansprucht, die wir an anderer Stelle besser hätten einsetzen können. Wir wollten daher ein digitales System finden, das genau dieses Problem für uns löst“, so der Verwaltungsmitarbeiter.

Da der Kreis mit dem digitalen Ratsinformationssystem SD.NET von Sternberg bereits positive Erfahrungen gesammelt hatte, dauerte die Suche nach einer neuen Lösung nicht lange. Denn das Bielefelder Software-Unternehmen hat auch das digitale Amtsblattinformationssystem ABI.NET entwickelt. Über dieses können Gemeinden ihre Amtsblätter sauber strukturieren, layouten und veröffentlichen und das ganz ohne zusätzliche Grafikprogramme. Bekanntmachungen werden als Word-Dokument per Drag and Drop übernommen und ein konfigurierbarer Verteiler garantiert, dass alle gewünschten Empfänger – etwa die verschiedenen Medien – das Amtsblatt erhalten.



Kreis Viersen setzt auf einfache Bedienbarkeit.

„Viele Prozesse, die vorher manuell gesteuert werden mussten, sind nun automatisiert und wir konnten wichtige Funktionen wie den Newsletter beibehalten“, berichtet Michael Inderhees. Auch das Inhaltsverzeichnis wird vollautomatisch angelegt. Dank integrierter Recherchefunktion können die Verantwortlichen beim Kreis Viersen außerdem auf die Erstellung eines Jahresinhaltsverzeichnisses verzichten. Ist das Amtsblatt freigegeben, erfolgt die Veröffentlichung im Internet automatisch zum jeweils gewünschten Zeitpunkt. „Der gesamte Prozess ist wesentlich intuitiver und effizienter“, bekräftigt Inderhees. „Die Zeit- und Kostenersparnis ist bereits jetzt messbar und wir empfehlen ABI.NET daher gerne weiter.“

Karl Schippers ist Leiter des Amts für Personal und Organisation des Kreises Viersen.

Gifhorn

Wechsel im Finanzwesen

Die niedersächsische Stadt Gifhorn führt die Finanzlösung Infoma newsystem ein. Wie die Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) mitteilt, wird das Altverfahren zum 1. Januar 2022 abgelöst. Bei der Einführung von Infoma newsystem geht es laut Gifhorns Kämmerer Rainer Trotzek um mehr als den reinen Wechsel der Finanzwesen-Software: „Die Nutzung der Lösungen für den Bestell- und Rechnungs-Workflow wird dazu führen, dass der gesamte Prozess durchgängig digital abläuft. Vom Auftrags- und Bestellwesen über die Rechnungsabwicklung – bei Bedarf auch die E-Rechnung – bis hin zur revidierten Ablage der Rechnungsdokumente im DMS-Verfahren.“

www.stadt-gifhorn.de

Leipzig

Drohnen über der Stadt

IT-Dienstleister Lecos hat erste Erfahrungen mit Drohnen bei mehreren Ämtern der Stadtverwaltung Leipzig gesammelt. Das mehrmonatige Projekt hat die digitale Werkstatt von Lecos mit dem Unternehmen FlyNex durchgeführt. Wie Lecos mitteilt, ging es dabei nicht nur um die technische Handhabung, sondern vor allem auch um die Verarbeitung der generierten Daten und die rechtlichen Rahmenbedingungen. Eine Einsatzmöglichkeit der Drohnentechnologie sind laut Lecos Dachinspektionen. Hierbei erspare der Drohneinsatz Beträge bis in den fünfstelligen Bereich. Auch verkürze sich die Einsatzdauer von Tagen auf einige Minuten und es werde das persönliche Risiko für Inspek-



Leipzig aus der Drohnenperspektive.

toren eliminiert. Für die Überprüfung von Grünanlagen, Baumzählungen, 3D-Modellierungen und Verkehrsanlagen könnten Drohnen ebenfalls eingesetzt werden. Perspektivisch könnte die Drohnenutzung zum normalen Werkzeug für die Stadtverwaltung werden, meint der IT-Dienstleister.

www.lecos.de

www.leipzig.de

Anzeige

E-Rechnung in der Praxis

Seit 2015 praktiziert der Landkreis Tuttlingen die elektronische Abrechnung. Durch den elektronischen Einkauf stehen Abrechnungsdaten zur Verfügung. Diese werden monatlich zu einer Gutschriftsdatei im ZUGFeRD Format aufbereitet, an zuständige Lieferanten weitergeleitet und in das verwaltungsinterne Finanzsystem importiert.

Vorteil: dauerte die Bearbeitung einer Papierrechnung zuvor mindestens eine Woche, so ist die elektronische Abrechnung seither in nur wenigen Stunden für die ganze Verwaltung erledigt. Das elektronische Abrechnungsverfahren wurde 2017 durch die Städte Tübingen und Lörrach adaptiert.

2021 folgte auch die Stadt Reutlingen dem Beispiel. KOKA RLP, eine Tochter des Gemeinde- und Städtebundes RLP, bietet für mehr als 70 Kommunalverwaltungen landesweit Einkaufs- und Vergabedienstleistungen an. Seit Sommer 2019 rechnet KOKA ihre Leistungen gegenüber ihren Kunden im ZUGFeRD Format ab.

Was in der Vergangenheit mehrere Tage in Anspruch nahm, ist heute in 5 Minuten erledigt.

Der Kreis Tuttlingen, die Städte Lörrach, Tübingen und Reutlingen, sowie KOKA vertrauen in Sachen e-Einkauf und Abrechnungen auf die webbasierte Dienstleistung der TEK-SERVICE AG aus Lörrach.



TEK-SERVICE AG
Frau Monika Schmidt
Eisenbahnstraße 10
79541 Lörrach-Haagen

Tel.: 07621 - 91404-10
schmidt@tek-service.de
www.tek-service.de

Ausbau ohne Bremsklotz

Uwe Pagel

Mithilfe eines Gigabit-Kompetenzzentrums soll der Glasfaserausbau in der Wirtschaftsregion Heilbronn-Franken deutlich beschleunigt werden. Das Konzept sieht vor, dass auf Fördermittel weitgehend verzichtet werden kann.

Bislang lag die Region Heilbronn-Franken beim Breitband-Ausbau deutlich unter dem Landesdurchschnitt in Baden-Württemberg. Das soll sich nun schnell ändern. Dafür hat die Wirtschaftsregion Heilbronn-Franken GmbH (WHF) mit Unterstützung der Breitband-Spezialisten von tktVivax und PricewaterhouseCoopers Legal (PwC Legal) ein zentrales Gigabit-Kompetenzzentrum ins Leben gerufen, über das der Ausbau unterstützt und gesteuert werden soll.

Mit 4.765 Quadratkilometern ist die Region Heilbronn-Franken die flächenmäßig größte in Baden-Württemberg. Mehr als 900.000 Menschen leben in den 111 Kommunen, knapp 64.000 Unternehmen machen die Region zu einer der wirtschaftsstärksten in Deutschland. Nach den bislang gültigen Ausbauzielen sollten die Unternehmen bis 2027 flächendeckend an das Glasfasernetz angeschlossen sein, für 95 Prozent der Privathaushalte galt dieses Ziel bis 2032. Galt, denn der Breitband-Ausbau soll durch das neue Gigabit-Kompetenzzentrum deutlich an Fahrt aufnehmen.

Dazu beitragen soll der Plan, den Ausbau des Glasfasernetzes in der

Wirtschaftsregion weitgehend eigenwirtschaftlich umzusetzen. „Ein Bremsklotz für den Breitband-Ausbau in Deutschland ist, dass er meist abhängig von Fördermitteln angegangen wird. Gefördert werden aber bisher nur die weißen und jetzt auch die grauen Flecken. Die über den Schwellenwerten liegenden Haushalte und Gewerbekunden darüber bleiben aber unberücksichtigt. Die Antragswege sind zudem lang und aufwendig, sodass von den zur Verfügung stehenden Milliarden bislang nur ein Bruchteil abgerufen wurde“, erklärt Dirk Fieml, Geschäftsführer von tktVivax, der die Wirtschaftsregion Heilbronn-Franken zum Thema Breitband berät.

Statt punktueller Ansätze wurde für die Region deswegen eine flächendeckende Analyse, inklusive einer Cluster-Planung für alle Städte, Gemeinden und Landkreise aufgestellt. „Auf diese Weise wurde es möglich, Partner wie die Deutsche GigaNetz für einen eigenwirtschaftlichen Ausbau zu gewinnen. Denn stark bewertete Regionen gleichen diejenigen aus, die weniger Potenziale bieten, sodass die Durchschnittsbewertung über die gesamte Fläche hinweg positiv ausfällt“, sagt Fieml. „Ein weiterer Pluspunkt: Der Eigenanteil von zehn Prozent in Baden-Württem-

berg, der bei einer Bundes- und Landesförderung verpflichtend ist, fällt für die beteiligten Kommunen weg. Auf diese Weise sparen wir dem Steuerzahler Millionen und bauen das Glasfasernetz schneller und zudem lückenlos aus.“

Eines der zentralen Ziele des neuen Kompetenzzentrums ist es, die Aufwände für die beteiligten Kommunen zu minimieren. Diese greifen zentral auf die Breitband-Expertise von tktVivax zu. „Die Idee ist, wo immer möglich Synergieeffekte zu nutzen. Durch eine aktive Begleitung der Kommunen beim Ausbau vor Ort können sie Ressourcen einsparen. So sorgen wir für Transparenz und eine maximale Effektivität“, beschreibt Dirk Fieml den Ansatz.

Ein wesentliches Element bei der Unterstützung sind Musterverträge, auf die alle 111 Kommunen zugreifen können. Diese wurden durch PwC Legal erarbeitet und sind rechtlich abgesichert. Eine zusätzliche Prüfung wird überflüssig, für die Kommunen entstehen dadurch keine Kosten. Auch der Aufwand für Genehmigungs-, Abstimmungs- und Bauprozesse wird durch ein standardisiertes Vorgehen deutlich erleichtert. Wird Expertise vor Ort benötigt, kann diese einfach

im Gigabit-Kompetenzzentrum abgerufen werden, die entsprechenden Mitarbeiter klären dann alle offenen Fragen. Gleichzeitig werden die bestehenden Kompetenzen der beteiligten Landkreise Main-Tauber, Hohenlohe, Schwäbisch Hall sowie die Stadt und der Kreis Heilbronn über ihre jeweiligen Breitband-Koordinatoren oder Zweckverbände aktiv in die Arbeit des Kompetenzzentrums eingebunden. Damit wird der Aufbau unnötiger Parallelstrukturen verhindert.

Wie der Ausbau vorangeht, können alle beteiligten Gemeinden und Körperschaften quasi live verfolgen. Denn das Gigabit-Kompetenzzentrum stellt mit dem „Breitbandradar-Cockpit“, das von der tktVivax-Tochter Vivax Solutions entwickelt wurde, ein Portal zur Verfügung, über das die einzelnen Gemeinden fast in Echtzeit sehen, welche Haushalte bereits angeschlossen sind und wie die Vermarktung vorankommt.

Das Gigabit-Kompetenzzentrum ist auch der zentrale Ansprechpartner für die am Ausbau beteiligten Unternehmen, etwa die Telekommunikationsanbieter. So kann es Qualitätsstandards sowohl in technischer als auch in rechtlicher Hinsicht sicherstellen. Das wurde mit Unterstützung von tktVivax und PwC schon im Vorfeld der Grün-

dung durch das Markterkundungsverfahren beispielsweise mit der Firma Deutsche GigaNetz erreicht. Festgelegt wurden etwa eine feste Ausbaureihenfolge, eine Open-Access-Zusage zu angemessenen Preisen oder Regelungen für den Fall, dass die angepeilte Vorvermarktungsquote verfehlt wird.

Auch technische Details wie eine Mindestverlegungstiefe von 60 Zentimetern oder ein Point-to-Point-Netzkonzept bis in jede Wohnung mit zwei Fasern pro Wohneinheit



Wirtschaftsregion Heilbronn-Franken: Eigenwirtschaftlicher Breitband-Ausbau.

und zwei Reservefasern pro Gebäude wurden im Vorfeld geregelt. „Wichtig ist hierbei, kompetente Partner zu haben, welche die Region ganzheitlich erschließen, um das so genannte Cherry Picking zu vermeiden“, sagt Andreas Schumm, Geschäftsführer der Wirtschaftsregion Heilbronn-Franken.

Um schnell arbeitsfähig zu werden, wurde das Gigabit-Kompetenzzentrum unter dem Dach der Wirt-

schaftsförderung Heilbronn-Franken angesiedelt. Das Personal wird im ersten Jahr von tktVivax und PwC gestellt. Damit stehen die fachlichen Kompetenzen vom Start weg zur Verfügung und müssen nicht erst aufgebaut werden.

„Statt Einzelprojekten wird nun eine ganzheitliche Erschließung in der Region Heilbronn-Franken umgesetzt und eine schnelle Realisierung auf Basis zukunftsfähiger Techniken ermöglicht – und das alles zu attraktiven Verbraucherpreisen“, fasst Andreas Schumm zusammen. Dirk Fiendl ergänzt: „Die Wirtschaftsregion Heilbronn-Franken bekommt mit einer solchen Institution auch Vorbildcharakter für andere Regionen, denn in dieser gemeinsamen und koordinierenden Form treiben nur wenige Regionen den Ausbau der Glasfasernetze voran.“

Harry Mergel, Heilbronner Oberbürgermeister und Vorsitzender der Wirtschaftsregion Heilbronn-Franken, ist überzeugt: „Mithilfe des Kompetenzzentrums lässt sich der Breitband-Ausbau in der Region Heilbronn-Franken deutlich beschleunigen, sodass wir das Glasfasernetz schon in sechs Jahren flächendeckend zur Verfügung stellen können.“

Uwe Pagel ist Geschäftsführer der Press'n'Relations GmbH, Ulm.

Anschluss an die Zukunft

Yann Beccard

Glasfaser macht wettbewerbsfähig und attraktiv. Das gilt auch für ländliche Regionen. In Hessen bringt der eigenwirtschaftliche Ausbau durch ein regionales Telekommunikationsunternehmen das Fibre to the Home in die kleineren Gemeinden.

Viele ländliche Regionen werden erst durch den eigenwirtschaftlichen Breitband-Ausbau zukunftsfest. Federführend sind in diesem Bereich regionale Telekommunikationsunternehmen. Dazu gehört auch die goetel Gruppe, mitteldeutscher Telekommunikationsdienstleister mit Standorten in Göttingen, Kassel und Reiskirchen. Neben seinem umfangreichen Angebot an Telefonie- und Internet-Produkten für Privat- und Geschäftskunden liegt der Fokus auf dem Breitband-Ausbau. Insbesondere auf die Erschließung des ländlichen Raums mit FTTH-Infrastruktur (Fibre to the Home) hat sich das Unternehmen spezialisiert. Baustart für das erste eigene Glasfasernetz war im Jahr 2012 in Göttingen. In vielen eigenwirtschaftlichen und geförderten Projekten wurden seitdem Gemeinden und Dörfer zu Gigabit-Orten gemacht.

Derzeit erschließt goetel zahlreiche Regionen etwa in den niedersächsischen Landkreisen Northeim, Göttingen und Holzminden. In Hessen sorgt das Unternehmen in den Landkreisen Gießen, Kassel, Offenbach und Waldeck-Frankenberg sowie im Vogelsberg-, Schwalm-Eder- und Wetteraukreis für glasfaser schnelles Internet. Aber auch Regionen in anderen

Bundesländern nimmt goetel in den Blick. So etwa den Landkreis Aschaffenburg in Bayern oder den Kreis Siegen-Wittgenstein in Nordrhein-Westfalen. Ziel ist es, eine Breitband-Versorgung in die kleineren und größeren Gemeinden zu bringen und damit zur Digitalisierung sowie zur Standortsicherung im ländlichen Raum beizutragen.

Glasfaser bis ins Haus erhält beispielsweise die Gemeinde Hirzenhain im Wetteraukreis. Gelegen im Herzen Oberhessens und im Naturpark Hoher Vogelsberg erstreckt sich ihr Areal auf einer Fläche von über 16 Quadratkilometern. 2019 wurden Kommune und Einwohner über den eigenwirtschaftlichen Ausbau informiert. Nun wird das Engagement der Bürger für schnelle Bandbreiten belohnt: im ersten Schritt werden 285 Haushalte ausgebaut.

Hirzenhain grenzt an den Vogelsbergkreis, den goetel ebenfalls eigenwirtschaftlich ausbaut. Gut beobachten lässt sich hier, wie Gemeinden Schritt für Schritt und mit Unterstützung der Bürgermeister ans Glasfasernetz gehen können. Bislang konnte goetel 242 Kilometer Glasfaser-Leitungen verlegen. Geplant sind insgesamt 258 Kilometer Schnellste Verbindungen von bis zu

1.000 Mbit/s sollen im Vogelsbergkreis einmal die Regel sein. Die zukunftssichere Infrastruktur per Glasfaser bis ins Haus sichert dann die Attraktivität der Standorte.

In vollem Gange ist der FTTH-Ausbau bis in alle Haushalte beispielsweise in der Gemeinde Grebenhain. Als erster Ortsteil wurde Nösberts-Weidmoos an das Glasfasernetz angeschlossen. Seit Februar 2021 können dort Kunden Verbindungen von bis zu einem Gigabit nutzen. Auch im Ortsteil Bermuthshain sind erste Haushalte mit Glasfaser versorgt, die restlichen werden im Laufe des zweiten Quartals 2021 an das Netz angeschlossen. Bürgern in den Ortsteilen Hartmannshain, Herchenhain und Nösberts-Weidmoos bietet goetel außerdem eine Vorabversorgung per Vectoring-Technik (FTTC) an. Diese Zwischenlösung bis zum vollständigen Ausbau der Glasfaser bis in die Häuser erlaubt es, mit bis zu 50 Mbit/s im Internet zu surfen. Kurzentschlossene haben weiterhin die Möglichkeit, ihren Auftrag für eine FTTC-Vorabversorgung oder für einen FTTH-Glasfaser-Direktanschluss einzureichen. Ein kostenfreier Hausanschluss ist allerdings nur möglich, solange der FTTH-Ausbau in der jeweiligen Straße noch nicht abgeschlossen ist.

In Lautertal, ebenfalls eine Gemeinde im Vogelsbergkreis, starteten Ende April 2021 die ersten FTTH-Baumaßnahmen. Die geplanten Baurassen für den Ausbau bis zu den Häusern werden mit dem Bauamt und dem Bürgermeister abgestimmt. Parallel finden Hausbegehungen bei allen Kunden statt – selbstverständlich unter Einhaltung der aktuellen Corona-Hygienevorschriften –, um die genaue Ausführung des neuen Hausanschlusses festzulegen. Schon jetzt stehen den Bürgern in den Lautertaler Ortsteilen Engelrod, Hörgenau und Dirlammen Internet-Bandbreiten von bis zu 50 Mbit/s zur Verfügung – über ihren Telefonanschluss. Möglich wird das durch neue Verbindungen (Backbones) zwischen den Orten. Den Bürgern in Eichelhain, Eichenrod und Hopfmansfeld wird ab Mai ein solcher Anschluss angeboten. Auch diese Vectoring-Lösungen dienen als Überbrückung bis zum vollständigen Glasfaserausbau bis in die Häuser. Jederzeit

* oben v.l.: Rainer Staar, Bereichsleiter GNC; Bauamtsleiter Marcus Kapfinger; Robert Segina, MSP-Projects Bauleitung; Kirk Matherly, Projektleiter GNC
unten v.l.: Ingo Saur, Kommunalvertrieb goetel; Jürgen Neumann, Geschäftsführer goetel; Dieter Schäfer, Bürgermeister Gemeinde Lautertal



Schnelles Internet kommt nach Lautertal.

können FTTH-Anträge für einen direkten Glasfaseranschluss abgegeben werden. „Wir freuen uns darauf, den Bürgern in Lautertal bald einen Internet-Zugang mit Datenraten von bis zu 1.000 Mbit/s zu ermöglichen“, sagt goetel-Geschäftsführer Jürgen Neumann.

Demnächst wird der FTTH-Ausbau in einer weiteren Region im Kreis starten: in Kirtorf und Obergleen, Ortsteile der Großgemeinde Kirtorf. Die für den Baustart nötige Quote wurde in einer Vertriebsphase erreicht, sodass nun direkt in die Planungsphase für den Ausbau übergegangen werden kann. Die

Bauarbeiten starten im Spätsommer 2021. Zusammen mit dem Ortsteil Lehrbach, welcher die erforderliche Quote ebenfalls erreicht hat, werden drei Kirtorfer Ortsteile dabei sein. Laut Projektleiter Ingo Saur gibt man sich damit aber noch nicht zufrieden: „Interessierte können uns gerne jederzeit ansprechen. Wir stehen zu unserer Aussage, dass wir für einen flächendeckenden Glasfaserausbau im ganzen Vogelsbergkreis zur Verfügung stehen, sofern die nötige Quote erreicht wird.“

Yann Beccard ist freier Journalist für Technologiethemen.

Anzeige

Digitalisierung ? – Können wir !

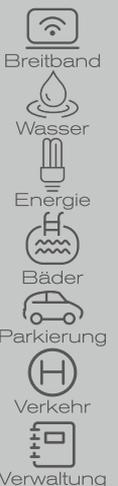
Die Dienstleister der kommunalen und regionalen Versorgungswirtschaft, der Internet Service Provider, der Kommunen und Landkreise

tkTVivax 
der richtige Weg

tkTVivax GmbH

Berlin | Köln | Stuttgart | www.tkt-vivax.de

Unsere
Kompetenzen



Fibre to the village

In Bayern kombiniert die CCNST-Gruppe den geförderten und privatwirtschaftlichen Breitband-Ausbau und will so die digitale Kluft im Freistaat schließen.

Der Zugang zum schnellen, zukunftssicheren Internet über die Glasfaser ist vor allem im ländlichen Raum immer noch selten. Dabei steigt nicht zuletzt durch die Erfahrungen der Bürger und Betriebe mit ihrem Internet-Anschluss in Pandemiezeiten die Erwartungshaltung gegenüber der Politik. Bei der sich verstärkenden Digitalisierung der beruflichen und privaten Lebensbereiche möchte niemand zurückbleiben.

Die digitale Kluft ist in Bayern im Frühsommer 2021 Realität. Gigabit-Dienste über Glasfasernetze oder TV-Kabel gibt es in der Regel nur in Ballungsräumen. Den Ausbau im ländlichen Raum hat die Deutsche Telekom längst lokalen und regionalen Anbietern überlassen. Einer davon ist die CCNST-Unternehmensgruppe. Ihre Firmen haben sich auf den Breitband-Ausbau und die Versorgung mit schnellem Internet spezialisiert. Mit dem finanzstarken Gesellschafter Infracapital im Rücken treibt die CCNST mit über 100 Mitarbeitern seit geraumer Zeit den Glasfaserausbau in ganz Bayern durch gezielte Investitionen und Kooperationen voran. In eigene Netz-Infrastrukturen wurden schon über 100 Millionen Euro investiert.

Zu den Kernkompetenzen gehören das Erstellen individueller, maßgeschneiderter Ausbaukonzepte zusammen mit kommunalen Entscheidern, die Planung und Umsetzung der notwendigen Tiefbauarbeiten, die Installation der Netzelemente sowie der Betrieb eigener Glasfasernetze. Mit einer



Glasfasernetze sind selten im ländlichen Raum.

Gesamtlänge von 3.300 Kilometern gehören diese heute zu den stärksten optischen Netzen im Freistaat.

Die bayernweit tätige Tochtergesellschaft *amplus* ist das Gesicht im Markt. Das Unternehmen agiert kundennah und bedient mehr als 25.000 Privat- sowie Geschäftskunden. Als Pionier für den Breitband-Ausbau im ländlichen Raum setzt die regional orientierte *amplus* seit Langem konsequent auf den direkten FTTB/H-Glasfaserausbau (Fibre to the Building/Home). Bayernweit arbeitet der Netzbetreiber

inzwischen eng mit über 150 Kommunen in 17 Landkreisen zusammen. Die dynamische Entwicklung zeigt sich bei der Kundenzahl. Diese stieg in fünf Jahren um durchschnittlich 35 Prozent pro Jahr. Die Wachstumsrate der FTTB/H-Anschlüsse ans eigene Netz liegt bei 40 Prozent.

Die CCNST-Gruppe hat einen ganzheitlichen Ansatz. Dabei setzt sie auf Verdichtung und gezieltes Wachstum ihrer Netz-Infrastrukturen. Gelder aus der Breitband-Förderung des Bundes und des Landes sowie des Bayerischen Förderprogramms zur Anbindung von Schulen, Krankenhäusern und Rathäusern werden mit eigenwirtschaftlichen Mitteln kombiniert, um lokale Ausbaugebiete schrittweise zu erweitern. Schwach versorgte Gebiete geht die CCNST sogar komplett eigenwirtschaftlich an. Interessant für die Mutter *Infracapital* sind zudem Partnerschaften mit Mehrheitsübernahmen mit lokalen und regionalen Netzbetreibern und *City-Carriern*, die aus eigener Kraft notwendige Investitionen für den Übergang von Kupfer zur Glasfaser nicht stemmen können.

Thomas Fuchs ist Geschäftsführer von fuchs media consult, Gummersbach.

Glasfaser überall

Im Interview spricht Jürgen Hansjosten, Geschäftsführer von Infracapital in Deutschland, über die Pläne der Investment-Gesellschaft beim Breitband-Ausbau.

Herr Hansjosten, Infracapital ist eine britische Investment-Gesellschaft. Warum investieren Sie in Deutschland?

Es gibt hier einen hohen Nachholbedarf bei den Infrastrukturen Verkehr, Strom und Breitband. Dies bietet für uns als langfristig denkender Investor sehr interessante Potenziale. Unser Ziel ist es, einen wichtigen und nachhaltigen Beitrag für den beschleunigten Glasfaserausbau im ländlichen Raum zu leisten. In den kommenden drei bis vier Jahren wollen wir mit der CCNST und unserer Tochter BBV Deutschland mindestens 500 Millionen Euro in den Auf- und Ausbau von Glasfasernetzen investieren.

Welche Strategie verfolgen Sie in Bayern?

Wir bauen sowohl privatwirtschaftlich, als auch gefördert aus. Bayern hat beim Breitband-Ausbau bis ins Gebäude schon seit Jahren eine beispielhafte Förderkulisse etabliert. Unser zweites Standbein ist der Ausbau mit Eigenmitteln. Wir erweitern gezielt geförderte Ausbaugebiete und gehen schwach versorgte Orte komplett privatwirtschaftlich an.

Was bieten Sie den Kommunen?

Die Menschen wollen heute Glasfaser überall und möglichst sofort. Diese hohe Erwartungshaltung stellt Kommunen vor große Heraus-

forderungen. Daher unterstützen und entlasten wir diese als Partner und helfen, den allseits gewünschten Glasfaserausbau zu beschleunigen. Wir sind flexibel und wie bereits erwähnt auch für geförderte Breitband-Projekte offen. Kommunen profitieren von den umfangreichen Erfahrungen unserer Mitarbeiter und können so mögliche eigene Risiken deutlich reduzieren.

Wie gehen Sie vor?

Historisch war die CCNST im Osten Bayerns tätig. Inzwischen intensivieren wir unsere geförderten und eigenwirtschaftlichen Ausbauaktivitäten landesweit. Dabei verfolgen wir das Ziel, unsere bereits bestehenden Netz-Infrastrukturen weiter zu verdichten und gezielt zu wachsen. Immer öfter erschließen wir ganze Kommunen flächendeckend durch eine sinnvolle Kombination aus Förderung und eigenwirtschaftlichem Ausbau. Die Entscheidungsträger im Land und in den Kommunen verfolgen dies sehr genau. Die positive Wahrnehmung hilft uns bei kommunalen Projekten und öffnet neue Türen.

Wie halten Sie es mit dem Thema Open Access?

Es ist volkswirtschaftlich nicht sinnvoll, Glasfaser mit Glasfaser zu überbauen. Open Access ist eine Frage der Vernunft. Daher öffnen wir unsere Netze gerne für Dritte



Jürgen Hansjosten

zu einem marktüblichen Preis. Letztlich profitieren alle. Wir optimieren die Auslastung unserer Infrastrukturen und können so Investitionen schneller refinanzieren. Andere Netzbetreiber erhalten die Möglichkeit, sich neue Kunden zu erschließen. Für Verbraucher erhöht sich die Auswahl.

Aktuell drängen viele neue private Investoren in den Markt. Wodurch unterscheiden Sie sich von diesen?

Das wesentliche Differenzierungsmerkmal und unser Mehrwert ist eine sehr starke lokale und regionale Marktorientierung in Baden-Württemberg, Bayern und zukünftig auch verstärkt in Thüringen. Wir suchen bewusst die Nähe zum Kunden sowie zur Politik, von kommunalen Entscheidungen bis hin zu den Landesregierungen. Dabei verfolgen wir den Verdichtungsgedanken über unsere eigenen Unternehmen und mit zu uns passenden Partnern. Wichtig unter Effizienzgesichtspunkten ist zudem das Ineinandergreifen unserer Investitionen, zum Beispiel beim Aufbau regionaler Backbones und Servicestrecken.

Interview: Thomas Fuchs

Ausbau in vollem Gange

Hans Güldenpenning

1.330 Kilometer Tiefbau und fast 7.000 Kilometer Glasfaserkabel – im Kreis Börde ist der großflächige Ausbau des kommunalen Breitband-Netzes erfolgreich angelaufen. Die ersten Gemeinden konnten bereits angeschlossen werden.

Im Kreis Börde in Sachsen-Anhalt entsteht ein Vorzeigeprojekt für die Infrastruktur des ländlichen Raumes. 68 Prozent der Gemeindegebiete waren bislang so genannte weiße Flecken. Um diese zu tilgen, werden 1.330 Kilometer Tiefbau und fast 7.000 Kilometer Glasfaserkabel realisiert. Die Glasfaser wird direkt ins Haus gelegt, und zwar im kleinsten Ort mit 100 Einwohnern ebenso wie in Gemeinden in städtischer Größenordnung. Das Motto für das kommunale Giganetz lautet: Glasfaser für alle! Denn zur Glasfaserinfrastruktur gibt es aus Sicht der ARGE Breitband und ihrer Mitgliedsgemeinden keine Alternative. Erfolgsfaktor für das Projekt ist die enge Zusammenarbeit zwischen Bürgermeistern, der ARGE, den Bauämtern sowie regionalen Bauunternehmen, der Projektsteuerung und DNS:NET, Partner der ARGE und Netzbetreiber für das Giganetz in kommunaler Hand.

Beim Halbzeit-Meeting am 14. Oktober 2020 trafen sich die Akteure des Mammutvorhabens zur Bestandsaufnahme. Holger Haupt, Leiter der ARGE Breitband, berichtete damals: „In den ersten 18 Monaten des Ausbaus sind alle ARGE-Gemeinden sehr gut vorangekommen. In den nächsten ein bis zwei



Premiere in Angern: Der erste Haushalt erhielt im April seinen Glasfaseranschluss.

Jahren werden sie die Glasfasernetze fertigstellen können. Eine Vielzahl von Anschlüssen konnte bereits ans Netz gehen, die Bürgerinnen und Bürger surfen nunmehr im Giganetz. Wir freuen uns, dass alle Akteure und die Technik für die zweite Halbzeit bereitstehen. Der Ausbau kann somit in allen übrigen Orten weitergeführt werden. Die acht Gemeinden bauen gemeinsam mit den General-Bauunternehmen und den circa 300 Bauleuten, Planern und Ingenieuren die kommunalen Glasfasernetze.“

2021 steht also im Zeichen der Finalisierung, wie die zahlreichen Termine zeigen, an denen die ersten Gemeinden ans Netz gehen können. So wurden die Anschlüsse in der Einheitsgemeinde Stadt Oebisfelde-Weferlingen im ersten Quartal 2021

komplett fertiggestellt und im April konnte der erste Hausanschluss der Verbandsgemeinde (VG) Elbe-Heide in der zugehörigen Gemeinde Angern ans Giganetz angeschlossen werden. Dort befinden sich auch einer der zahlreichen Technikstandorte (POP) sowie mehrere Technikverteiler für das Giganetz der ARGE Breitband, welches von DNS:NET betrieben wird. Die VG Elbe-Heide ist eine Gebietskörperschaft im Nordosten des Kreises Börde mit einer Fläche von 369,4 Quadratkilometern und über 13.000 Einwohnern. In Angern leben über 2.000 Einwohner auf einer Fläche von 64,21 Quadratkilometern. Entsprechend groß war das Interesse am kommunalen Giganetz in der Ge-

* 3. v.l.: Thomas Schmette, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Elbe-Heide

Zahlreiche Unternehmen bieten Lösungen und Dienstleistungen für den Public Sector an. Behalten Sie den Überblick und orientieren Sie sich bei Ihren Investitionsentscheidungen am IT-Guide von Kommune21. Die Marktübersicht finden Sie auch im Internet unter www.kommune21.de.

- E-Government 58
- CMS | Portale / Spezial-Software 59
- Finanzwesen / Schul-IT / E-Procurement / 60
- Geodaten-Management / Dokumenten-Management 61
- E-Formulare / Personalwesen / Inventarisierung /
RIS | Sitzungsmanagement / E-Partizipation 62
- IT-Security / IT-Infrastruktur / Breitband / Consulting 63
- Komplettlösungen 63-65

Anzeige

D-0	 <p>Govii Ein Unternehmen der TELEPORT Gruppe</p>	<p>Govii UG (haftungsbeschränkt) Ansprechpartner: Michael Schmidt Herrenstraße 20 D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 773874-0 E-Mail: info@govii.de Internet: www.govii.de</p>	<p>Der Behördenbot Govii steht für moderne Kommunikation zwischen Verwaltung und Kunden. Er bedient sich bestehender Datenbestände und beantwortet Fragen zu behördlichen Themen, wie z.B. Personalausweis beantragen, Auto ummelden etc. Govii ergänzt Portale, Bürgerservice und Servicecenter. Govii ist modular aufgebaut und nutzt verfügbare (XÖV) Standards.</p>
D-0	 <p>TSA Ein Unternehmen der TELEPORT Gruppe</p>	<p>TSA Public Service GmbH Ansprechpartner: Thomas Patzelt Herrenstraße 20 D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 773874-0 E-Mail: info@tsa.de Internet: www.tsa.de</p>	<p>TSA ist Ihr Partner für Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung. Bund, Länder, Kommunen und Dienstleister setzen auf unsere Lösungen und Know-how rund um Zuständigkeitsfinder, Bürgerservice, Servicecenter/115, Ideen- und Beschwerdemangement, Integration von Verwaltungsdaten, 115-Datenbereitstellung und OZG-Umsetzung.</p>
D-0	 <p>brain-SCC PORTALLÖSUNGEN</p>	<p>brain-SCC GmbH Ansprechpartner: Sirko Scheffler Fritz-Haber-Str. 9 D-06217 Merseburg Telefon: +49 (0) 3461 / 25 99 510 Fax: +49 (0) 3461 / 25 99 511 E-Mail: info@brain-scc.de Internet: www.brain-scc.de</p>	<p>Die brain-SCC GmbH verfügt über umfassende Kompetenzen bei der Entwicklung und Betreuung von Portallösungen der öffentlichen Hand. Gestalten Sie Ihr Verwaltungs- und Geoportal mit dem leicht bedienbaren Content-Management-System brain-GeoCMS®, individuellem Design und zahlreichen Servicemodulen zur OZG-Umsetzung – nutzerorientiert und bürgernah.</p>
D-2	 <p>Governikus KG</p>	<p>Governikus GmbH & Co. KG Hochschulring 4 D-28359 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 204 95-0 Telefax: +49 (0) 421 / 204 95-11 E-Mail: kontakt@governikus.de Internet: www.governikus.de</p>	<p>Digitale Souveränität in einer komplex vernetzten Welt! Mit sicheren und innovativen IT-Lösungen sorgen ca. 200 engagierte Mitarbeiter:innen für den Schutz personenbezogener Daten. Sichere Identitäten, vertrauliche und rechtssichere Kommunikation sowie der Umgang mit schützenswerten Daten stehen hierbei im Vordergrund.</p>
D-4	 <p>ITEBO Unternehmensgruppe</p>	<p>ITEBO GmbH Dielingerstraße 39/40 D-49074 Osnabrück Telefon: +49 (0) 541 / 9631-0 Fax: +49 (0) 541 / 9631-196 E-Mail: info@itebo.de Internet: www.itebo.de</p>	<p>Die ITEBO-Unternehmensgruppe ist Ihr Dienstleister für Kommunen und Kirchen. Wir bieten kompetente Prozess- und Organisationsberatung sowie die Vernetzung von Fachverfahren und Onlinediensten im Bürgerportal. Fundierte Basisdienste im Bereich der IT-Sicherheit, des Datenschutzes und unser ITIL konformes Rechenzentrum runden unser Portfolio ab.</p>
D-7	 <p>cit</p>	<p>cit GmbH Ansprechpartner: Andreas Mühl Kirchheimer Straße 205 D-73265 Dettingen/Teck Telefon: +49 (0) 70 21 / 95 08 58-0 Fax: +49 (0) 70 21 / 95 08 58-9 E-Mail: vertrieb@cit.de Internet: www.cit.de</p>	<p>cit intelliForm® – die Produktlinie mit Komponenten zur Erstellung von elektronischen Formularen und intelligenten Ausfüllassistenten, Formularmanagement sowie eine modellbasierte Entwicklungsumgebung für formularbasierte Workflows ist in vielen Bundesländern auf landes- und kommunaler Ebene im Einsatz.</p>
D-7	 <p>Form Solutions</p>	<p>Form-Solutions GmbH Ansprechpartner: Matthias Eisenblätter Bahnhofstraße 10 D-76137 Karlsruhe Telefon: +49 (0) 721 / 754055-0 Fax: +49 (0) 721 / 754055-17 E-Mail: info@form-solutions.de Internet: www.form-solutions.de</p>	<p>Neben einem umfassenden Sortiment rechtssicherer Antragsassistenten können im Handumdrehen eigene Webapplikationen mit intelligenter Verfahrenslogik selbst erstellt und medienbruchfrei in die behördliche Umgebung integriert werden. Bundesweit nutzen über 2.200 behördliche Kunden das Antragsmanagement 4.0.</p>
D-8	 <p>Public Services</p>	<p>S-Public Services GmbH Hauptstraße 27 a D-88699 Frickingen Telefon: +49 (0) 7554 / 97090-00 Fax: +49 (0) 7554 / 97090-09 E-Mail: info@s-publicservices.de Internet: www.s-publicservices.de</p>	<p>S-Public Services ist als Kompetenzzentrum E-Government der Sparkassen-Finanzgruppe erster Ansprechpartner für die öffentliche Hand sowie kommunalnahen Organisationen und Unternehmen. Mit Plug'n'Play-Lösungen rund um Payment-Services helfen wir gemeinsam mit den Sparkassen vor Ort bei der digitalen Transformation unterschiedlichster Bürgerservices.</p>

E-Government

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. +49 (0) 7071.855-6770.

D-2	 DAS KOMMUNALE CMS iKISS	ADVANTIC GMBH Ansprechpartnerin: Katrin Wiese-Dohse Vierhorn 2 a-b D-23556 Lübeck Telefon: +49 (0) 451 / 6 09 72-0 Fax: +49 (0) 451 / 6 09 72-20 E-Mail: info@advantic.de Internet: www.advantic.de	Ob BITV oder OZG: Mit dem kommunalen CMS iKISS von Advantic ist Ihre Verwaltung bestens gerüstet. Advantic betreut über 350 kommunale Kunden – darunter jeden 5. Landkreis – in mehr als 700 Projekten. Profitieren auch Sie von der langjährigen Erfahrung, flexiblen Lösungen für Internet und Intranet und dem erstklassigen Kundenservice.
D-2		ProCampaign® c/o Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@procampaign.de Internet: www.procampaign.de/kommune	Bürger-Online-Formular-Management und Tourismus-/Bürger-Kommunikation sind die typischen Anwendungsfelder für die EuroPriSe-zertifizierte SaaS Private Cloud-Lösung ProCampaign®. Die DSGVO-konforme Automatisierung von digitalen Prozessen birgt Potentiale echte Effizienzsteigerung und hilft, Prozesse zu standardisieren und dabei die Kosten im Griff zu halten.
D-3		NOLIS GmbH Ansprechpartner: Uwe Warnecke Celler Straße 53 D-31582 Nienburg/Weser Telefon: +49 (0) 5021 / 88 77 555 Fax: +49 (0) 5021 / 88 77 599 E-Mail: info@nolis.de Internet: www.nolis.de	Bundesweit vertrauen Kommunen auf E-Government-Lösungen von NOLIS. Kompetente Ansprechpartner helfen bei allen Aufgaben rund um Stadt- und Serviceportal, CMS und Online-Services. Fachverfahren wie Bewerbermanagement, Kita-Platzvergabe, Web-GIS, Bürgertipps und viele weitere sind für den Einsatz in Kommunalverwaltungen optimiert.
D-4		Sitepark Gesellschaft für Informationsmanagement mbH Ansprechpartner: Thorsten Liebold Neubrückerstraße 8-11, D-48143 Münster Telefon: +49 (0) 251 / 48 26 55-0 Fax: +49 (0) 251 / 4 82 65-55 Internet: www.sitepark.com	Wissens- und Contentmanagement für Internet, Intranet, Bürgerbüro und D115. Fachanwendungen für die Virtuelle Verwaltung, Geschäftsverteilungsplan, Helpdesk Ticket System, internes Telefonbuch, Presseservice. Partnerprogramm für KRZs. Top-Referenzen: Landesverwaltung Saarland, Saarbrücken, Wiesbaden, Hannover, Dresden, Wuppertal, Duisburg, Bottrop.
D-7		SEITENBAU GmbH Ansprechpartner: Dominik Kraus Seilerstraße 7 D-78467 Konstanz Telefon: +49 (0) 75 31 / 3 65 98-00 Fax: +49 (0) 75 31 / 3 65 98-11 E-Mail: kraus@seitenbau.com Internet: www.seitenbau.com	SEITENBAU unterstützt die digitale Transformation des öffentlichen Sektors seit 20 Jahren mit hochwertigen kundenspezifischen Softwarelösungen. Wir bieten unseren Kunden Konzeption, technische Realisierung und sicheren Betrieb von E-Government-Fachanwendungen, Verwaltungsportalen, Social Intranets und Mobilanwendungen für die moderne Verwaltung.
D-3		KDN.sozial Eigenbetriebsähnliche Einrichtung des KDN Technologiepark 14 D-33100 Paderborn Telefon: +49 (0) 5251 / 132-2241 Fax: +49 (0) 5251 / 132-272241 E-Mail: info@kdn-sozial.de Internet: www.akdn-sozial.de	Seit über 40 Jahren sind wir einer der führenden Anbieter von Software für Sozial- und Jugendämter sowie Jobcenter. Wir unterstützen die ganzheitliche Sachbearbeitung bei der Berechnung und Zahlung von Sozialleistungen und beim Fallmanagement. Zudem bieten wir eine Office-Integration sowie die Anbindung für Finanz-, Einwohnermelde- oder Dokumentenmanagementsysteme.
D-3		Barthauer Software GmbH Pillastraße 1a D-38126 Braunschweig Telefon: +49 (0) 531 / 23533-0 Fax: +49 (0) 531 / 23533-99 E-Mail: info@barthauer.de Internet: www.barthauer.de	Ressourcen bündeln, Effizienz steigern und damit Kosten minimieren: Wir bieten innovative Lösungen für das Infrastrukturmanagement von Ver- und Entsorgungsnetzen. Grundlage ist eine ganzheitliche Datenbankstruktur für die Planung, Verwaltung, Betriebsführung und Instandhaltung von Wasser, Abwasser, Gas, Kabel, Straße und weitere Infrastrukturanlagen.
D-7		AIDA ORGA GmbH Ansprechpartnerin: Sonia Welter Gültlinger Straße 3/1 D-75391 Gechingen Telefon: +49 (0) 7056 / 9295-0 Fax: +49 (0) 7056 / 9295-29 E-Mail: info@aida-orga.de Internet: www.aida-orga.de	AIDA ORGA bietet für kommunale Einrichtungen modulare, paßgenau abgestimmte Lösungen zur Zeitwirtschaft, Personaleinsatzplanung, Zutrittsberechtigung etc., sowie Bauhoflösungen mit bedarfsgerechten Anwendungen zur Produktzeiterfassung gemäß NKF/NKHR oder Arbeits- und Leistungserfassung im Bauhof mit Maschinen und Fahrzeugen.
D-8		G&W Software AG Ansprechpartner: André Steffin Rosenheimer Straße 141 h D-81671 München Telefon: +49 (0) 89 / 5 15 06-4 Fax: +49 (0) 89 / 5 15 06-999 E-Mail: info@gw-software.de Internet: www.gw-software.de	CALIFORNIA von G&W – Ihre Software zur Optimierung der Prozesse und Kosten von Bau und Unterhalt in Kommunen und kommunalen Eigenbetrieben im NKF mit den Schwerpunkten Kostenplanung, AVA, Baucontrolling, Zeitvertragsarbeiten. Kosten senken durch integriertes Baumanagement. Kostenoptimierung bei und mit Rahmenverträgen.
D-9		LogoData ERFURT GmbH Ansprechpartner: Steve Purrotat Maximilian-Welsch-Straße 4 D-99084 Erfurt Telefon: +49 (0) 361 / 5661222 Fax: +49 (0) 361 / 5661223 E-Mail: info@logodata.de Internet: www.logodata.de	Seit über 30 Jahren entwickelt LogoData® Softwarelösungen für verschiedene Abteilungen der Jugendämter und freien Träger. Unsere Arbeit umfasst u.a. Installationen, Implementierungen, Schulungen, Weiterentwicklungen und den Support unserer Produkte. Wir sind Ihr zuverlässiger Dienstleister im Bereich Software und Beratung.

D-0		Saxess AG Ansprechpartner: Matthias Lehmann Grassistraße 12 D-04107 Leipzig Telefon: +49 (0) 341 / 355 238-0 E-Mail: fidas@saxess-ag.de Internet: www.saxess-ag.de	Webbasiertes Teilnehmungsmanagement mit Fokus auf zentrale Verwaltung von Stamm- und Finanzdaten, Teilnehmungscontrolling und Mandatsträgerbetreuung. Die Fachanwendung fidas wird deutschlandweit in Kommunen aller Größen eingesetzt und entlastet u.a. durch den Teilnehmungsbericht auf Knopfdruck und den automatischen Import von Finanzdaten.	Finanzwesen
D-2		xSuite Group GmbH Ansprechpartner: Torge Link Hamburger Straße 12 D-22926 Ahrensburg Telefon: +49 (0) 4102 / 8838-25 E-Mail: info@xsuite.com Internet: www.xsuite.com	Als Softwarehersteller der SAP-zertifizierten xSuite® bieten wir für Kommunen und Kernverwaltungen eine standardisierte, SAP-integrierte Lösung zur Rechnungseingangsverarbeitung. Angesprochen werden die SAP-Module FI, MM, PSM sowie PSCD und der DZ-Kommunalmaster. Es erfolgt die Verarbeitung von eingehenden XRechnungen.	
D-2		CloudIX c/o Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@cloudix.de Internet: www.cloudix.de/kommune	CloudIX bietet als zertifizierter Dienstleister führende SaaS-Lösungen. Eigene Videokonferenzen auf JITS Meet Basis, verschlüsselte Matrix + Element Messaging-Dienste und Nextcloud stehen zur Miete in ISO 27001-zertifizierten und KRITIS-konformen Rechenzentren in Bremen zur Verfügung. Compliance-konform sind alle Managed Server mit notwendigen AV-Verträge ausgestattet.	Schul-IT
D-3		H+H Software GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Inf. Michael Etscheid Maschmühlenweg 8-10, D-37073 Göttingen Telefon: +49 (0) 551 / 52208-0 Fax: +49 (0) 551 / 52208-25 E-Mail: info@hh-software.com Internet: www.hh-software.com www.netmanforschools.de	Als IT-Dienstleister und Softwarehersteller begleiten wir Bildungseinrichtungen seit über 30 Jahren auf ihrem Weg in die Digitalisierung. Unsere Schul-IT Lösung NetMan for Schools gewährleistet den sicheren IT-Betrieb im Schulnetz sowie einen verlässlichen Unterricht mit digitalen Medien. Wir betreuen Schulen von der Projektplanung über die Installation bis zum täglichen Betrieb.	
D-4		KRAFT Network-Engineering GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Ing. Karsten Kraft Eintrachtstraße 95 D-45478 Mülheim-Ruhr Telefon: +49 (0) 208 / 46959-60 Fax: +49 (0) 208 / 46959-70 E-Mail: info@KNE.de Internet: www.KNE.de	Die KNE GmbH setzt Maßstäbe für eine erfolgreiche Schul-IT. Mit der innovativen Softwarelösung School@min und dem leistungsstarken Betriebskonzept kann jedes Schulnetz auch stadtweit kosteneffizient gemanagt werden. Die volle Abdeckung jedes administrativen und pädagogischen Anforderungsprofils und die hohe Skalierbarkeit begeistern Anwender und Kostenträger.	E-Procurement
D-5		AixConcept GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Kfm. Volker Jürgens Wallonischer Ring 37 D-52222 Stolberg Telefon: +49 (0) 2402 / 38941-0 Fax: +49 (0) 2402 / 38941-30 E-Mail: info@aixconcept.de Internet: www.aixconcept.de	AixConcept liefert als Experte für digitale Bildung schlüsselfertige IT-Lösungen für Schulen. Mehr als 1.900 Institutionen erhalten Beratung, Konzeption und Umsetzung aus einer Hand. Aus der Zentrale in Stolberg bei Aachen und mit Partnern sorgt AixConcept deutschlandweit für den reibungslosen Betrieb der Schul-Netzwerke.	
D-1		DTVP Deutsches Vergabeportal GmbH Ansprechpartner: Lucas Spänhoff Sickingenstraße 70 D-10553 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 374343-810 Fax: +49 (0) 30 / 374343-822 E-Mail: vergabestellen@dtvp.de Internet: www.dtvp.de	DTVP bietet eine umfassende E-Vergabe-Lösung für Vergabestellen und unterstützt diese bei der elektronischen Durchführung von Vergabeverfahren. Neben einem breiten Funktionsumfang und offenen Schnittstellen liegen die Besonderheiten des Portals u.a. in der intuitiven Benutzerführung, die ohne Einführungsprojekte verständlich ist.	
D-5		subreport Verlag Schawe GmbH Ansprechpartnerin: Daniela Hammami Buchforststraße 1-15 D-51101 Köln Telefon: +49 (0) 221 / 985 78-28 Fax: +49 (0) 221 / 985 78-66 E-Mail: daniela.hammami@subreport.de Internet: www.subreportCAMPUS.de	subreport-Kunden greifen auf 98% aller öffentlichen Aufträge zu. subreport ELViS ist seit 2001 die eVergabe-Plattform mit über 75.000 Bietern, die ohne Schulungsaufwand sofort einsetzbar ist, anwenderfreundlich und selbsterklärend. Auf subreport CAMPUS tauschen Auftraggeber u.a. Erfahrungen aus, der Lieferantenpool vernetzt Auftraggeber und Unternehmen.	
D-7		TEK-SERVICE AG Ansprechpartnerin: Monika Schmidt Eisenbahnstraße 10 D-79541 Lörrach Telefon: +49 (0) 7621 / 914040 Fax: +49 (0) 7621 / 9140429 E-Mail: schmidt@tek-service.de Internet: www.tek-service.de	TEK-SERVICE AG ist das inhabergeführte Dienstleistungsunternehmen für E-Einkauf. Seit 2000 arbeiten wir bundesweit für Verwaltungen und Organisationen. Als lieferantenneutraler Dienstleister bieten wir webbasierte Technologie, umfassende Services, Helpdesk sowie branchenspezifische Beratung und Begleitung im operativen Tagesgeschäft des Einkaufs.	

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. +49 (0) 7071.855-6770.

Geodaten-Management • Dokumenten-Management

D-4	 <p>GIS Consult GmbH Schuldenbusch 3 D-45721 Haltern am See Telefon: +49 (0) 2364 / 9218-11 Fax: +49 (0) 2364 / 9218-72 E-Mail: info@gis-consult.de Internet: www.gis-consult.de</p>	GIS Consult ist Ihr Partner für anspruchsvolle GIS- und Datenbankprojekte, mit Standorten in Haltern am See und Erfurt. Mit Produkten im Infrastrukturmanagement, wie Straßen-, Baum-, Grün-, Spielplatzkataster auf Basis des WebGIS OSIRIS, bieten wir bis zu Portallösungen ein ganzheitliches Portfolio.	Geodaten-Management
D-4	 <p>con terra GmbH Martin-Luther-King-Weg 20 D-48155 Münster Telefon: +49 (0) 251 / 59689 300 Fax: +49 (0) 251 / 590 697 05 E-Mail: info@conterra.de Internet: www.conterra.de</p>	con terra unterstützt Kommunen und Behörden mit geobasierten Lösungen auf dem Weg in die digitale Zukunft. Mit Informationsportalen, Partizipationsangeboten und aufgabenzentrierten Apps sowie einer zukunftssicheren Infrastruktur sorgen wir für Erkenntnisgewinn, Transparenz und zufriedene Nutzer.	
D-0	 <p>LCS Computer Service GmbH Gartenstraße 45 D-04936 Schlieben Telefon: +49 (0) 35361 / 350-300 Fax: +49 (0) 35361 / 350-100 E-Mail: egov@lcs-schlieben.de Internet: www.winyard.de</p>	Die zertifizierte WINYARD Suite vereint Dokumenten-, Workflow- u. Identifikationsmanagement. Sie optimiert innerbetriebliche Prozesse u. reduziert Fehlerquoten. Zur Erfass-, Klassifizier- u. Bearbeitung von Dokumenten stehen zahlreiche Möglichkeiten zur Verfügung. Sie gewährt alle Funktionen der reversionssicheren Aufbewahrung.	Dokumenten-Management
D-3	 <p>OPTIMAL SYSTEMS Vertriebsgesellschaft mbH Hannover Ansprechpartner: Jörg Huesmann Wöhlerstraße 42, D-30163 Hannover Telefon: +49 (0) 511 / 123315-0 Fax: +49 (0) 511 / 123315-222 E-Mail: hannover@optimal-systems.de Internet: www.optimal-systems.de/hannover</p>	Die Verwaltungseffizienz zu steigern ist das Ziel und das Versprechen von OPTIMAL SYSTEMS. Mit der ECM-Suite enaio® erfüllt das Unternehmen nahezu alle Anforderungen moderner Verwaltungen und bietet u. a. Landkreisen, kreisfreien Städten, kreisangehörigen Gemeinden, Kirchen und Stiftungen eine solide Basis für ein ganzheitliches Informationsmanagement.	
D-3	 <p>Ceyoniq Technology GmbH Ansprechpartner: Alexander Dörner Boulevard 9 D-33613 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 9318-1000 Fax: +49 (0) 521 / 9318-1111 E-Mail: eGov@ceyoniq.com Internet: www.ceyoniq.com</p>	Seit über 25 Jahren ermöglicht die Ceyoniq Technology GmbH als Spezialist für ECM Unternehmen und Verwaltungen einen einfachen und sicheren Umgang mit Informationen – durch digitale Lösungen, die Prozesse beschleunigen und optimieren. nscale eGov deckt von einem E-Akte-Basisdienst bis zur Schriftgutverwaltung alle Anforderungen der öffentlichen Verwaltung ab.	Dokumenten-Management
D-4	 <p>Materna Information & Communications SE Ansprechpartnerin: Andrea Siwek-Schmidt Voßkuhle 37 D-44141 Dortmund Telefon: +49 (0) 231 / 55 99-82 92 Fax: +49 (0) 231 / 55 99-9 82 92 E-Mail: Andrea.Siwec-Schmidt@materna.de Internet: www.materna.de</p>	IT-Dienstleister für den Public Sector seit fast 40 Jahren. Unser Portfolio für die digitale Transformation der Verwaltung umfasst umfangreiche Beratung und zahlreiche Lösungsbausteine für die medienbruchfreie Prozessgestaltung in der Kommunikation mit Bürgern und Unternehmen sowie für die zeitgemäße E-Verwaltungsarbeit.	
D-4	 <p>codia Software GmbH Edisonstraße 2 D-49716 Meppen Telefon: +49 (0) 59 31/93 98-0 Fax: +49 (0) 59 31/93 98 25 E-Mail: info@codia.de Internet: www.codia.de</p>	Die codia Software GmbH ist ein im eGovernment-Bereich spezialisierter Anbieter von DMS-Lösungen mit fachverfahrensspezifischen Anbindungen für die öffentliche Verwaltung. Die eingesetzten d.gov I Lösungen werden auf Basis des d.3ecms der d.velop AG realisiert und basieren auf dem Organisationskonzept „Elektronische Verwaltungsarbeit“.	Dokumenten-Management
D-7	 <p>comundus regisafe GmbH Ansprechpartnerin: Katja Benkenstein Heerstraße 111 D-71332 Waiblingen Telefon: +49 (0) 7151 / 96528-233 Fax: +49 (0) 7151 / 96528-999 E-Mail: k.benkenstein@regisafe.de Internet: www.regisafe.de</p>	E-Government leicht gemacht – mit regisafe. Von Verwaltungsexperten entwickelt, bietet das DMS regisafe maßgeschneiderte Lösungen. Einführung der E-Akte, Anbindung von Fachverfahren, smarte Workflows, Ratsinformation, Onlineportale uvm. Wir begleiten öffentliche Verwaltungen ins digitale Zeitalter.	
D-7	 <p>GELAS Gesellschaft für elektronische Archivierungssysteme mbH Anton-Schmidt-Straße 3, D-71332 Waiblingen Telefon: +49 (0) 7151 / 9534-0 Fax: +49 (0) 7151 / 9534-1 E-Mail: info@gelas.de Internet: www.gelas.de</p>	Seit 30 Jahren ist Questys ein zuverlässiger Partner der öffentlichen Verwaltung. In weit über 100 Städten und Kommunen ist Questys ein etablierter Standard für vollelektronische Archivierung im DMS. Questys sorgt für einen optimalen Verwaltungsablauf in allen Ämtern, für alle Finanzwesen mit Zugriff auch aus der Cloud.	Dokumenten-Management
D-9	 <p>PDV GmbH Haarbergstraße 73 D-99097 Erfurt Telefon: +49 (0) 361 / 4407-100 Fax: +49 (0) 361 / 4407-299 Internet: www.pdv.de/kontakt</p>	Die PDV GmbH zählt zu den leistungsstärksten ECM-Herstellern & Service-Anbietern in Deutschland. Zu den Kunden zählen Verwaltungen auf Bundes- und Landesebene, Steuer- und Finanzbehörden, Kirchen und Wohlfahrtsunternehmen, Städte und Kommunen, Gerichte, Staatsanwaltschaften, Polizei, aber auch privatwirtschaftliche Unternehmen.	

D-7	 <p>DSV Service Vielfalt. Dynamik. Qualität.</p>	<p>DSV Service GmbH Ansprechpartnerin: Vera Knoop Am Wallgraben 115 D-70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 782 129-00 E-Mail: vera.knoop@dsv-service.de Internet: www.dsv-service.de</p>	<p>Die DSV Service GmbH ist Full-Service-Dienstleister für Formularanwendungen und bietet Kommunalverwaltungen und Landesbehörden einen breiten Katalog an Online-Formularen für die OZG-Umsetzung und andere E-Government-Vorhaben. Als Tochter des Deutschen Sparkassenverlags unterstützt sie mehr als 370 Sparkassen und Landesbanken.</p>	E-Formulare
D-7	 <p>Kohlhammer</p>	<p>W. Kohlhammer Deutscher Gemeindeverlag GmbH Heßbrühlstraße 69, D-70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 78 63-73 55 Fax: +49 (0) 711 / 78 63-84 00 E-Mail: dgy@kohlhammer.de Internet: www.kohlhammer.de</p>	<p>Der Kohlhammer Formularserver KoFoS ist eine zukunftsorientierte Lösung für das eGovernment. KoFoS erfüllt die hohen Anforderungen des Media@Komm-Projektes und stellt Ihnen damit, in Verbindung mit unseren aktuellen und rechtsicheren Formularen, eine zuverlässige technologische Lösung zur Verfügung.</p>	E-Formulare
D-2	 <p>rexx systems</p>	<p>rexx systems GmbH Ansprechpartner: Florian Walzer Süderstraße 75-79 D-20097 Hamburg Telefon: +49 (0) 40 / 890080-0 Fax: +49 (0) 40 / 890080-120 E-Mail: info@rexx-systems.com Internet: www.rexx-systems.com</p>	<p>rexx systems bietet Software-Lösungen in den Bereichen Recruiting, Talent Management sowie Human Resources und überzeugt als ganzheitlicher Lösungsanbieter durch herausragende Effizienzsteigerung und zuverlässige Technik. Die einfach zu bedienende, hochskalierbare Software ist für Kunden jeder Größe und Branche geeignet.</p>	Personalwesen
D-3	 <p>NOLIS</p>	<p>NOLIS GmbH Ansprechpartner: Uwe Warnecke Celler Straße 53 D-31582 Nienburg/Weser Telefon: +49 (0) 5021 / 88 77 555 Fax: +49 (0) 5021 / 88 77 599 E-Mail: info@nolis.de Internet: www.nolis.de</p>	<p>NOLIS Recruiting ist eine komfortable Bewerbungsmanagement-Lösung mit zahlreichen speziell auf die öffentliche Verwaltung abgestimmten Features. Mit Schnittstellen zu relevanten Stellenbörsen, CV-Parsing und einem individuellen Karriereportal wirken Sie dem Fachkräftemangel clever entgegen.</p>	Personalwesen
D-7	 <p>MHM MHM-HR.COM</p>	<p>MHM HR // MHM-Systemhaus GmbH Ansprechpartner: Steffen Michel Presselstraße 25 a D-70191 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 120 909-31 Fax: +49 (0) 711 / 120 909-11 E-Mail: welcome@mhm-hr.com Internet: www.mhm-hr.com</p>	<p>MHM HR entwickelt Bewerbermanagement-Software für Profis. Mit MHM eRECRUITING können öffentliche Auftraggeber ihre Bewerbungen intelligent managen. Integrierte Zusatzfunktionen wie MHM MULTIPOSTING mit HR-ANALYTICS, CV-Parsing, FIRSTBIRD (Mitarbeiter-Empfehlungsprogramm) und diagnostische Testverfahren ergänzen das Angebot von MHM HR.</p>	Personalwesen
D-5	 <p>hallo Kai! Kann alles inventarisieren</p>	<p>hallobtf! gmbh Ansprechpartnerin: Yvonne Paris Breite Straße 28-30 D-50667 Köln Telefon: +49 (0) 221 / 977 608-0 Fax: +49 (0) 221 / 977 608-20 E-Mail: info@hallobtf.de Internet: www.hallokai.de</p>	<p>Kai: Marktstandard für die kommunale Inventarisierung. In mehr als 500 öffentlichen Verwaltungen im Einsatz. Erstfassung und laufende Bestandsführung im perfekten Zusammenspiel mit dem Anlagenbuch (u.a. SAP, INFOMA). Revisions sichere Inventur-Planung und Durchführung. Frei konfigurierbare Datenfelder. Barcode. Mobile Erfassung.</p>	Inventarisierung
D-2	 <p>CC e-gov GmbH www.cc-egov.de</p>	<p>CC e-gov GmbH Ansprechpartner: Kurt Hühnerfuß Tempowerkring 7 D-21079 Hamburg Telefon: +49 (0) 40 / 2271 99-0 Fax: +49 (0) 40 / 2271 99-71 E-Mail: info@cc-egov.de Internet: www.cc-egov.de</p>	<p>ALLRIS – Sitzungsmanagement der Premiumklasse. Sitzungsdienst, Gremieninformation und -kooperation, Bürgerbeteiligung. Komplettlösung inkl. Webhosting aus einer Hand. CC ECM – E-Akte, Workflow und Archiv für die ganze Verwaltung. Integration von Fachverfahren und Bürossoftware. Ihr Partner vom Konzept bis zur Umsetzung.</p>	Sitzungsmanagement
D-3	 <p>STERNBERG Sitzungsmanagement</p>	<p>STERNBERG Software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Jan-Christopher Reuscher Kerkmannstraße 1 D-33729 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 97700 0 Fax: +49 (0) 521 / 97700 99 E-Mail: info@sternberg24.de Internet: www.sitzungsdienst.net</p>	<p>STERNBERG bietet mit seinem Sitzungsmanagement SD.NET, dem Gremieninfosystem SD.NET RIM und den RICH SitzungsApps für iOS, Android und Windows eine Lösung für die digitale Verwaltungs- und Gremienarbeit. In Politik, Wirtschaft und Bildung arbeiten Sie so plattformübergreifend, nutzen Informationen gemeinsam und optimieren zahlreiche Prozesse.</p>	RIS Sitzungsmanagement
D-5	 <p>more! software mehr leistung • mehr service • mehr mensch</p>	<p>more! software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Dipl. Inf. Thomas Franz Aubachstraße 30 D-56410 Montabaur Telefon: +49 (0) 2602 / 838870 E-Mail: vertrieb@more-rubin.de Internet: www.more-rubin.de</p>	<p>more! rubin - Sitzungsmanagement und Gremieninfo - mobil, digital, sicher. Die professionelle Lösung für Sitzungsmanagement aus einer Hand. Langjährige Erfahrung im Bereich der digitalen Gremienentscheidungen und der schnellen, papierlosen Gremienkommunikation.</p>	Sitzungsmanagement
D-6	 <p>WER DENKT WAS</p>	<p>wer denkt was GmbH Ansprechpartner: Dr. Tobias Klug Robert-Bosch-Straße 7 D-64293 Darmstadt Telefon: +49 (0) 6151 / 6291550 Fax: +49 (0) 6151 / 6291551 E-Mail: kontakt@werdenktwas.de Internet: www.werdenktwas.de</p>	<p>Die wer denkt was GmbH bietet umfassendes Know-How aus Forschung und Praxis für Ihre erfolgreiche digitale Bürgerbeteiligung. Wir begleiten kleine und große Kommunen u.a. mit dem Mängelmelder, Bürgerbefragungen, Ideenkarten, Leitlinien, Vorhabenlisten und individuellen Lösungen. Referenzen: Bremen, Heidelberg, Wuppertal, Friedrichshafen, Bad Homburg.</p>	E-Partizipation

D-3		Net at Work GmbH Ansprechpartnerin: Aysel Nixdorf Am Hoppenhof 32A D-33104 Paderborn Telefon: +49 (0) 5251 / 304 600 E-Mail: aysel.nixdorf@netatwork.de Internet: www.nospamproxy.de	NoSpamProxy von Net at Work ist eine umfassende Lösung für sichere E-Mail-Kommunikation ‚Made in Germany‘. Sie schützt besonders zuverlässig vor Spam, Malware und anderen Cyber-Bedrohungen, bietet eine praxistaugliche und rechtskonforme E-Mail-Verschlüsselung und wurde wiederholt zum benutzerfreundlichsten Produkt ausgezeichnet.	IT-Security
D-9		NCP engineering GmbH Ansprechpartner: Bernd Nüßlein Dombühler Straße 2 D-90449 Nürnberg Telefon: +49 (0) 911 / 9968-0 Fax: +49 (0) 911 / 9968-299 E-Mail: info@ncp-e.com Internet: www.ncp-e.com	NCP entwickelt seit über 30 Jahren universelle Software für die einfache und sichere Vernetzung von Endgeräten und Systemen über öffentliche Netze. Um Digitalisierungsinitiativen voranzutreiben, nutzen viele Ministerien und Verwaltungseinrichtungen NCP-Produkte mit BSI-Zulassung u.a. für flexible Homeoffice-Anbindung.	IT-Infrastruktur
D-2		ColocationIX GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@colocationix.de Internet: www.colocationix.de/kommune	Nach EN50600 Klasse 4 designt, mit Grünstrom betrieben und mit Geothermie gekühlt ist ColocationIX Deutschlands innovativstes Rechenzentrum für den Public Sector und KRITIS. Außerdem: ISO 27001 ISMS, Sauerstoff-Reduktion, 3-fach-Zutrittskontrolle, Anbindungen mit mehr als 2.000 Peers und Direktverbindungen zu DECIX, AMSIX und LINX.	Breitband
D-1		DNS:NET Internet Service GmbH Zimmerstraße 23 D-10969 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 66765-0 Fax: +49 (0) 30 / 66765-499 E-Mail: info@dns-net.de Internet: www.dns-net.de	DNS:NET als Experte für Breitbandausbau und Betreiber von Glasferringen investiert gezielt in unterversorgte Regionen und baut eigene Netzinfrastrukturen für HighSpeedInternet auf. Dabei wird auf regionale Kooperation gesetzt, Kommunen und Städte werden zukunftssicher mit Glasfaser erschlossen. Kontakt für Anfragen von Kommunen: glasfaserausbau@dns-net.de	Breitband
D-3		goetel GmbH Tüchmacherweg 8 D-37079 Göttingen Telefon: +49 (0) 551 / 384 88 0 Fax: +49 (0) 551 / 385 88 88 Hotline: +49 (0) 551 / 384 55555 E-Mail: info@goetel.de Website: www.goetel.de	Als regionaler Carrier versorgt die goetel GmbH seit 1998 private und Geschäftskunden aus Göttingen/Umgebung mit Tel. – und Internetprodukten versch. Bandbreiten. Durch den Ausbau des eigenen Netzes erweitert goetel kontinuierlich das Angebot und hat sich auf die Erschließung des ländlichen Raumes mit Glasfaserinfrastruktur spezialisiert.	Breitband
D-2		Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@consultix.net Internet: www.consultix.de/kommune	Digitale Transformation, Beratung und Betriebskonzepte für IT, webbasierte Kommunikation und zentrales Online-Formular-Management. ISO 27001/27018 und EuroPriSe-zertifizierte Plattformlösungen für das Management personenbezogener Daten. Rechtssicherheit und Compliance-Konformität aller bürgerzentrierten Lösungen dank eigener Rechenzentren in Deutschland.	Consulting
D-4		best practice consulting AG Ansprechpartner: Herr Pascal Gasch Albersloher Weg 11, D-48155 Münster Telefon: +49 (0) 163 / 6360760 Fax: +49 (0) 251 / 287798-1 E-Mail: Pascal.Gasch@bpc.ag Internet: www.bpc.ag	Über 20 Jahre Erfahrung in der IT-Beratung von Kommunen und unsere SAP S/4HANA Expertise sind die Basis für unseren S/4-Kommunalmaster: Mit digitaler Haushaltsplanung, Drucklösung, mobilem Reporting und Fiori-basierter Prozessdigitalisierung begleiten wir Kommunen auf ihrem Weg zur intelligenten Verwaltung.	Consulting
D-0		Lecos GmbH Ansprechpartner: Peter Kühne Prager Straße 8 D-04103 Leipzig Telefon: +49 (0) 341 / 2538-0 Fax: +49 (0) 341 / 2538-100 E-Mail: info@lecos.de Internet: www.lecos.de	Die Lecos GmbH ist ein BSI-zertifiziertes Beratungs- und Dienstleistungsunternehmen für den Einsatz von Informationstechnologien im kommunalen Umfeld. Wir unterstützen unsere Kunden seit 2001 bei der Gestaltung moderner Verwaltungsprozesse – von der strategischen IT- und Organisationsberatung bis hin zu operativen Rechenzentrums- und IT-Leistungen.	Komplettlösungen
D-0		procilon IT-Logistics GmbH Ansprechpartner: Andreas Liefeth Leipziger Straße 110 D-04425 Taucha bei Leipzig Telefon: +49 (0) 34298 / 4878-10 Fax: +49 (0) 34298 / 4878-11 E-Mail: info@procilon.de Internet: www.procilon.de	proGOV VPS – Die intelligente Middleware für den Öffentlichen Dienst – Sichere Kommunikation als virtuelle Poststelle (VPS) z.B. über OSCI, EGVP, De-Mail, autom. Archivbindung, Langzeitarchivierung gem. TR ESOR, Signatur, PKI, Fachverfahrensintegration, lückenlose Integration von Funktionalitäten des neuen Personalausweises – (nPA) in Online-Portale u.v.m.	Komplettlösungen
D-1		Telecomputer Gesellschaft für Datenverarbeitung mbH Ansprechpartnerin: Elke Wegener Wilhelm-Kabus-Straße 9, D-10829 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 1210012-0 Fax: +49 (0) 30 / 1210012-99 E-Mail: info@telecomputer.de Internet: www.telecomputer.de	Seit über 40 Jahren Partner für Kommunen: Als einer der Marktführer im Bereich Verkehrswesen bieten wir flexible, zuverlässige IT- und eGovernment-Lösungen mit einem hohen Maß an Integration und Interoperabilität. Unser Service umfasst die Beratung, Entwicklung, Integration, Schulung, Pflege und den Support in verschiedenen Ausbaustufen.	Komplettlösungen

D-2	 Verwaltung macht Zukunft.	MACH AG Ansprechpartner: Oliver Wunder Wielandstraße 14 D-23558 Lübeck Telefon: +49 (0)451 / 70647-217 E-Mail: oliver.wunder@mach.de Internet: www.mach.de	Digitale Akten, Transparenz im Finanzhaushalt, effiziente Personalprozesse – die MACH AG unterstützt seit 1985 kommunale Verwaltungen bei Digitalisierungsvorhaben. Wir leben den Anspruch, digital zu denken und menschlich zu handeln. Mit Expertise und eigener Software stärken wir nachhaltig unsere Kunden – und damit Deutschland.
D-2	 IT für Kommunen	Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) Ansprechpartnerin: Tina Thüer Elsässer Straße 66, D-26121 Oldenburg Telefon: +49 (0)441 / 9714-0 Fax: +49 (0)441 / 9714-148 E-Mail: info@kdo.de Internet: www.kdo.de	Als größter kommunaler IT-Dienstleister in Niedersachsen deckt die KDO das gesamte Anforderungsprofil öffentlicher IT ab: Individual- und Standard-Fachanwendungen, Hosting und zentraler Betrieb, Cloud- und E-Government-Lösungen, Datenschutz und vieles mehr. Wir sind Kompetenzzentrum für Kommunen – seit über 45 Jahren!
D-3	 die IT-Spezialisten für Verwaltungen	GovConnect GmbH Jathostraße 11b, D-30163 Hannover Geschäftsstelle Oldenburg Ansprechpartner: Jörn Bargfrede Nadorster Straße 228, D-26123 Oldenburg Telefon: +49 (0)441 / 97353-0 E-Mail: info@govconnect.de Internet: www.govconnect.de	Die GovConnect GmbH unterstützt den öffentlichen Sektor kompetent und zuverlässig bei der Verwaltungsdigitalisierung. Das Produktportfolio umfasst u. a. Lösungen aus den Bereichen Ordnungswidrigkeiten, Online-Bezahlverfahren, Datenschutz, Hund & Halter sowie einen umfassenden Modulbaukasten zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes.
D-3	 Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe	krz Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg / Lippe Ansprechpartner: Lars Hoppmann Am Lindenhaus 19, D-32657 Lemgo Telefon: +49 (0) 5261 / 252-0 Fax: +49 (0) 5261 / 252-200 E-Mail: info@krz.de Internet: www.krz.de	Das krz ist der bundesweit erste BSI-zertifizierte Informatik-Dienstleister für Kommunen. Als erfolgreicher Projektpartner und Integrator bietet die kommunale Einrichtung modernste Fachverfahren im kostengünstigen ASP-Betrieb für alle Kunden an und leistet seit mehr als 45 Jahren einen wesentlichen Beitrag zu einer dienstleistungsorientierten Verwaltung.
D-3		ekom21 – KGRZ Hessen Ansprechpartnerin: Gabi Göpfert Carlo-Mierendorff-Straße 11 D-35398 Gießen Telefon: +49 (0) 641 / 9830-1220 Fax: +49 (0) 641 / 9830-2020 E-Mail: ekom21@ekom21.de Internet: www.ekom21.de	ekom21 steht für das größte BSI-zertifizierte kommunale IT-Dienstleistungsunternehmen in Hessen und für den drittgrößten kommunalen IT-Dienstleister in Deutschland. Mit einem umfassenden Produkt- und Dienstleistungsportfolio betreut die ekom21 über 700 Kunden mit 30.000 Anwendern und hat sich auf Komplettlösungen für den öffentlichen Dienst spezialisiert.
D-3		KID Magdeburg GmbH Ansprechpartnerin: Andrea Pape Alter Markt 15 D-39104 Magdeburg Telefon: +49 (0) 391 / 2 44 64-0 Fax: +49 (0) 391 / 2 44 64-400 E-Mail: info@kid-magdeburg.de Internet: www.kid-magdeburg.de	Die KID Magdeburg GmbH ist ein Systemhaus mit kommunalen Gesellschaftern. Zu ihnen gehören die Landeshauptstadt Magdeburg und weitere Kommunen über die Kommunale IT-UNION eG (KITU). Die Produkte und Dienstleistungen steuern die zentralen IT-Prozesse innerhalb der öffentlichen Verwaltung sowie in Unternehmen speziell des Public Sector.
D-4	 KOMMUNALE SYSTEMLÖSUNGEN	ab-data GmbH & Co. KG Kommunale Systemlösungen Friedrichstraße 55 D-42551 Velbert Telefon: +49 (0)2051 / 944-0 Fax: +49 (0)2051 / 944-288 E-Mail: info@ab-data.de Internet: www.ab-data.de	ab-data bietet als Marktführer webbasierter Finanzsoftware für Kommunen zukunfts- und investitionssichere Qualitätsprodukte an. Hierzu zählen auch webbasierte Systemlösungen und Services. Das ab-data Finanzwesen wird in allen Flächenbundesländern erfolgreich von Kleinstverwaltungen bis zu Landeshauptstädten eingesetzt.
D-4		PROSOZ Hertzen GmbH Ewaldstr. 261 D-45699 Hertzen Telefon: +49 (0) 23 66 / 188-0 Fax: +49 (0) 23 66 / 188-111 E-Mail: info@prosoz.de Internet: www.prosoz.de	PROSOZ Hertzen hat sich in über 30 Jahren vom Softwarehersteller für Kommunen zum Komplettlösungsanbieter in den Bereichen Soziales, Jugend sowie Bauen und Umwelt entwickelt. Mit Software- und Beratungsdienstleistungen sowie BI-Lösungen begleitet Prosoz Kommunen auf dem Weg der digitalen Transformation.
D-4	 für den öffentlichen Dienst!	JCC Software Mendelstrasse 11 D-48149 Münster Telefon: +49 (0) 256 / 294539-99 E-Mail: info@jccsoftware.de Internet: www.jccsoftware.de	Besucherströme im Rathaus optimieren? Mit dem JCC-Besucherleit- und Terminvereinbarungssystem machen Sie den ersten wichtigen Schritt. Sie reduzieren die Wartezeit, steigern die Zufriedenheit von Mitarbeiter*innen und Besucher*innen und minimieren unerwünschten Begegnungskontakt in der Corona-Zeit. Jetzt kostenlose Demo anfordern.
D-5	 ALLGEIER ES is now nagarro ES	Nagarro ES Ansprechpartner: Dr. Norbert Rheindorf An der Schusterinsel 3 D-51379 Leverkusen Telefon: +49 (0)611 / 71189202 E-Mail: info@nagarro-es.com Internet: www.nagarro-es.com	Nagarro ES ist ein führender deutscher IT-Full-Service-Provider für kritische Unternehmensapplikationen und komplexe ERP-Landschaften. Suite4Public: SAP-basierte Lösung für Städte, Landkreise und AöRs. Fit für die Zukunft mit Suite4Doppik – Abbildung des doppelischen, kommunalen Finanzwesens und Suite4KA – Veranlagung von Steuern.

Komplettlösungen (Fortsetzung)

D-5		Südwestfalen-IT (Kommunaler Zweckverband) Sonnenblumenallee 3, D-58675 Hemer St. Johann-Straße 23, D-57074 Siegen Telefon: +49 (0) 271 / 30321-0 Fax: +49 (0) 271 / 30321-1010 (Hemer) Fax: +49 (0) 271 / 30321-1020 (Siegen) Internet: www.sit.nrw	Verwaltungen müssen sparen und gleichzeitig immer bürgerfreundlicher werden. Die Südwestfalen-IT (SIT) hat sich dieser Herausforderung angenommen. Sie ist Anfang 2018 aus dem Zusammenschluss der Citkomm und KDZ Westfalen-Süd entstanden. Im Fokus ihres Strebens steht die kundenspezifische Optimierung von Verwaltungsprozessen.
D-5		Kommunix GmbH Ansprechpartner: Joseph Bunten Friedrich-Ebert-Straße 74 D-59425 Unna Telefon: +49 (0) 23 03 / 25 47 00 Fax: +49 (0) 23 03 / 4 00 49 E-Mail: info@kommunix.de Internet: www.kommunix.de	Organisationswerkzeuge für Behörden: Das Besucherleit- und Terminmanagementsystem TEVIS. Effiziente und komfortable Bearbeitung von Ausländerfachverfahren mit ADVIS. Vom Antrag auf die deutsche Staatsbürgerschaft bis zur Aushändigung der Urkunde mit EINBÜRGERUNG. Abwicklung von Verpflichtungserklärungen mit VISITVIS.
D-6		LORENZ Orga-Systeme GmbH Ansprechpartner: Christian Koch Eschborner Landstraße 75 D-60489 Frankfurt am Main Telefon: +49 (0) 69 / 7 89 91- 900 Fax: +49 (0) 69 / 7 89 91- 110 E-Mail: info@lorenz-orga.de Internet: www.lorenz-orga.de	Der Spezialist für kommunale Anwendungen in den Bereichen Archivierung, Dokumenten-Management und Workflow. Speziallösungen für KFZ-Wesen, Kasse, Steueramt, Bauaufsicht, Sozialwesen, Pass, Standesamt, Einwohner, Aktenplan-, Registratur- und Schriftgutverwaltung uvm. Verfügbar als Standalone- und Cloud-Nutzung.
D-6		OrgaSoft Kommunal GmbH Am Felsbrunnen 9 D-66119 Saarbrücken Telefon: +49 (0) 6 81 / 8 70 04-0 Fax: +49 (0) 6 81 / 8 70 04-90 E-Mail: vertrieb@o-s-k.de Internet: www.o-s-k.de	OrgaSoft Kommunal bietet mit KIS♦KRW den allumfassenden Lösungsansatz für das Rechnungswesen von Kommunen, Eigenbetrieben und Werken. Zahlreiche integrierte KIS♦Fachverfahren ergänzen das Angebot. KIS ist das Kommunale Integrierte System aus einer Hand – eine Eigenentwicklung mit der Erfahrung aus 40 Jahren kommunaler Datenverarbeitung.
D-7		ISGUS GmbH Ansprechpartner: Klaus Wössner Oberdorfstraße 18-22 D-78054 Villingen-Schwenningen Telefon: +49 (0) 7720 / 3 93-0 E-Mail: info@isgus.de Internet: www.isgus.de	ZEUS® Workforce Management von ISGUS beinhaltet die Module der Zeitwirtschaft, Personaleinsatzplanung, Betriebsdatenerfassung und Unternehmenssicherheit. Ganz individuell auf Ihre Anforderungen und Ihre Branche zugeschnitten. Unsere Kunden nutzen die Lösungen vollkommen wahlfrei On-Premise oder als Software as a Service.
D-8		AKDB - Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern Hansastraße 12-16 D-80686 München Telefon: +49 (0) 89 / 59 03-0 Fax: +49 (0) 89 / 59 03-18 45 E-Mail: mailbox@akdb.de Internet: www.akdb.de	Der Marktführer für kommunale Software: Die AKDB und ihre Partner bieten Entwicklung, Pflege und Vertrieb von IT-Lösungen für alle Bereiche der Kommunalverwaltung – inklusive Beratung und Schulung. Das Bürgerservice-Portal ist die bundesweit reichweitenstärkste E-Government-Plattform für Online-Verwaltungsdienste.
D-8		Kolibri software & systems GmbH Ansprechpartner: Thomas Dietrich Rudolf-Diesel-Straße 11 D-82205 Gilching Telefon: +49 (0) 81 05 / 37 60-0 Fax: +49 (0) 81 05 / 37 60-20 E-Mail: vertrieb@kolibri-software.de Internet: www.kolibri-software.de	Branchenspezialist für Grundstücksinformationssysteme, Liegenschaftsverwaltung und Gebäudemanagementsysteme (CAFM) und Bauverwaltungs-lösungen. Die modular aufgebaute Softwarelösung hat Schnittstellen zu allen gängigen GIS- / Finanz- und DMS-Anwendungen, hat Web Module und kann gehostet werden. Wir beraten und implementieren.
D-8		adKOMM Software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Dennis Böttcher Stadtweg 14 D-85134 Stammham Telefon: +49 (0) 8405 / 9286-0 Fax: +49 (0) 8405 / 9286-100 E-Mail: poststelle@adkomm.de Internet: www.adkomm.de	adKOMM E-Government-Lösung – Ihre Softwarelösung für fach- und ämterübergreifende Informationen. Einheitliche Basis für Daten und Informationen – eine Adressdatei, ein Bürgerkonto und medienbruchfreie Aktenführung. Durchgängige, digitale Geschäftsprozesse und eine einheitliche Oberfläche. E-Government. Einfach. Praktikabel.
D-8		Axians Infoma GmbH Ansprechpartnerin: Stephanie Eifert Hörvelsinger Weg 17-21 D-89081 Ulm Telefon: +49 (0) 731 / 1551-213 Fax: +49 (0) 731 / 1551-555 E-Mail: stephanie.eifert@axians-infoma.de Internet: www.axians-infoma.de	Axians Infoma ist führender Anbieter von Software-Lösungen und Dienstleistungen im kommunalen Markt. Mit der modularen Software Infoma newssystem steht eine einzigartige integrierte Komplettlösung für das Finanzwesen zur Verfügung, ergänzt um Fachverfahren und Lösungen rund um das Thema E-Government.
D-9		DATEV eG Ansprechpartner: Public Sector Paumgartnerstraße 6-14 D-90429 Nürnberg Telefon: 0800 / 0 11 43 48 E-Mail: public-sector@datev.de Internet: www.datev.de/public-sector	Die DATEV eG unterstützt Kommunen und öffentliche Einrichtungen mit Software und Dienstleistungen rund um Finanzwesen und Personalwirtschaft, mit Cloud-Lösungen sowie mit einem auf Prozesse abgestimmten Dokumenten-Managementsystem. Experten beraten bei Einführung effizienter Prozesse sowie Organisationsstrukturen und bieten Schulungen an.

Vorschau

Die nächste Ausgabe (7/2021) erscheint am 30.06.2021



Stadt der Zukunft basiert auf Daten

Daten sind Fundament und Treiber der digitalen Transformation. Der Umgang mit Daten wirft aber viele Fragen auf und sollte von den Städten als strategisches und politisches Steuerungsthema begriffen werden.



E-Vergabe rechtssicher gestalten

Urteile von Vergabekammern und Gerichten zeigen, dass sich E-Vergabepattformen nicht nur hinsichtlich Anwenderfreundlichkeit und Funktionsumfang, sondern auch in puncto Rechtssicherheit unterscheiden.



Architektur-Board legt los

Ein föderales IT-Architektur-Board beim IT-Planungsrat soll künftig bei infrastrukturellen Maßnahmen beraten. Weitere Themen in der Rubrik Informationstechnik sind Ratsinformationssysteme, Building Information Modeling und Fachverfahren für die Vollstreckung.



Rechnungslegung im Konzern Stadt

Die Bilanz des Konzerns Kommune stellt viele Städte und Gemeinden vor Herausforderungen. Vereinfachen lässt sich der Gesamtabchluss durch den Einsatz von Business-Intelligence-Software.

Impressum

Verlag und Herausgeber: K21 media GmbH
Olgastraße 7
72074 Tübingen
Telefon: +49 (0) 7071 / 855 - 6770
Fax: +49 (0) 7071 / 855 - 6773
E-Mail: info@k21media.de
Internet: www.k21media.de

Verantwortlicher Redakteur im Sinne des Presserechts und Chefredakteur: Alexander Schaeff
Olgastraße 7
72074 Tübingen
E-Mail: redaktion@kommune21.de

Redaktion: Bettina Schöming (stellv. Chefredakteurin)
Verena Barth
Alexandra Braun (in Elternzeit)
Corinna Heinicke (Volontärin)
Dr. Helmut Merschmann (Freier Mitarbeiter)

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Heike Wolf
Olgastraße 7
72074 Tübingen
Telefon: +49 (0) 7071 / 855 - 6239
E-Mail: h.wolf@k21media.de

Seit dem 1.1.2021 gilt die Preisliste Nr. 21 der Media Information 2021.

Erscheinungsweise: monatlich
ISSN: 1618-2901
Einzelpreis Inland: 9,00 € (zzgl. Porto und Versand)
Jahresabonnement Inland: 104,00 € (Abonnement frei Haus)
Telefon: +49 (0) 7071 / 855 - 6770

Bankverbindung: Kreissparkasse Tübingen,
BLZ 641 500 20
Kontonr. 155 010

Layout: tebitron gmbh, Gerlingen

Druck: Druckerei Raisch GmbH & Co. KG
Auchterstraße 14
72770 Reutlingen

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Grafiken und Bilder wird keine Haftung übernommen. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Die Zustimmung zum Abdruck und zur Veröffentlichung wird vorausgesetzt. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung Online oder Offline sowie das Recht zur öffentlichen Zugänglichmachung im Internet ohne zusätzliche Vergütung. Honorare nach Vereinbarung.

Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Die ausschließlichen urheberrechtlichen Nutzungsrechte für angenommene und veröffentlichte Beiträge liegen bei dem Verlag. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache übertragen werden oder in eine andere Sprache übersetzt werden.

Artikel, die mit Namen oder Signet des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

© Copyright 2021 K21 media GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Bildnachweis:

Alex/stock.adobe.com (66), Andrey Popov/stock.adobe.com (17), ARGE Breitband (56), Bayerischer Landkreistag (36), DATEV (20), Edler von Rabenstein/stock.adobe.com (54), goetel.de (53), Infracapital Deutschland (55), Jürgen Altmann (3), Kreis Coesfeld (38), Lecos GmbH (49), Messe Berlin GmbH (10), _nastassia/stock.adobe.com (32), Nishihama/stock.adobe.com (66), mnnnae/stock.adobe.com (Titel, 4), pixelkorn/stock.adobe.com (66), Pressestelle Viersen (48), Press'n'Relations GmbH (51), Rudolf Philipeit/buergerservice.org (27), saiko3p/stock.adobe.com (31), sdecoret/stock.adobe.com (Titel, 28), Senator für Finanzen Bremen (8), Stadt Iserlohn (24), Stadt Kaufbeuren (46), Stadt Osnabrück, Nina Hoss (22), Thomas Francois/stock.adobe.com (66), Winai Kitcharoen/123rf.com (34), Winai Kitcharoen/123rf.com (40), Yanawut Suntornkij/stock.adobe.com (42)

Inserentenverzeichnis dieser Ausgabe

Advantic	5	ekom21	U4	Optimal Systems	39
AKDB	7	Governikus	13	SmartDocuments Deutschland ..	45
Axians Infoma	47	HSH	25	TEK-Service	49
CC e-gov	15	Kommunix	19, 21	tktvivax	53
CCNST Deutschland	57	MACH	27	Wolters Kluwer	11
comundus regisafe	37	MR Datentechnik	9	xSuite Group	3
DATEV	U2	Nolis	U3	Branchenindex IT-Guide	58 – 65

Ihr Rathaus ist jetzt rund um die Uhr geöffnet



NOLIS | Rathausdirekt

Wir begleiten Sie bei der Umsetzung des OZG.

www.nolis-rathausdirekt.de | info@nolis.de | 0 50 21 - 88 77 555



A background image showing a man and a woman in a professional office setting. The man is on the left, looking towards the woman on the right. The woman is smiling and looking at a laptop. There are decorative white lines and dots overlaid on the right side of the image, suggesting a network or digital theme.

Kompetent an jedem Punkt.

Ihr Login zur Digitalisierung.

Starten Sie mit uns in die Zukunft Ihrer Verwaltung. Wir planen und realisieren intelligente Informations- und Kommunikationslösungen für Gemeinden, Städte, Landkreise und Verbände. Wir machen aus Digitalisierung Bürgernähe und intelligente Verbindungen, die die Verwaltungsarbeit beschleunigen. Durch unsere einzigartige Bündelung von Leistungen und Services sorgen wir vom Anfang bis zum Rechenzentrum für vernetzte Prozesse und Sicherheit. Weitere Informationen unter: www.ekom21.de